Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

Klassenkampf

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Kommunistischer Bund Österreichs. Für den Inhalt verantwortlich: Wolfgang Stagel, alle 1020 Wien, Krummbaumgasse 1. Druck: Alois Wieser Gesellschaft m.b.H., 1040 Wien, Rienößlgasse 12. Verlagspostamt 1040 Wien. Inland: Jahresabonnement S 150,-. Halbjahresabonnement: S 75,-. Ausland: Jahresabonnement S 224,-. Halbjahresabonnement S 112,-. Zu beziehen über: Alois Wieser Gesellschaft m.b.H./Vertrieb. Postfach 13, 1042 Wien. Telefon: 0222/57-27-23, Redaktion: Rienößlgasse 12, 1040 Wien, Telefon: 0222/57-37-23. Journaldienst: Mo – Fr: 18 – 19.30 Uhr.

Erscheint 14-tägig am Donnerstag

P bb
Nr. 24 2. Jg.

Preis 5,-
24. November 1977

Einige Kollektivverträge bereits ausgelaufen

Durch die Verzögerung der Abschlüsse droht zusätzliche Verschärfung des Lohnraubs

„Hinausschieben der Lohnrunde, Abschlüsse unter der Inflationsrate und dann ein möglichst langer Zeitraum ohne neue Lohnverhandlungen und mit Stillhalteabsprachen – darauf arbeiten die Kapitalisten heute hin." So haben wir im „Klassenkampf" vor zwei Monaten die Vorgangsweise der Kapitalisten im Hinblick auf die Lohnrunden Ende 1977, Anfang 1978 beschrieben. Der erste Teil dieser Voraussage wird in diesen Tagen und Wochen vor den Augen hunderttausender Arbeiter und Angestellter Wirklichkeit. „Verzögern als Taktik beherrscht die Lohnrunde des heurigen Herbstes" (Wochenpresse). Die Umrisse des zweiten Teils der Voraussage zeichnen sich deutlich ab. Seit 1. Oktober läuft der Kollektivvertrag der Textilarbeiter, die damals im Durchschnitt kaum mehr als 400,- Lohnerhöhung (brutto) herausbekommen und seither damit auskommen müssen. Bis jetzt hat die Gewerkschaftsführung der Textilarbeiter nicht einmal eine klare Forderung gestellt, was den Textilkapitalisten, die den Abschluß gerne um 2 Monate, vielleicht aber gleich um ein Vierteljahr hinausschieben würden, sehr zustatten kommt.

Die Gewerkschaft der Handelsangestellten, deren KV mit 1. Jänner 1977 die Gehälter um 8 % bei gleichbleibenden Überzahlungen erhöhte, hat nun eine Forderung von 8,5 % verlautbart. Im Vorjahr war die Ausgangsforderung 200,- S Sockelbetrag plus 8 % – es blieben die 8 %. Was soll nach den Vorstellungen dieser Herren heuer bleiben, wenn von Anfang an nur 8,5 % gefordert werden?

Die Versicherungsangestellten schlossen am 1.1.76 mit 9,3 % KV-Erhöhung ab. Gefordert waren ursprünglich 12,6 % und dann 9,3 %, aber 750,- S mindestens. Die Gewerkschaftsführung ließ die Streichung des Mindestbetrages kampflos durchgehen, so daß Kollegen mit 4.200,- S KV-Gehalt S 390,- mehr bekamen und selbst Kollegen aus der Lohngruppe 18 mit 7.882,- S KV-Gehalt gerade 733,- draufbekamen, also noch unter dem vorher geforderten Mindestbetrag blieben. Heuer hat die zuständige Gewerkschaftsführung von Anfang an nur eine 9,6 %-Forderung aufgestellt.

Die kaufmännischen Angestellten im Zeitungsbereich, die im Vorjahr 9 %, mindestens aber 690,- für jeden durchsetzen konnten, haben heuer eine Forderung von 11,5 %, mindestens aber 1.050,- Schilling aufgestellt.

Die jetzt anstehenden Lohnverhandlungen betreffen insgesamt über 470.000 Arbeiter und Angestellte, über die aufgezählten Branchen hinaus vor allem noch die Lohnabhängigen im Geld- und Kreditsektor sowie in der Papierverarbeitenden Industrie.

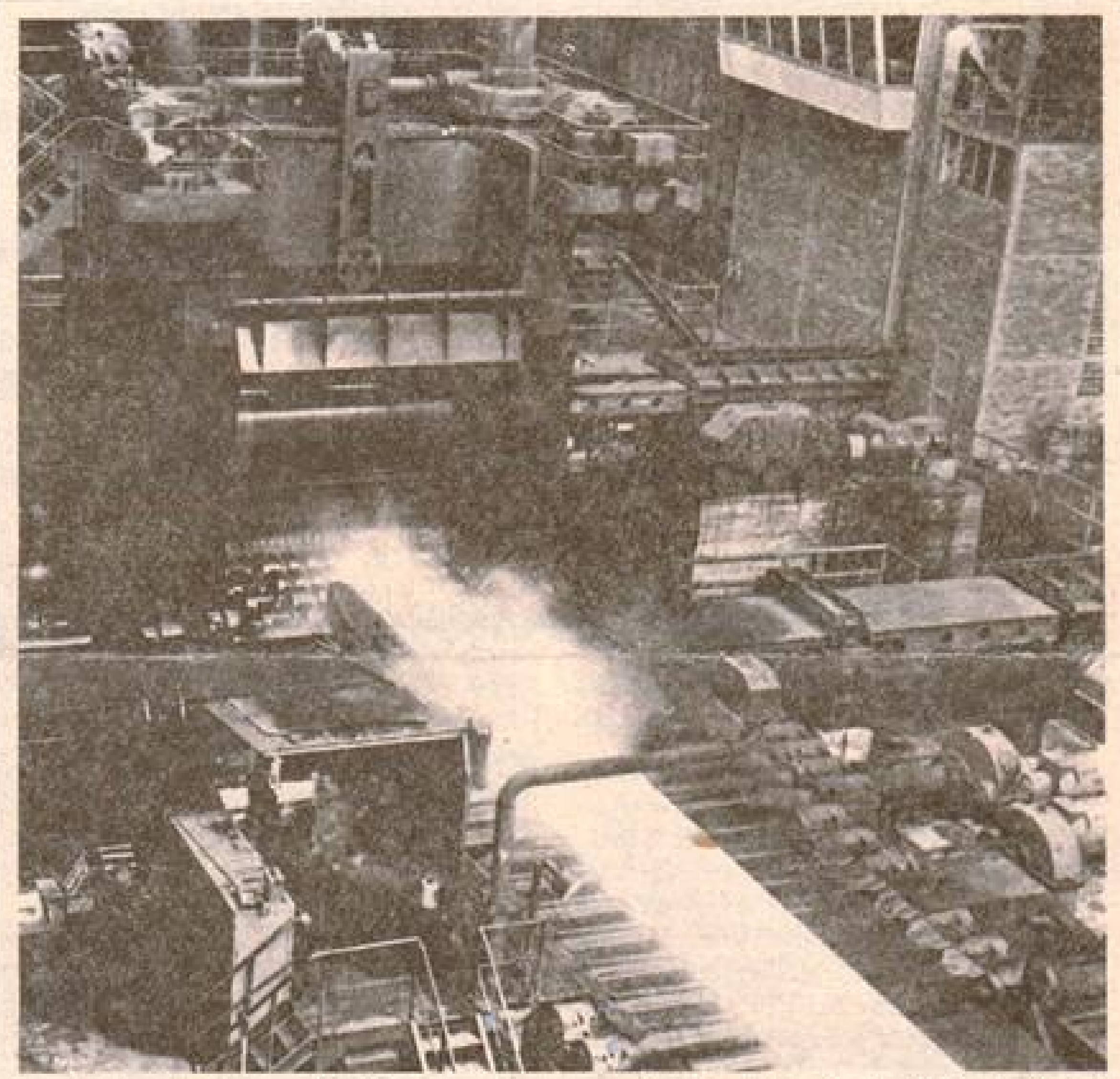
Die Kapitalisten haben viel vor. In einer Situation, wo sich die politische Krise des Imperialismus vertieft und zusammenfällt mit der internationalen Überproduktionskrise, haben sie einen Plan für den Ausweg aus der Krise und für eine erfolgreiche Teilnahme an der internationalen kapitalistischen Konkurrenzschlacht entworfen. Dieser Schlachtplan beruht wesentlich auf einer gewaltigen Steigerung der Ausbeutung der österreichischen Arbeiterklasse und wird Zug um Zug zu verwirklichen versucht. Ein kräftiger Ansporn bei diesem Bestreben der Kapitalisten ist es, wenn sie in den anlaufenden Lohnrunden erneut faktischen Reallohnabbau durchsetzen können. Diese Absicht zeigt sich schon, bevor es noch zu Verhandlungen gekommen ist, die bisher in den meisten Fällen vom Lohnunterausschuß der Paritätischen Kommission 'freigegeben' wurden. „Heuer müssen alle angemeldeten Gruppen bis auf Minis wie die rund 2.000 Beschäftigte zählenden Grazer Stadtwerke zur zweiten Instanz, der Paritätischen Kommission, pilgern.

'Damit wird ein stärkerer Kontrolleffekt erzielt und der Beginn der Verhandlungen auch ein bißchen hinausgeschoben', erläutert Richard Kellner, Bundeskammermann

Wo aber bliebe die österreichische Kapitalistenklasse mit ihrem Schlachtplan, wenn nicht die ÖGB-Führung tatkräftig an seiner Erfüllung mitwirkte? Alle Lohnforderungen liegen zwar über der offiziellen Inflationsrate, bedeuten aber bereits ohne jegliche Verhandlungsabstriche weiteren Lohnabbau, weiteres Fallen des Preises der Ware Arbeitskraft unter ihren Wert, und sie sind außerdem durchwegs spalterisch; eine gewisse Ausnahme bilden nur die von den Zeitungsangestellten geforderten 1.050,- Schilling. Die Gewerkschaftsführung gibt mit ihrer Politik in einer Situation fortgesetzter und sich noch vertiefender Krise und angesichts zunehmender Arbeitslosigkeit in Österreich und bevorstehender Kurzarbeit in der VÖEST die Arbeiterklasse weiteren und härteren Schlägen der Kapitalisten preis.

An der Spitze bei der Durchsetzung des Schlachtplans steht die SP-Regierung. Schon Mitte dieses Jahres hat sie den öffentlich Bediensteten mit beispielgebender Härte nicht mehr als 550,- Schilling Bruttomindesterhöhung zugestanden, was für 56 % der Bediensteten eine Brutto-Erhöhung von 513,- S (nach Abzug des erhöhten Pensionsbeitrages) bedeutet.

Die Dreieinigkeit von Kapitalisten, Regierung und ÖGB-Führung bei der Durchsetzung des Schlachtplans kommt im Appell der Paritätischen Kommission zum „Maßhalten bei den kommenden Lohnverhandlungen" zum Ausdruck. Seit 10 Jahren hat es das nicht mehr gegeben. Höhnisch bemerkt „Die Presse" (19. 11. 77): „Bemerkenswert vor allem auch seitens der Gewerkschaften: Denn für sie stellt sich nun das Problem, diesen Maßhalteappell auch in den Fachgruppen, auch in den Betrieben zu vertreten. Dem Mann an der Maschine, der sich seines Arbeitsplatzes noch immer sicher fühlt, ist nun einmal schwer beizubringen, daß er allgemeine wirtschaftliche Überlegungen vor seine Brieftasche stellen soll." „Brieftasche oder allgemeine wirtschaftliche Überlegungen" – das ist in Wahrheit der Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital. Dieser grundlegende Widerspruch kommt auch in den bevorstehenden Lohnrunden zum Tragen. Gelingt es in nächster Zeit nicht, eine Kampffront gegen die Kapitalistenklasse aufzubauen, wird die österreichische Arbeiterklasse gegen die fortgesetzte Steigerung der Ausbeutung und Aufspaltung ihrer Reihen wesentlich schwerer den Kampf aufnehmen können. Bis zu den großen Lohnrunden der Metall- und Bergarbeiter, Chemiearbeiter, Industrieangestellten usw., im März/April nächsten Jahres ist nicht mehr allzuviel Zeit.



Eine Walzstraße bei der VÖEST in Linz. In nächster Zeit wird dort eine der Walzstraßen stillgelegt. Einfrieren und Rationalisieren und Ausbau der Verarbeitungs- und Finalbereiche ist das Konzept des staatskapitalistischen VÖEST-Konzernes. Über 15.000 VÖEST-Alpine-Arbeiter müssen für einen Tag in der Woche den Produktionsanlagen fernbleiben und werden in „Schulungs"gruppen oder an den Radioapparat gesetzt. (Siehe Artikel Seite 7)

Alle Jahre wieder .... Strompreiserhöhung

Der Antrag der Elektrizitätsgesellschaften steht: Sie wollen ab 1.1.78 den Strom um 6,45 % teurer verkaufen. Der Handelsminister Staribacher bremst – nicht, weil er gegen die Erhöhung wäre, nein. Seit 1972 hat er bereits fünf Anträge auf Strompreiserhöhungen von insgesamt mehr als 50 % verwirklichen geholfen. Er bremst, weil er zugleich mit der nächsten Strompreiserhöhung eine sogenannte Tarifreform in einem Aufwaschen erledigen will. „Die Tarifreform soll so ausfallen, daß der Mehrverbrauch in den Haushalten stärker belastet wird beziehungsweise daß die derzeitige Begünstigung des Mehrverbrauchs verringert wird." (Arbeiter-Zeitung, 22.11.77)

Prellerei nennt sich so etwas!

Erst werden hunderttausende Werktätige zur Anschaffung von strombetriebenen Wasserboilern und Heizgeräten animiert und ihnen mit dem billigeren Nachtstromtarif ein Köder ausgelegt, und dann plötzlich heißt es: Wer mehr braucht, zahlt mehr. Wohlgemerkt, das alles bezieht sich auf die Haushalte des werktätigen Volkes. Für das Monopolkapital und alle großen Industrie- und Handelsbetriebe gilt der umgekehrte Leitsatz auch weiterhin: Wer mehr braucht, zahlt weniger! (Siehe die Untersuchung des gespaltenen Stromtarifsystems im „Klassenkampf" Nr. 20/77).

Beides, sowohl die bevorstehende Strompreiserhöhung als auch die angekündigte Tarifreform entpuppen sich als kräftiger Schritt vorwärts bei der Ausplünderung der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes. Es sind Tributzahlungen für die imperiali-

Fortsetzung auf Seite 8

Aus dem Inhalt:

Besuch einer Delegation des Zentralkomitees des Kommunistischen Bundes Österreichs in der Volksrepublik China

Vom 27. Oktober bis 15. November 1977 besuchte eine Delegation des Zentralkomitees des Kommunistischen Bundes Österreichs, unter der Leitung des Sekretärs des Zentralkomitees, Genossen Walter Lindner, auf Einladung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas die Volksrepublik China. Am 13. November wurde die Delegation von Genossen Geng Biao, Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas und Leiter der Abteilung für Internationale Beziehungen beim Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas empfangen. Im Verlauf des fast dreiwöchigen Aufenthaltes in der Volksrepublik China wurden ausführliche Gespräche mit Genossen Feng Hsüan, Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas und geschäftsführender stellvertretender Leiter der Abteilung für Internationale Beziehungen beim Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas, und anderen Genossen der Abteilung geführt. In den Gesprächen wurde die internationale Lage, die Lage in Österreich und in China sowie Fragen der internationalen marxistisch-leninistischen Bewegung behandelt. Die Delegation besuchte im Laufe ihres Besuches auch u.a. Datjing, Harbin, Schanghai sowie Tschangschao und Schaoschan, den Geburtsort des Vorsitzenden Mao. Am 30. 10. legte die Delegation in der Gedenkhalle für den Vorsitzenden Mao Tsetung einen Kranz nieder. Überall im Land konnte sie sich in Gesprächen mit Kadern, Arbeitern, Bauern, Studenten usw. ein Bild von der ausgezeichneten Lage machen, die heute in China nach der Zerschlagung der „Viererbande" und nach dem XI. Parteitag herrscht. Der Besuch in der Volksrepublik China war ein voller Erfolg.



Genosse Geng Biao, Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas und Leiter der Abteilung für internationale Beziehungen beim Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas im Gespräch mit Genossen Walter Lindner, Sekretär des Zentralkomitees des Kommunistischen Bundes Österreichs.

Somalia schließt sowjetische Stützpunkte und weist kubanische Söldner aus

Die somalische Regierung gab am 13. 11. bekannt, daß alle kubanischen „Experten" das Land binnen 48 Stunden, die 3.000 – 4.000 russischen Offiziere und Zivilberater binnen 7 Tagen das Land verlassen müssen. Der russisch-somalische Freundschaftsvertrag wurde gekündigt, was die Schließung des russischen Luft- und Flottenstützpunktes in Berbera nach sich zieht. Dieser Flottenstützpunkt ist für die russische Kriegsmarine von größter Bedeutung. Er ist einer ihrer wichtigsten Basen für die Kontrolle des Golfes von Aden und für die Seewege in den Indischen Ozean (APA 13.11.1977)

Am 14. 11. fand in Mogadischu eine Großkundgebung statt, bei der Präsident Barre die Gründe für die Aufkündigung des Freundschaftsvertrages erklärte:

„Wir sind keine politischen Prostituierten", sagte er. Die Sowjetunion unterstütze willkürlich einmal dieses und dann jenes Land in Afrika, sie stifte so Unruhe. Die mehr als 100.000 Teilnehmer an der Kundgebung riefen: „Kuba hinaus aus Afrika" und „Nieder mit dem Sozialimperialismus" (Nach Le Monde, 16. 11.)

„Die Demokratische Republik Somalia war und wird niemals eine Marionette sein", erklärte der somalische Präsident Mohamed Siad Barre bereits am 2. November auf einer Pressekonferenz in Mogadischu.

„Ich erkläre hier, daß Somalia eine blockfreie Außenpolitik verfolgt. Wir widersetzen uns jeglicher Gefolgschaft."

Auch in einer Rundfunkansprache vom 21. Oktober an das ganze Land griff der Präsident die Sowjetunion wegen ihrer „Lieferung großer Mengen moderner Waffen, einschließlich modernster Kampfflugzeuge, Panzer und Raketen", in jenes Gebiet an. „Auch die kubanische Regierung spielt heute eine gefährliche und abenteuerliche Rolle am Horn von Afrika", sagte er. Der Präsident appellierte an die internationale Gemeinschaft, von der Sowjetunion und Kuba die unverzügliche Beendigung ihrer Einmischung am Horn von Afrika zu fordern. (Aus Peking Rundschau 46/77)

Die Sowjetunion erklärte dazu, Somalia trage die volle Verantwortung für alles und die Reaktion Somalias sei eine Folge seiner Abkehr vom Fortschritt und vom Frieden; Somalia wende sich mit diesem Schritt gegen die friedensliebende Haltung der SU im Konflikt zwischen Äthiopien und Somalia. Dem entgegnete der sudanesische Präsident Numeiri, daß niemand anderer als die UdSSR das Blutbad am afrikanischen Horn angestiftet hätte. Er forderte die russischen Sozialimperialisten und ihre kubanischen Söldner auf, sich aus Afrika schleunigst zurückzuziehen, „ehe sie vom afrikanischen Volk hinausgeworfen werden." (Le Monde, 16. 11., Presse, 16. 11.)

Tatsächlich verstärkt die Sowjetunion ihre Aufrüstung Äthiopiens und verlegt ständig neue kubanische Einheiten dorthin.

Keinen Stützpunkt für die Flotte der neuen Zaren

Die Sowjetunion hat der Regierung der Malediven eine Million Dollar für die Nutzungsrechte an einer ehemals britischen Luftwaffenbasis auf der Insel Gan im Indischen Ozean angeboten. Präsident Ibrahim Nasir teilte nun in Male mit, sein Kabinett habe das attraktive Angebot nach mehrmonatigen Beratungen ausgeschlagen, weil man die Blockfreiheit der Inselrepublik nicht durch die Präsenz einer Supermacht gefährden wolle. Den Stützpunkt hatte Großbritannien im März letzten Jahres mit intakten Einrichtungen aufgegeben.

(Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.10.1977)

Sowjetunion infiltriert Afrika mit Hilfe kubanischer Söldner

In 12 Staaten halten sich gegenwärtig kubanische Zivilberater oder Militärexperten auf. Die wichtigsten Kontingente befinden sich in Äthiopien und in Angola. In Angola haben sie gemeinsam mit den russischen Beratern faktisch die Kontrolle über den Staatsapparat und die Volkswirtschaft inne. Von Juli bis November wuchs die Zahl um 4000 - 6000 Mann auf einen Stand von 19000 - 20000 an. Die „Neue Zürcher Zeitung" vergleicht diese Zahl mit der der amerikanischen Truppen in Vietnam am Höchststand. Es handelt sich dabei um ein Panzerregiment, Infanterie und Raketeneinheiten. In insgesamt sechs Militärregionen von Angola sind kubanische Truppen stationiert. Darüber hinaus arbeiten die russischen Truppen am Ausbau des Militärflughafens von Luanda und planen den Bau dreier Flottenstützpunkte. Die kubanischen Söldnertruppen, geführt von „russischen Beratern", kämpfen ständig gegen den Volkswiderstand und bedienen sich dabei der Methoden der Amerikaner in Indochina: Einzingelung der Massen in strategischen Dörfern, elektronische Drahtverhaue, um die Bewegungen der Guerillakämpfer zu beobachten.

Die Resultate der Tätigkeit der kubanischen und russischen Zivilexperten sind zwar für die russischen Rohstoffhändler sicher ertragreich, für das Volk von Angola und seinen wirtschaftlichen Reichtum sind sie äußerst verderblich: Die Kaffeernte ging sehr stark zurück - auf 40 bis 45 % der Normalernte. Die Sisalernte verringerte sich um 20 %. In der zweitgrößten Fabrikstadt Angolas stehen mehrere Betriebe still. Ein großer Teil der 120.000 Einwohner ist beschäftigungslos. (Nach Hsinhua, 6.11.)

Premierminister von Malta in Peking: „Für ein freies Mittelmeer!"

Dom Mintoff, der Premierminister der Republik Malta, hielt anläßlich seines dritten Chinabesuches eine vielbeachtete Rede, in der er energisch für ein von den Supermächten unabhängiges Malta eintrat, „ein Neues und Freies Mittelmeer". Mintoff stellte fest, daß das Volk von Malta nicht mehr gewillt ist, die frühere Rolle Maltas weiter zu ertragen; eine Rolle, die Malta zu einer Basis für fremde imperialistische Mächte machte, zu einem Stützpunkt für die jeweils stärkste Nation zur Unterdrückung der schwächeren Nachbarn.

Dabei sagte er: „Um diese große Veränderung herbeizuführen – um die NATO-Festung in einem Mittelmeer zu schleifen, das von den beiden Supermächten beherrscht wird, dafür bat Malta um die Unterstützung aller friedliebenden Länder in der Welt ..." „In der Geschichte des 'Neuen Mittelmeeres', das sich langsam aber stetig herausbildet, wird festgestellt werden, daß die Sowjetunion dabei abseits geblieben ist und Malta sogar die einfachsten Handelsbeziehungen und den Informationsaustausch verweigert hat, ..."

Nach diesen Worten verließ der sowjetische Botschafter empört das Bankett, ihm folgten die der DDR, Polens, Ungarns, Bulgariens, der Mongolei und Kubas.

Dom Mintoff fuhr fort: „Im scharfen Gegensatz dazu wird die Geschichte die großzügigen Taten des tapferen chinesischen Volkes zeigen, die dieses so weit entfernt von ihrem gesetzt hatte. An erster Stelle steht dabei das Dock „Rotes China", eines der größten Reparaturdocks Südeuropas ..." (Dieses Dock wurde mit chinesischer Hilfe errichtet).

Mintoff strich überhaupt hervor, daß die Rolle, die die Volksrepublik China in Asien, Afrika und in anderen Teilen der Welt, wo eine oder die andere Supermacht versucht, ihre Herrschaft auszudehnen, spielt, all jenen, die gegen die Übel des Neokolonialismus kämpfen, wohlbekannt sind. (Times, 4.11., Peking Review, 11.11.)

Sofortige Freilassung von Kani Kondaklar! Weg mit dem reaktionären Fremdenpolizeigesetz!

In der Nacht vom 10. 11. auf den 11.11. drangen in Wien Polizeibeamte in die Wohnung des türkischen Arbeiters Kani Kondaklar ein und verhafteten ihn. Dies ist der neueste bekanntgewordene Fall der Anwendung des reaktionären Fremdenpolizeigesetzes gegen ausländische Staatsangehörige. Kani Kondaklar, der vor einem längeren Aufenthalt in Schweden schon in der Zeit von 1965 bis 1970 in Österreich gearbeitet hatte, ist vor drei Wochen wieder nach Österreich eingereist.

Als Begründung für die Verhängung der Schubhaft über ihn nannte die Wiener Fremdenpolizei drei „Gründe": Kani Kondaklar hätte kein Geld bei sich gehabt, sein Auto, mit dem er eingereist sei, wäre fahruntüchtig und sein Reisepaß enthalte keinen österreichischen Sichtvermerk (Stempel). Der wahre Grund für das Vorgehen der Behörde ist jedoch darin zu suchen, daß sich Kani Kondaklar in Österreich für die Rechte der ausländischen Arbeiter eingesetzt hat. Das stellte sich heraus, als türkische Kollegen die Fremdenpolizei aufsuchten, um eine Enthaftung Kani Kondaklars zu erreichen. Sie hatten für seinen Unterhalt 30.000 S gesammelt, hatten die Schäden an seinem Fahrzeug behoben und wiesen darauf hin, daß der fehlende Sichtvermerk der an den österreichischen Grenzen geübten Praxis entspreche und von der österreichischen Behörde jederzeit in den Paß Kani Kondaklars nachgetragen werden könne.

Obwohl damit die formellen Gründe für die Verhängung der Schubhaft und den Erlaß eines Aufenthaltsverbots wegfallen, weigerte sich der zuständige Beamte, Kani Kondaklar zu entlassen. Mehr noch. Er versuchte sogar, die Ausfolgung der gesammelten 30.000 S zu erreichen, um damit die Haft- und Abschiebekosten bestreiten zu können und bedrohte frech und selbstherrlich einen der anwesenden türkischen Kollegen mit Aufenthaltsverbot und Abschub, weil dieser seinen Paß gerade nicht bei sich hatte.

Am 19. 11. wurde von der Ortsgruppe Wien des KB gemeinsam mit türkischen Kollegen am Michaelerplatz eine Protestkundgebung abgehalten und gegen das empörende Vorgehen der Behörden dem Innenministerium eine Protestresolution übergeben, in der die sofortige Freilassung von Kani Kondaklar gefordert wird. Eine von türkischen Kollegen in Gang gesetzte Unterschriftenaktion ist gegenwärtig im Laufen und auf einer Demonstration am 25. 11. für die Gleichberechtigung der ausländischen Arbeiter in Österreich, die ihm Rahmen des Informationsmonats der Zeitschrift Aydinlik abgehalten wird, wird diese Forderung zentralen Raum einnehmen.

Eine weitere Sache ist der Überfall der Staatspolizei auf die westdeutsche Staatsangehörige Christiane Schneider, ihre Verhaftung und Abschiebung in die BRD (wir berichteten mehrmals darüber). Christiane Schneider hat weiterhin den Willen, sich in Österreich aufzuhalten und hier zu arbeiten, sie hat eine Stelle bei einer Nachrichtenagentur und bezieht ein festes Gehalt. Während es bisher so war, daß die österreichische Fremdenpolizei den Vertretern von Christiane Schneider völlig illegitim das Recht auf Akteneinsicht verweigerten, so mußten sie doch, vor allem auf Grund der geschaffenen Öffentlichkeit einem Vertreter Akteneinsicht gewähren. Was schon vorher klar war, ist jetzt erwiesen – daß die Gründe für das Aufenthaltsverbot samt und sonders unberechtigt sind. Die Berufung gegen das Aufenthaltsverbot wurde bereits eingereicht und ist im Laufen.

Das Fremdenpolizeigesetzt – ein reaktionäres Gesetz zur besonderen Unterdrückung ausländischer Staatsangehöriger

Das Vorgehen der Behörden gegenüber Koni Kondaklar und Christiane Schneider entspricht voll und ganz dem üblichen Verhalten des Staates gegenüber ausländischen Staatsangehörigen und ist durch das Fremdenpolizeigesetz (Bundesgesetz vom 17. März 1954), betreffend die Ausübung der Fremdenpolizei) im großen und ganzen abgedeckt.

Während anfangs in § 2 unter dem Titel „Rechte und Pflichten des Fremden" festgehalten wird, daß Ausländer „zum zeitlich unbeschränkten Aufenthalt im Bundesgebiet" berechtig sind, geht es in diesem Gesetz in Wahrheit um eine detaillierte Festlegung der völlig rechtlosen Lage der Ausländer in Österreich und um die Ermächtigung der Behörden, Ausländer nach Gutdünken im Land herumzuschieben, sie festsetzen oder in ein anderes Land abschieben zu können.

In Österreich sind die ausländischen Arbeiter vom Großteil der Rechte, die sich die österreichische Arbeiterklasse in ihrem Kampf gegen die Herrschaft der Bourgeoisie erkämpft hat, ausgeschlossen.

Das Recht auf Aufenthalt ist für Ausländer von vorneherein an die Bedingung geknüpft, daß sie „ihr Verhalten den österreichischen Gesetzen anpassen", daß sie der Behörde „Auskunft über Zweck und die beabsichtigte Dauer ihres Aufenthaltes erteilen", und daß sie „den Besitz der Mittel zu ihrem Unterhalt nachweisen" (§ 2).

Über diese Bedingungen hinaus, die ständig erfüllen zu können für die Ausländer schwierig genug ist, hält das Gesetz eine Reihe von „Tatbeständen" fest, nach denen von der Behörde sofort ein Aufenthaltsverbot erlassen werden kann, das mit der sofortigen Ausweisung verbunden ist. Für den Fall, daß mit den sieben dort angeführten Fällen ein beabsichtigtes Aufenthaltsverbot nicht begründet werden kann, gibt es immer noch die am Anfang des Paragraphen festgelegte Rahmenbestimmung, daß ein Aufenthaltsverbot erlassen werden kann, „gegen Fremde, deren Aufenthalt im Bundesgebiet die öffentliche Ruhe, Ordnung oder Sicherheit gefährdet, oder anderen öffentlichen Interessen zuwiderläuft" (§ 3). Dieses Aufenthaltsverbot kann „aus triftigen Gründen" auch auf alle Angehörigen ausgedehnt werden, „auch wenn die Voraussetzungen nach Abs. 1 und 2 (§ 3) nicht vorliegen".

Zur „Vorbereitung der Erlassung eines Aufenthaltsverbotes" kann die Behörde jederzeit mit allgemeiner Begründung Schubhaft über ausländische Staatsangehörige verhängen, die nach einem Erlaß des Innenministeriums als „gesetzliche Verhaftung" zu betrachten ist, so daß der Schubhäftling praktisch nicht einmal die Rechte eines Untersuchungshäftlings hat. Er darf von sich aus nicht mit seinem Anwalt in Kontakt treten, er darf keine Briefe schreiben, er darf keine Besuche empfangen, er darf keine Spaziergänge an der freien Luft machen und hat gegenüber der Behörde kein Recht auf Wahrung des Briefgeheimnisses. Die Schubhaft „darf in der Regel nicht über zwei Monate ausgedehnt werden", kann jedoch aus „wichtigen Gründen" eine Höchstdauer von drei Monaten erreichen (§ 5).

Verläßt ein Ausländer, gegen den ein Aufenthaltsverbot erlassen wurde, das Bundesgebiet nicht innerhalb einer Woche (§ 6) oder erscheint „eine Überwachung seiner Ausreise .... notwendig", kann er durch "zwangsweise Beförderung unter Begleitung von Sicherheitsorganen abgeschoben werden" (§ 13). Behörde im Sinne des Fremdenpolizeigesetzes „ist die Bezirksverwaltungsbehörde, in Orten, für die eine Bundespolizeibehörde besteht, diese". Über Berufungen gegen Aufenthaltsverbote, Schubhaft und Abschiebungen „entscheidet der Landeshauptmann, gegen dessen Entscheidung keine Berufung zulässig ist". (§ 11)

Dies ist die rechtliche Lage der ausländischen Staatsangehörigen in Österreich und ihre Auswirkung auf die Kampfbedingungen und -kraft der österreichischen Arbeiterklasse sind bekannt.

Die besondere, besonders rechtlose Lage der Ausländer – ein Mittel zur Spaltung der Arbeiterklasse

Bei unzähligen Kampfaktionen von Arbeitern hat es sich erwiesen, daß es besonders schwer ist, ausländische Arbeiter in eine gemeinsame Kampffront einzubeziehen, da diese bei den geringsten Schwierigkeiten mit österreichischen Behörden mit ihrer Ausweisung und damit mit der gnadenlosen Ruinierung ihrer Existenz rechnen müssen.

In den letzten Jahren hat es sich deutlich gezeigt, daß etwa bei der Durchsetzung von kapitalistischer Antreiberei und Rationalisierungsmaßnahmen, ausländische Arbeiter oft einen Schwachpunkt in der Reihe der Belegschaften bilden. Wenn sie z.B. infolge „mangelnder Arbeitsleistung" ihren Arbeitsplatz verlieren, sind sie gegen über der Behörde nicht mehr imstande, den „redlichen Erwerb der Mittel für ihren Unterhalt" und für den Unterhalt ihrer Angehörigen nachzuweisen. Sogar der noch so geringfügige Schutz der gesetzlichen Arbeitslosenversicherung vor den Folgen einer Entlassung existiert für die ausländischen Arbeiter natürlich nicht, da sie, wenn sie des Landes verwiesen worden sind, natürlich nicht in den Genuß der Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung kommen können. Politische Betätigung, selbst jeder noch so kleine Schritt, ist für ausländische Arbeiter mit einem enormen Risiko verbunden. Wo ein österreichischer Staatsangehöriger eine Geldstrafe oder eine bedingte Verurteilung riskiert, droht einem Ausländer bereits Verlust der Arbeitsstelle, erzwungene Aufgabe seines Wohnsitzes und die Wanderschaft in ein anderes Land, in dem er sich mit seiner Familie niederlassen kann.

Dafür, daß das Fremdenpolizeigesetz nicht eine leere Drohung bleibt, sorgt der bürgerliche Staat nach Kräften. Die Fremdenpolizei bildet ein eigenes Büro innerhalb der Staatspolizei und sie ist für ihre ständige unverschämte Bespitzelung der Ausländer berüchtigt.

So wurden etwa 1976 in Wien, von dem uns derzeit als einzigem Bundesland genaue Zahlen vorliegen, 268 Frühkontrollen und 162 Nachmittags- bzw. Abendstreifen in Fremdenbeherbergungsbetrieben durchgeführt, in derem Zug allein 59 Verhaftungen vorgenommen wurden. Das Wiener Fremdenpolizeibüro, das aus 25 Beamten, 32 Vertragsbediensteten sowie 20 zugeteilten Kriminalbeamten besteht, hat im Jahr 1976 130.490 Spitzelakten über Ausländer bearbeitet und eine fast gleichhohe Anzahl „Fremde erfaßt". Die Wiener Polizei hat 1976 1.610 Delikte nach dem Fremdenpolizeigesetz ahnden lassen, hat 732 Personen in Schubhaft gesetzt, 655 Aufenthaltsverbote erlassen und insgesamt 679 ausländische Staatsangehörige abgeschoben. Das ist eine eindrucksvolle Bilanz.

Die Bourgeoisie rüstet sich für kommende Klassenauseinandersetzungen und dabei setzt sie auch das Fremdenpolizeigesetz verstärkt ein. Nach Berichten von türkischen Genossen sitzen in Österreich ständig bis zu 200 Personen in Schubhaft, von denen der allergrößte Teil dann das Land verlassen muß oder abgeschoben wird.

Weg mit dem Fremdenpolizeigesetz! Sofortige Freilassung aller in Schubhaft befindlichen Ausländer und Aufhebung aller erlassenen Aufenthaltsverbote!

Das Fremdenpolizeigesetz ist seiner Wirkung nach ein besonderes Gesetz des Staates zur besonderen Unterdrückung eines besonderen Teiles der österreichischen Arbeiterklasse. Seinem Geiste nach ist es jedoch keineswegs etwas Besonderes. Sein Geist drückt nichts anderes aus als die Bedingungen, die die Bourgeoisie, wenn es nach ihr ginge, am liebsten für die gesamte österreichische Arbeiterklasse und das ganze Volk einführen würde – wenn sie die politische Kraft dazu hätte.

Am liebsten wäre es der Bourgeoisie, wenn jeder österreichische Arbeiter jede Sekunde um seine gesamte Existenz bangen müßte, wenn er ständig nichts anderes vor Augen hätte, als sich willig unter das Joch der kapitalistischen Ausbeuterordnung beugen zu müssen, um nur ja nicht in Konflikt mit den österreichischen Behörden zu kommen. Dafür hat die Bourgeoisie jedoch nicht die politische Kraft, wenn sie auch nichts unversucht läßt, ständig die Unterdrückung und bürokratische Schikanierung der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes durch ihren Staatsapparat auszudehnen.

Für die Kraft, die die Arbeiterklasse braucht, um die kapitalistische Schmarotzerbande zum Teufel zu jagen und die Ausbeuterherrschaft zu beseitigen, ist es jedoch unerläßlich, daß sie einen Zustand beseitigt, in dem Teile von ihr mit Haut und Haar der Willkür ihres ärgsten Feindes ausgeliefert sind. Die Beseitigung des reaktionären Fremdenpolizeigesetzes wird dabei ein Meilenstein sein.

SOFORTIGE FREILASSUNG VON KANI KONDAKLAR!
SOFORTIGE AUFHEBUNG DES AUFENTHALTSVERBOTES VON CHRISTIANE SCHNEIDER!
WEG MIT DEM FREMDENPOLIZEIGESETZ!

FÜR DIE VÖLLIGE RECHTLICHE GLEICHSTELLUNG DER AUSLÄNDER MIT DEN ÖSTERREICHISCHEN STAATSANGEHÖRIGEN!
WEG MIT DEM REAKTIONÄREN AUSLÄNDERBESCHÄFTIGUNGSGESETZ!

Demonstration im Rahmen des Informationsmonats der Zeitschrift AYDINLIK

Freitag, 25. November, 17 Uhr, am Wiener Praterstern
Abschlußkundgebung am Wallensteinplatz

Die Palmers-„Familie" ...

Rund um die Entführung wurden die Lumpenjournalisten der Bourgeoisie in Bewegung gesetzt, um von der Solidarität der Palmers-Angestellten mit ihrem Chef zu berichten. Was da über den „Verzicht" auf das Weihnachtsgeld und die Bitten um das Leben des Herrn Walter geschrieben wurde, war stark. Tatsache ist, daß im Laufe des Freitag alle Filialen von Palmers telefonisch verständigt wurden, das traditionelle Weihnachtsgeschenk für alle Angestellten würde als Beitrag zum Lösegeld zur Verfügung gestellt. „Ob man damit einverstanden sei?"

Dieses Weihnachtsgeschenk bestand aus einem Golddukaten, aus Palmers-Münzen und aus einem Weihnachtsessen. Um 4 Millionen Schilling wird Palmers damit dieses Jahr seinen Gewinn vergrößern. Damit die „Zustimmung" der Angestellten auch hält, mußten sie sich schriftlich zum Schweigen über die Umstände dieses „Verzichts" und über alles, was sie von der Familie Palmers wissen, verpflichten.

Überhaupt verlangt Palmers von seinem Verkaufspersonal die bedingungslose Unterordnung unter die Despotie des Handelskapitalisten, dessen Profit umso höher ist, je mehr Waren er losschlagen kann.

Durchgesetzt wird dieser Drill zum „Dienst an den Kunden" in der „Palmers-Familie", indem er seinen Lohnarbeitern die gewerkschaftliche Organisierung praktisch verbietet, Spaltung und Konkurrenz unter diesen fördert.

Bereits als Lehrmädchen muß man seinen richtigen Namen ablegen, bekommt einen Firmennamen wie Lola, Monique oder Jasmina, und muß die „10 Gebote des Palmers-Mädchen" auswendig lernen: 1. „Du sollst immer guter Laune sein. 2. Du sollst immer sorgfältig frisiert sein. (Was sorgfältig ist, bestimmt die Personalchefin; pro Monat bekommen die Mädchen S 60 – 80 für den Friseur bei Vorlage der Rechnung.) 3. Du sollst immer gepflegte Hände haben usw.

In den Filialen müssen die Lehrmädchen die Wäsche für die Auslagen bügeln, den Gehsteig vor dem Geschäft kehren, Auslagenfenster und Messingschnallen (auch im Freien und bei Minus-Graden) und nach Geschäftsschluß den Boden schrubben.

Diese Tätigkeiten füllen die Hälfte des Berufsschultages. Das Gehalt der Verkäuferinnen richtet sich nach einem Leistungsschema, bei dem aus der Gesamtlosung ein Verkaufsdurchschnitt pro Kunde errechnet wird, und die Verkaufleistung einer einzelnen Angestellten dann hinsichtlich dieses Durchschnitts bewertet wird. Je nachdem, ob die einzelne Verkäuferin bei ihren Kunden über oder unter diesem Durchschnitt liegt, ergibt sich das individuelle Gehalt. Dieses Schema hetzt die „Palmers-Damen" nicht nur notwendig gegen die Käufer auf, sondern spaltet sie auch untereinander vollständig auf.

Den Angestellten ist verboten über Gehaltsfragen zu sprechen. Untereinander dürfen sich die Kollegen im Geschäft nicht duzen. Geschäftsschluß ist allgemein 5 Minuten später als zur üblichen Zeit, was im Monat 2 Überstunden pro Beschäftigter in den Filialen ausmacht, die nicht bezahlt werden.

Von der Treue des Personals zu seinem Chef und von der großen Palmers-Familie war viel die Rede. Despotische Herrschaft des Kapitals ist in Wirklichkeit, was die Angestellten an den Herrn Walter bindet. „Solange der Lohnarbeiter Lohnarbeiter ist, hängt sein Los vom Kapital ab. Das ist die vielgerühmte Gemeinsamkeit des Interesses von Arbeiter und Kapitalist." (Marx, Lohnarbeit und Kapital).

...die Polizei und Kreisky

Ganz offensichtlich wurde bei der Palmers-Entführung die Tatsache, daß der Polizeiapparat gegenüber dem Geldsack „Zurückhaltung" übt. Zweck des staatlichen Gewaltapparates ist, Unterdrückung, Schikane und Entrechtung gegen die Massen zu betreiben, nicht aber, sich in die Angelegenheiten der Bourgeoisie selbst einzumischen. Die Bourgeoisie legt Wert darauf, diese Tatsachen zu verwischen:

Also: Szene 1:

Frage der Kronenzeitung: *„Respektiert die Polizei in erster Linie den Namen Palmers? Würden sie andere Staatsbürger mit weniger Vermögen und weniger klingendem Namen ebenso ungeschoren tätig sein lassen?"*

Szene 2:

Kreisky antwortet: *„Es muß sehr genau geprüft werden, wie die Interessen der Familie mit den legitimen Interessen der Behörden zusammenpassen .... Das muß untersucht werden, aber dazu bin ich nicht da, sondern die Gerichte ...."*

Zweifellos wird es den Gerichten gelingen, die Interessen der Palmers-Familie und die der Behörden zusammenzubringen. Genügend Gesetze und Advokaten stehen dort der Bourgeoisie zur Verfügung.

Szene 3:

Kreisky stellt eine *„sehr ernste Frage: Kann es zu einer Ausschaltung der Verfolgung von Verbrechern kommen?"* Das "legitime Interesse" des Polizeiapparates, Autorität und Willkür beim Einsatz gegen die Massen, darf nicht angetastet werden.

„Das Firmenimperium ist reichlich verschachtelt .... In ganz Österreich existieren unter verschiedensten Namen Fabriken und Geschäfte der Familie." (Presse, 11.11.)



Erste Österreichische Spar-Casse, Vorstandsmitglied und Direktor: Walter Palmers, Einlagenstand 12 Milliarden Schilling (1974)
Palmers-Beteiligungs-AG, Kommanditgesellschaft, persönliche Gesellschafter sind:
Walter M. Palmers;
Hans J. Palmers, Bruder von Walter und Schweizer Staatsbürger, was aus steuerlichen Gründen sicher von Vorteil ist;
Harry Palmers.
Beteiligungen über Einlagen:
Gumilla Palmers, Ehefrau, 4,5 Millionen,
Christian, Sohn (zerstreut, mangelndes zeitliches Erinnerungsvermögen), 4,5 Mill.
Elisabeth, Tochter, 4,5 Millionen
Michael A., nach gescheitertem Versuch, sich selbständig zu machen, nicht durch eigene Arbeit, sondern mit einer Boutiquen-Kette, in den Schoß des väterlichen Vermögens zurückgekehrt.
Palmers und Palmers, Salzburg
Gebrüder Palmers, Villach
In *Österreich* betreibt Palmers rund 90 Filialen, in denen er 1.500 Arbeiter und Angestellte für sich arbeiten läßt.
In *München* betreibt Peter Palmers (Neffe) 10 Filialen.
Walter M. Palmers ist weiters beteiligt an:
Tolaro & Co. Wäschefabrik, Wien, 1.500 Beschäftigte (1970),
E. Jezek & Co. OHG Modewaren, Wien
Gebhardt & Co. Wirk- und Strickwaren, Handelsgesellschaft, Wien
J.G.Koch's Söhne, Galanteriewaren,
Franz Weber & Co. Strümpfe- und Wäschewarenhandlung, Wien
M. Erkel & Co. Wien
W. Palmers & Co. OHG, Wien
Textilwaren Bregenz
Regula Textilhandel, Leoben
Wolff & Co., Textilwaren Vorarlberg
Zeller Verwaltungs-AG, Vermögen: 34 Mill., (betreibt Beteilungs-, Pacht- und Grundstückgeschäfte)

Zwei Landrover für Zimbabwe!

Stand am 21. 11. 77: 262.230,57



Stand am 21. 11. 77: 262.230,57

Bis zum 21. 11.77 sind auf dem Konto S 262.230,57 eingelangt.

Wien – Ortsverband	108.273,00
davon:	
OG Wien: 49.964,50	
VKI-Wien: 37.435,50	
MLS-Wien: 20.273,00	
RSB-Wien: 600,00	
Ortsgruppe Linz	21.170,13
Ortsgruppe Salzburg	15.358,82
Ortsgruppe Innsbruck	28.991,77
Ortsgruppe Graz	34.922,20
Ortsaufbaugruppe Klagenfurt	11.571,95
Symp. Gr. Knittelfeld	4.411,22
Symp. Gr. Villach	2.240,00
Solidaritätskomitee Wien	6.000,00
Einzeleinzahlungen	5.283,09
Zentrale	24.008,39
	262.230,57

Ein Lehrling aus Hall/Tirol berichtet: „Die Sowjetunion ist kein Freund der Völker"

Vor einigen Wochen machte ich einen Ausflug nach Westberlin. Dabei machte ich auch einen Abstecher nach Ost-Berlin. Am Grenzübertritt wurde mein Gepäck nach Schriftstücken untersucht. Dabei fanden die Beamten die Broschüre „Zimbabwe Chimurenga" über den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe. Die Broschüre wurde dann von einem ranghöheren Beamten gründlich durchgearbeitet. Nach einer Stunde wurde mir mitgeteilt, daß die Broschüre „formlos eingezogen wird". Dann wurde ich belehrt: Kommen Sie ja nicht wieder mit so einem Schund".

Dies hat mir gezeigt, daß die Sowjetunion, unterstützt durch ihre Lakaien in Osteuropa, den selbständigen Befreiungskampf der Völker fürchtet. Und daß sie, wie alle Imperialisten, die Unterstützung dieses Kampfes sabotiert. Umso wichtiger ist, daß wir alle den gerechten Kampf des Volkes von Zimbabwe unterstützen.

Linz/Neue Heimat:

Flohmarkt für Zimbabwe

Um die Sammlung für 2 Landrover für Zimbabwe im Arbeiterviertel Neue Heimat in Linz voranzutreiben, veranstaltete unsere Zelle am Samstag, 29.10, einen Flohmarkt. In den vorangehenden Diskussionen kamen wir zu dem Schluß, die beste Unterstützung für den Befreiungskampf in Zimbabwe ist das Vorantreiben des Klassenkampfes in Österreich. Das Sammeln von Geld muß daher jederzeit der Propagierung des Befreiungskampfes untergeordnet sein.

Da gerade das geschäftige Treiben auf einem Flohmarkt leicht dazu verleitet, nur mehr das Geld zu sehen, gingen wir eine Woche vorher von Tür zu Tür und diskutierten mit den Arbeitern anhand des Zentralorgans und eines Flugblattes die Bedeutung des Befreiungskampfes des Zimbabwer für die österreichische Arbeiterklasse. 3 Trupps zu je 2 Genossen sammelten in nicht einmal einer Stunde S 124,70.

Schon beim Aufbau des Flohmarktes erkundigten sich die Leute, welchem Zweck der Flohmarkt dient. Darauf gingen die Genossen zuwenig ein, das Ausbreiten der Waren hatte sie in seinen Bann geschlagen. Lieder aus dem Befreiungskampf und Lieder der österreichischen Arbeiterbewegung hoben die revolutionäre Stimmung. Eine Aktivistin hatte Landrover aus Lebkuchen gebacken- ein gutes Mittel, um den Verkauf mit der Agitation zu verbinden. Den Preis der Waren ließen wir von den Leuten danach bestimmen, wieviel sie für den Befreiungskampf in Zimbabwe hergeben wollten.

Insgesamt haben wir S 1548,80 gesammelt.

Quelle Zelle/OG Linz

Österreichische Afrikako

Der Bitte der Patriotischen Front folgend, in Österreich eine Sammlung für Transportmittel durchzuführen, haben die Afrikakomitees beschlossen, gemeinsam 44.000,- Schilling zu sammeln. Davon hat sich das KSA-Wien 30.000,- S, das KSA-Linz 5.000,- S und die Initiativgruppe in Innsbruck 4.000,- S zum Ziel gesetzt.

Das KSA-Wien hat bisher bei Sammlungen auf der Straße, bei Veranstaltungen und unter Freunden 2.000,- S gesammelt.

Am 12. November veranstaltete das KSA ein Solidaritätsfest für Zimbabwe. Das gesteckte Ziel war, mit Spiel und Unterhaltung den Kampf des Volkes von Zimbabwe zu erklären und die Besucher aktiv für den Befreiungskampf zu gewinnen. Auch Kinder wurden zur Unterstützung des Befreiungskampfes aktiviert. Ein revolutionäres Puppentheater, das den Kampf des Volkes in Zimbabwe darstellte, fand begeister-

Den Sieg des bewaffneten Befreiungskampfs in Zimbabwe werden die Kolonialisten und Imperialisten nicht verhindern können

Ian Smith, Führer des Kolonialistenregimes in Zimbabwe, hat für diese Woche „bestimmte feste Entscheidungen" über die weitere Zukunft Rhodesiens angekündigt. In einer Rede vor Mitgliedern der Siedler-Partei „Rhodesische Front" am 18. 11., die anderntags über den staatlichen Rundfunkt ausgestrahlt wurde, hat er in großen Zügen herausgelassen, was er sich vorstellte.

„Interne Lösung mit Sithole, Muzorewa und Chirau ..."

„Wenn die freie Welt Rhodesien eine Chance gibt, könnte das Volk seine Fähigkeit beweisen, die Probleme selbst zu lösen", erklärte Smith. Das „Volk" von Smith sind die „Rhodesier", die weißen Siedler und eine Handvoll schwarzer Marionetten und Gangster. Die „Probleme", um die es Smith geht, sind die afrikanischen Massen von Zimbabwe, die unter der Führung der Patriotischen Front den bewaffneten Kampf führen, um über den Sturz des Smith-Regimes und die Vertreibung der ausländischen Imperialisten die nationale Unabhängigkeit und Selbstbestimmung zu erreichen. Den bewaffneten Befreiungskampf zu zerschlagen, das ist das Ziel der „internen Lösung", die von Smith propagiert wird. Durch „Kompromisse" soll die weiße Siedlerherrschaft erhalten werden.

Zu dieser internen Lösung sollen „nach dem Wunsch der Regierung, die schwarzen Führer Bischof Abel Muzorewa, Chef des Vereinigten Afrikanischen Nationalkongresses (ANC), der Methodistengeistliche Ndabaningi Sithole, Führer einer vom ANC abgespaltenen Gruppe, sowie Senator Jeremiah Chirau, Leiter der Vereinigten Volksorganisation von Zimbabwe (ZUPO), beteiligt werden", meldete die APA am 19. 11. Muzorewa, Sithole und Chirau, das sind die „berühmten Führer", die keinen Anhang haben. Sie sollen als schwarzes Aushängeschild des Kolonialregimes dienen.

Vor allem Sithole, der früher Präsident der ZANU war, und auf Grund seiner kompromißlerischen Haltung gegenüber dem Regime und den hinter dem Regime stehenden Imperialisten aus der ZANU ausgeschlossen wurde, profiliert sich krampfhaft als Lakai der Siedler und des Imperialismus. Er, der früher lauthals die Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes gegen das Smith-Regime propagierte, schreibt heute Briefe an weiße Siedler, um sie mit seiner „Botschaft über die Veränderung" davon zu überzeugen, daß sie von ihm nichts zu fürchten haben. In einem Interview mit der Londoner „Times" vom 5.11. erklärte er, daß ein unabhängiges Zimbabwe „unter seiner Führung" eine „rassenfreie Gesellschaft mit einer gemischten Wirtschaft und gleichen Rechten für alle" sein würde. Das hören die Kolonialisten gerne. Von einer solchen Meinung zur bedingungslosen Kapitulation ist es nur noch ein kleiner Schritt.

... soll das Kolonialregime über Wasser halten

Die APA berichtet weiter: „Ausgeschlossen (von der Smith'schen internen Lösung) bleiben sollen davon die Führer der beiden in der Patriotischen Front vereinigten Guerillaorganisationen, Joshua Nkomo und Robert Mugabe." Die Patriotische Front hätte ohnehin nicht an dem Manöver teilgenommen, müßte man hinzufügen.

Ziel der Patriotischen Front ist nicht die Versöhnung mit dem Siedlerregime und den hinter diesem stehenden Imperialisten, sondern die sofortige und bedingungslose Machtübernahme in Zimbabwe im Namen des Volks von Zimbabwe. Dafür kämpft die Patriotische Front mit der Waffe in der Hand und für dieses Ziel hat sie auch längst die schwarzen Massen mobilisiert und in den Kampf geführt. Die Patriotische Front steht heute kurz vor dem Sieg über die Siedler. Warum sollte sie also Interesse an Plänen solcher Art haben, wie Smith sie derzeit verkündet?

Darin besteht auch das Problem, das die imperialistischen Oberherren von Ian Smith in Washington und London haben mit der „internen Lösung". Sie befürchten, daß diese Lösung nur ein Windei wäre und nichts an der akuten Bedrohung ihres imperialistischen Stützpunkts durch den bewaffneten Befreiungskrieg ändern würde. Deshalb beharren sie auch auf ihrem „Friedensplan", der in der Hauptsache auf die Sicherung ihrer Oberherrschaft über Zimbabwe gerichtet ist und der auch für den Fall der Fälle die Ablösung der Smith-Regierung beinhaltet. Und der vorsieht, daß mit der Patriotischen Front solange geschachert wird, bis diese ihre gerechten und revolutionären Ziele aufgibt und sich mit einem Kompromiß zufriedengibt.

Die Imperialisten hoffen auf die Spaltung der Patriotischen Front

„Die rhodesische Regierung und die nationalistischen Organisationen von Muzorewa und Sithole haben Großbritannien beschuldigt, der Patriotischen Front und den sie unterstützenden 'Front'-Staaten-Präsidenten zuviel Aufmerksamkeit zu schenken." Aber: „Da die Patriotische Front die Unterstützung der 'Front'-Staaten, der Organisation der Afrikanischen Einheit und der UNO hat, würde es schwerfallen, internationale Zustimmung für eine Lösung zu finden, die nicht die Teilnahme der Patriotischen Front einschließt." Sie beschreibt ein Herr Nicholas Ashford in der „Times" vom 10.11.77 die unangenehme Situation der Imperialisten. Am Befreiungskampf führt kein Weg mehr vorbei und damit auch nicht an der Patriotischen Front, das ist die bittere Erfahrung der Imperialisten. Mit einer „radikalen" Lösung, wie sie Smith anstrebt, geht nicht mehr viel. Es muß versucht werden, die Patriotische Front zu spalten. „Ein möglicher Weg ...., wäre die Abspaltung des Nkomo-Flügels von dem von Mugabe geführten, und dann zu erreichen, daß Nkomo nach Rhodesien zurückkehrt, um sich an den Wahlen zu beteiligen", erörtet Ashford die Hoffnungen der Imperialisten.

Diese Hoffnungen werden nicht aufgehen. Schon vorher hat der sowjetische Sozialimperialismus diese Hoffnung gehabt. Auch er hat auf Nkomo und die ZAPU gesetzt. Auch ihm ist eine Abfuhr erteilt worden. Als die neuen Zaren Waffen direkt an die ZAPU liefern wollte, wurde ihm erklärt, daß die Patriotische Front nur noch Waffen von der OAU entgegennimmt und die Sozialimperialisten an diese ihre Waffen abliefern müssen.

„Das Volk ist im Volkskrieg unschlagbar"

Das ist aus dem Programm der ZANU. Die ZANU, unter der Führung R. Mugabes, bildet gemeinsam mit der ZAPU, unter der Führung Nkomos, die Patriotische Front. Beide Organisationen haben das gleiche nächste Ziel, nämlich Sturz des Smith-Regimes durch den bewaffneten Volkskrieg und Errichtung eines unabhängigen Zimbabwe. Das war die Grundlage für den Zusammenschluß und dieser Zusammenschluß festigt sich im Kampf täglich mehr. Das ist Ausdruck des Zusammenschlusses des Volkes von Zimbabwe im Kampf für den Sturz des Kolonialregimes. „Das rhodesische Militärkommando hat am Mittwoch von zahlreichen Guerillaangriffen innerhalb von 48 Stunden an mehreren Orten berichtet", schreibt die „Neue Zürcher Zeitung" vom 19. 11., „Nur rund 80 Kilometer von Salisbury entfernt, griffen Guerillas nach Angaben des Militärkommandos Wehrdörfer an und brannten dabei gleichfalls mehrere Hütten nieder." Man kann sich gut vorstellen, wie massiv diese Angriffe auf das Regime und seine Einrichtungen waren, daß sogar das Regime selbst darüber informieren muß.

Angesichts des gerade in den letzten Monaten erfolgten Aufschwungs des bewaffneten Volkskampfes kann man gut verstehen, daß derselbe Ashford, der von der Spaltung der Patriotischen Front schwärmt, gleich anschließend betrübt feststellt: „Im Moment glauben die beiden Führer der Patriotischen Front, besser daran zu sein, wenn sie ihren gemeinsamen Kampf von außen (80 km von Salisbury entfernt – die Red.) weiterführen. ihr gegenwärtiges Bündnis mag ein heikles sein, aber es ist alles, was sie haben. Sie scheinen nicht bereit zu sein, das, was sie auf dem Schlachtfeld gewonnen haben, aufs Spiel zu setzen, um sich an Wahlen zu beteiligen, die sie wahrscheinlich verlieren würden ...." Die letzten Wahlen haben bekanntlich unter Ausschluß von mehr als 80 % der schwarzen Bevölkerung stattgefunden. Solche Wahlen würde die Patriotische Front verlieren, das ist gewiß.

Den Kampf um Zimbabwe wird die Patriotische Front nicht verlieren, weil hier die 80 % zur Geltung kommen, die bei den Wahlen ausgeschlossen sind und die unter Führung der Patriotischen Front im Volkskrieg stehen.



Dieses Bild haben die Kinder einer Klasse der Hauptschule Frohnleiten in Graz anläßlich der Rundreise eines Vertreters des kämpfenden Volkes von Zimbabwe im Frühjahr 1977 gemalt. Dieser versprach das Bild an Schulkinder in Zimbabwe als Geschenk zu übergeben. Das Bild stellt den gemeinsamen Kampf schwarzer und weißer Kinder gegen Rassismus, Kolonialismus und Imperialismus dar.

Antiimperialist vor Gericht

Anläßlich der Verhandlungen des Imperialisten Mondale mit dem Rassisten Vorster in Wien haben an drei Tagen Demonstrationen stattgefunden, eine davon direkt während des Treffens. Die Demonstration forderte den Abbruch des Treffens und unterstützte den Freiheitskampf der Völker des südlichen Afrikas. Natürlich wollten die Demonstranten für diese gerechten Forderungen auf dem Josefsplatz, direkt vor dem Verhandlungsgebäude eintreten, und nicht in irgendwelchen Seitengassen. Die vierzig auf dem Platz stationierten Polizisten versuchten sie daran zu hindern. Bei diesem Versuch hat einer der Polizisten seine Kappe verloren. Zusammen mit einem seiner Kollegen hat er sich den nächstbesten Demonstranten herausgegriffen, festgenommen und ihn beschuldigt, die Kappe heruntergestoßen zu haben.

Erst im September erhielt M.A. eine Ladung als Beschuldigter vors Gericht. Aus der heruntergestoßenen Kappe war inzwischen ein Fußtritt gegen das Schienbein und ein Faustschlag gegen die Stirn geworden, also das Vergehen der Körperverletzung nach § 14 des neuen Strafgesetzbuches.

M.A. soll abgeurteilt werden, zur Abschreckung für alle aktiven Antiimperialisten, aber die Öffentlichkeit soll nicht zuviel davon erfahren, denn große Sympathien erwirbt sich die Staatsmacht sicher nicht, wenn sie gegen einen Feind des südafrikanischen Rassistenregimes vorgeht. Die Frage, welche Ziele die Demonstration verfolgt hat, und welche Ziele die Verhandlungspartner, die sich von der österreichischen Polizei schützen ließen, wird aus dem Prozeß natürlich ausgeklammert und es wird nur die Frage der Körperverletzung besprochen. So soll verborgen werden, daß der österreichische Staat die Imperialisten in Afrika unterstützt.

Verhandlungstermin: Landesgericht für Strafsachen Wien, Saal V, 30. November 77, 10.30 Uhr.

Politisches Programm der ZANU
in Kommunist 10/77

Zu beziehen über:
Alois Wieser Gesellschaft m.b.H.,
Vertrieb revolutionärer Literatur und Schallplatten,
1042 Wien, Postfach 13

i tees sammeln 44.000,-

te Zustimmung. Kommentar dazu: „Man solle das Theater so oft aufführen, bis alle Rassisten und Imperialisten totgeschlagen sind". Anschließend zeichneten die Kinder Bilder über den Befreiungskampf, die sie den Festbesuchern verkauften. Den Erlös spendeten sie für den Befreiungskampf. Auf dem Fest wurden Dias gezeigt, Lieder gesungen, Gedichte und Erzählungen über den Befreiungskampf vorgelesen. Eine nigerianische Musikgruppe spielte afrikanische Lieder, um damit ihre Unterstützung und Solidarität mit dem Kampf ihrer Brüder in Zimbabwe zu dokumentieren.

Dosenschießen, Pfeilschießen auf Smith – „wer nicht trifft, spendet" –, ein Basar und ein Buffet mit afrikanischem Essen und Getränken bereicherten das Fest. Insgesamt besuchten über 200 Personen das Fest und es wurden 7.000,- S gespendet.

SP- Gewerkschaftspolitik: Auslieferung der Eisenbahner an die Sanierung der ÖBB

„Es muß unser Ziel sein, die Eisenbahn noch moderner, noch rascher und noch rationeller zu machen." Mit diesen Worten wollte Bundeskanzler Kreisky auf einer Wahlveranstaltung der Sozialistischen Eisenbahner in Wien die Pläne des staatlichen Dienstherrn bei den ÖBB-Bediensteten verkaufen. Praktisch treten diese Ziele den Eisenbahnern heute schon in Form von Lohnsenkung, Personaleinsparungen und steigender Arbeitshetze entgegen. Durchgesetzt wird dieser Raubbau am Arbeits- und Lebensniveau mit Hilfe des Dienstrechts, wobei die Disziplinarstrafen der Knüppel davon ist, der gegenwärtig am häufigsten geschwungen wird. Eine „moderne Zukunft" von der Art der Sozialdemokraten in Regierung und Gewerkschaftsspitzen hat mit den Zielen der Eisenbahner wenig zu tun.

Für die PV-Wahlen bei der ÖBB haben die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer ein Programm vorgelegt, das unter dem Motto: „Die Erhaltung der Arbeitsplätze erfordert Einsparung und zurückhaltende Lohnpolitik" keinerlei Forderungen gegen die Sanierung, sondern nur Vorschläge für die Sanierung enthält.

Spalterische Gehaltspolitik

Das SP-Wahlprogramm verspricht, sich „im Sinne einer solidarischen Lohn- und Gehaltspolitik für eine weitere Verbesserung des Einkommens aller Eisenbahner einzusetzen." Jeder Eisenbahner spürte selbst, was das letzte Gehaltsabkommen mit 1,5 % für das Jahr 1977 brachte. Ohne Zulagen, Überstunden und Nebenbeschäftigungen kommen heute die wenigsten aus.

Ab 1. 1. 78 tritt das neue Gehaltsabkommen in Kraft. Für die große Masse der Eisenbahner wird es einen spürbaren Reallohnverlust bringen. In den Gehaltsgruppen, wo über 80 % der Kollegen eingestuft sind – IIIa bis VIIa – bringt die Bruttoerhöhung plus der Dienstzulage zwischen 601 und 811 S. Von dieser Bruttoerhöhung fallen allerdings ⅓ bis ¼ der Lohnsteuerprogression und dem erhöhten Pensionsbeitrag zum Opfer.

Nimmt man nur die laufend steigenden Lebenshaltungskosten her, dann schwindet der versprochene „wachsende Lebensstandard" der Eisenbahner. Bekommt die Masse der Eisenbahner zwischen 601 und 811 Schilling, so erhalten die Herren in den oberen Rängen, entsprechend der „leistungsgerechten Entlohnung" zwischen 1.368 S in IXa/10 und gar 2.717 S in X/16. Das ist die „solidarische Gehaltspolitik", die die SP-Führung von den Kollegen fordert.

Die Nebengebühren fallen bei Krankheit, Urlaub usw. weg. 30 bis 60 % betragen heute oft die Nebengebühren bei einem Grundlohn von 4.500 bis 7.500 Schilling. Antreiberei und Schürung von Konkurrenz unter den Eisenbahnern ist damit weiter Spielraum gegeben.

Diesen Spielraum für den staatlichen Dienstherrn noch zu erweitern, ist erklärtes Ziel der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung. „Ausgewogener" wollen sie diesen Hebel für gesteigerten Ausbeutung der Bediensteten gestalten. Sie zielen darauf ab, den einheitlichen Zusammenschluß und Kampf um einen ausreichenden Grundlohn zu spalten, die Kollegen über steigende Nebengebühren von zusätzlicher Arbeitsleistung und Loyalität gegenüber der Verwaltung auf Gedeih und Verderb abhängig zu machen.

Dazu gehört auch die Laufzeit der Gehaltsabkommen. In den wichtigen Branchen der Industrie praktiziert die SP-Gewerkschaftsführung gegenwärtig die Verzögerung von neuen KV-Verhandlungen und stachelt damit die Träume der Kapitalisten von einem Lohnstop an. Einer ähnlichen Politik gegenüber den Eisenbahnern muß man entgegentreten: Sofort nach Ablauf des alten Gehaltsabkommens muß das neue in Kraft treten.

Unterordnung der Eisenbahner unter besonderes Dienstrecht und Dienstvorschriften?

Über die gewerkschaftliche und politische Entrechtung der Eisenbahner durch die Dienstpragmatik schweigt sich das SP-Wahlprogramm aus. Weiterhin soll jedem, der sich über die Arbeitsverhältnisse und über andere Schweinereien bei der Bahn an die Öffentlichkeit wendet, mit Disziplinarverfahren und Entlassung gedroht werden können.

Zusätzlich wird bei der ÖBB zur Unterdrückung und Spaltung der Arbeiter, zur zusätzlichen Ausplünderung und Lohnkürzung, noch die Dienststrafordnung als Teil des Dienstrechtes eingesetzt. Gegen dieses Schikaneinstrument kann schon heute eine breite Kampffront aufgebaut werden. Dazu muß man mit der Politik der Klassenzusammenarbeit, wie sie die Gewerkschaftsführung zur Grundlage ihres Auftretens macht, brechen. Die Arbeiterklasse hat kein Interesse daran, daß die Kapitalisten und ihr Staat ihre Einheit als Lohnabhängige besondere Gesetze für die Staatsbediensteten in den Weg legen. In seinem Programm fordert der Kommunistische Bund Österreichs deshalb ein einheitliches Arbeits- und Sozialrecht und die Aufhebung des besonderen Dienstrechts für die öffentlich Bediensteten.

Die Dienstdauervorschrift A 10 bei der Bahn ermöglicht es, in verschiedenen Bereichen Arbeitsschichten zu 18 Stunden innerhalb von 24 Stunden anzuordnen. Im Verschub kommt es häufig zu solchen Dienstzeiten. Nicht nur die Gesundheit wird dadurch erheblich angegriffen, sondern die betroffenen Kollegen haben dann natürlich auch mehr Kosten, um sich wieder zu erholen. Diese A 10 kann die Verwaltung ganz nach Willkür zur Rationalisierung und Personaleinsparung einsetzen. Gesetzliche Arbeitszeitregelungen werden beliebig durchbrochen. Vor allem im fahrenden Dienst verschlechtern sich ständig die Arbeitszeitregelungen, bezahlt wird die Nacht- und Schichtarbeit praktisch auch nicht. Es ist notwendig, der beständigen Ausdehnung von Nacht- und Schichtarbeit Schranken zu setzen. Dabei muß man sich auf eine Beschränkung der Nachtarbeit auf die Hälfte des Normalarbeitstages und auf eine Dienstzulage in der Höhe von 200 S orientieren. Daß die SP über diese Anliegen der Kollegen kein Wort verliert, liegt an ihrer Politik der „Mäßigung", mit der sie den Kurs der Regierung auf verschärfte Rationalisierung der ÖBB unterstützt.

Allein 1976 betrug das Defizit der ÖBB 15 Milliarden Schilling. Das Finanzkapital, das über die Bahnanleihen die Bundesbahn in der Hand hat, ist bestrebt, dieses Defizit zu drücken. Gleichzeitig soll aber die Funktion der Eisenbahn, die sie für die ganze Kapitalistenklasse hat, erhalten und noch ausgebaut werden: die Warenmassen von den konzentrierten Produktionsstätten zu den Märkten zu schaffen, und im Krieg die Truppen und Waffen an die Front zu karren. Unter der Leitung des kapitalistischen Staates ist das notwendig mit verschärfter Auspressung von Arbeit und gleichzeitig bedingungsloser Unterordnung der Bediensteten verbunden. Das entsprechende Rationalisierungsprogramm führt den Namen "Unternehmenskonzept". In den Vorstellungen zu "Verkehrs- und Investitionspolitik" wollen die Sozialdemokraten genau diese Absichten der Bourgeoisie gegenüber der ÖBB unter die Kollegen bringen. Investitionen für die „Sicherung des Marktanteils der ÖBB am Verkehrsaufkommen" werden da gefordert, mit der "Harmonisierung der Wettbewerbsvoraussetzungen" gegenüber dem Straßenverkehr, sollen die Kollegen in Konkurrenz zu den LKW-Fahrern getrieben werden, wobei der „Möglichkeit zur wirtschaftlichen Führung .... besondere Bedeutung" zukommt. Nur zu bekannt sind diese Sprüche, die von der Kapitalistenklasse immer dann geklopft werden, wenn Einsparungen, Rationalisierung und Mehrarbeit auf Kosten der Arbeiter geplant sind und durchgesetzt werden sollen.

Betrachtet man das Wahlprogramm der SP-Gewerkschaft, so wundert es nicht mehr, daß sie eine Meinungsäußerung zu diesem Programm über den Umweg einer Computerumfrage in Gang setzen. Den breiten Unmut unter den Eisenbahnern auf Antwortkarten zersplittern und in Rechenmaschinen auflösen – das ist die Politik der Sozialdemokraten bei der Wahl. Gegen diese Politik ist und wird auch in Zukunft die Liste AKTIONSPROGRAMM auftreten mit Forderungen, die in der Lage sind, die Kollegen gegen die Kapitulationspolitik dieser Gewerkschaftsführung zu organisieren.

Linksblock: Druck auf „echte Rationalisierung"

Die Linksblock-Funktionäre sind durch das Auftreten der Liste AKTIONSPROGRAMM aufgescheucht. Sie fürchten, das könnte ihnen Stimmen kosten. Die Liste sei ein „Faktor gegen den Fortschritt" und „verunsichere" die Eisenbahner, meinen sie. Nun, was man als Fortschritt bezeichnet, und wer ein Faktor gegen welchen Fortschritt ist, kommt ganz auf den Klassenstandpunkt an, von dem man die Sache der Eisenbahner betrachtet.

Die staatliche Verwaltung sieht den Fortschritt bei den ÖBB zweifellos in ihrem Rationalisierungs- und Einsparungsprogramm. Die Kollegen sehen, daß diese Art von Fortschritt gegen ihre Knochen gerichtet ist; für sie liegt der Fortschritt demgegenüber in der Abwehr dieses umfassenden Angriffs auf ihre Arbeits- und Lebensbedingungen. Wenn z.B. das Auftreten der Liste AKTIONSPROGRAMM auf dem Bahnhof Liesing die Verwaltung gezwungen hat, endlich die Brausen fertigzustellen, dann ist das für die Kollegen ein Fortschritt, wenn auch erst ein kleiner.

Die 5 Programmforderungen der Liste AKTIONSPROGRAMM sind geeignet, die Kollegen gegen die Angriffe des staatlichen Dienstherrn und die Waffen, die er zu deren Durchsetzung in die Hand hat (z.B. die Dienststrafordnung), zusammenzuschließen. Der Linksblock hat diesem umfassenden Angriff und dem wachsenden Druck auf die Kollegen nichts entgegenzusetzen. In seinem Forderungsprogramm tritt er nicht gegen das besondere Dienstrecht, gegen die Dienststrafordnung auf, sondern für den Ausbau dieses Knüppels in einzelnen Punkten. Dort ist auch die Rede davon, daß die „Rationalisierungsgewinne den Kollegen zugutekommen müssen". Die im Rahmen des „Unternehmenskonzeptes" geplante und jetzt durchgeführte Rationalisierungspolitik der ÖBB wird als keine „echte Rationalisierung" kritisiert. (Betriebszeitung 10/77). Sollen sich die Kollegen bei „echter Rationalisierung um die dabei frei werdenden Lohngelder und Posten gegenseitig an die Gurgel fahren – oder haben diese die Linksblock-Funktionäre für sich reserviert? In der Betriebszeitung 11/77 behandelt der Linksblock allen Ernstes die Dienstordnung als Kampfinstrument der Kollegen gegen die Vorgesetzten. Im § 20 wird den Vorgesetzten "festes, aber wohlwollendes Benehmen" vorgeschrieben, wenn sie sich als Büttel der Verwaltung betätigen. Allerdings ist die Liste AKTIONSPROGRAMM auch gegen "wohlwollend" durchgesetzte Rationalisierungs- und Schikanierungsmaßnahmen. Zweifellos „verunsichert" diese Liste auch die Eisenbahner darin, sich auf die Dauer dem Dienstrecht und der Rationalisierungspolitik der Sozialdemokratie unterzuordnen. Sie versuchen, die Eisenbahner auf dem Boden des Klassenkampfes dagegen zusammenzuschließen. Für den Linksblock ist diese Politik des Klassenkampfs ein Faktor gegen den Fortschritt. Das ist so, weil sie selbst auf der anderen Seite des „Fortschritts" von der Art, wie ihn der staatliche Dienstherr betreibt, stehen: Mit "mehr Druck von links".

FCG: „Sozialplan" statt Arbeiterschutzgesetze

1976 wurden im Bahnhofsdienst über 1.100 Posten gestrichen, für 1977 waren es wieder knapp 1.000 und für 1978 ist eine Verringerung der Dienstposten um 880 Eisenbahner vorgesehen, zu denen noch zusätzlich 1.320 Zugbegleiter eingespart werden. Diese Personaleinsparungen trifft alle Kollegen, nicht nur die unmittelbar betroffenen, denn die Arbeit wird dann aus den Verbleibenden herausgepreßt oder sie werden mittels Dienstvorschrift Zwangsversetzungen und Umschulungen unterworfen.

Die Fraktion Christlicher Gewerkschafter (FCG) verlangt gegen diese Personalpolitik der Verwaltung die Aufstellung eines Sozialplanes.

Die betroffenen Kollegen seien „rechtzeitig zu verständigen, grundsätzlich ist für eine gleichartige, zumindest aber gleichwertige Verwendung .... "vorzusorgen. Bei Zwangsversetzungen und des damit eintretenden Zerreißens des Familienlebens, der Beschränkung der Freizeit durch Anfahrtszeiten zum Dienstort etc. wird Abgeltung der „Belastungen" verlangt. Offenbar betrachtet die FCG die Kollegen als bloße Anhängsel der ÖBB, als Lohnarbeiter, die nur leben, um für den Transport der Warenmassen für die Kapitalisten zu arbeiten. Dabei dürfen sie aber auch nicht völlig verkommen. Deshalb: "Getrennter Haushalt, usw." ist mit ein paar Schilling abzugelten, oder wenigstens mit „sauberen Einzelunterkünften mit sozialer Mietzinsgestaltung ..." Wie eine Verhöhnung klingt es, wenn zu all dem gesagt wird: „Härten sind zu vermeiden".

Der Willkür, mit der die ÖBB-Leitung die gesteigerte Ausbeutung und Unterordnung der Kollegen betreibt, ihre Arbeits- und Lebensverhältnisse den Bestrebungen nach Senkung des Defizits unterwirft, soll freier Lauf gegeben werden, nur völlig vernichtet dürfen sie dabei nicht werden. Solche "Sozialpläne" sind nicht geeignet für den Kampf der Arbeiterklasse zum Schutz vor schrankenloser Ausbeutung ihrer Arbeitskraft. Nicht Sozialpläne, sondern Gesetze zum Schutz der Arbeitskraft hat sich die Arbeiterbewegung erkämpft und muß sie sich immer wieder erkämpfen.

Auch bei den ÖBB müssen die Kollegen das im Auge haben.

VÖEST-„Stahlzukunft“: Kein gemeinsamer Weg zwischen Arbeit und Kapital

„Vollbeschäftigung muß um jeden Preis erhalten werden“ – ständig kehrt dieser Satz wieder in allen Betriebszeitungen. „Arbeitslosigkeit: grausamstes Phänomen des Kapitalismus“ – schreibt auch die Betriebszeitung der SPÖ. Phänomenal ist es allerdings, wie die Bourgeoisie und die SP-Regierung unter dem Mäntelchen der Arbeitsplatzsicherung versuchen, die Arbeiterklasse für ihre Ziele einzuspannen.

Die Stimmung unter den VÖEST-Arbeitern ist dadurch gekennzeichnet, daß die Angst um den Arbeitsplatz ständig geschürt wird. Den Arbeitern soll der Blick für die ständige Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen, für den Lohnabbau, Überstundenschinderei einerseits und Kurzarbeit andererseits, verschärfte Arbeitshetze und Unfallgefahr vernebelt werden.

Die konkreten Maßnahmen, die das VÖEST-Kapital trifft, werden unter dem Begriff „Strukturbereinigung“ zusammengefaßt.

Was beabsichtigen die Stahlkapitalisten?

Die Krise soll überwunden und behoben werden. Die Krise, die für die Kapitalisten darin liegt, daß ihre Profitrate fällt. Sie liegt nicht darin, daß kein Stahl mehr auf der Welt gebraucht wird, sondern in der kapitalistischen Produktionsweise, die zu Überfüllung der Märkte geführt hat. Um ans Geld heranzukommen, muß sich erst ein Käufer für den Stahl finden und eben da hapert es, weil mehr Stahl angeboten wird als Käufer auf dem Markt nachfragen.

Zwischen 1973 und 1977 ist der Stahlverbrauch weltweit nicht mehr gewachsen. In Erwartung eines Konjunkturaufschwunges und damit steigendem Stahlverbrauch haben die imperialistischen Stahlkonzerne aber ihre Produktionskapazitäten gewaltig ausgebaut. In dem Bestreben, sich aus der Abhängigkeit der Imperialisten zu lösen, bauen die Länder der 3. Welt ihre eigene Produktion auf und verengen so zusätzlich den Markt, auf dem die Imperialisten Extraprofite herausschlagen konnten.

Stockt die Profitmacherei, so verfallen die Imperialisten in „aggressive Exportpolitik“. Es sind „Italiener, Japaner und Koreaner“, die die Preise ruinieren, beklagt Apfalter die Folgen der Überproduktionskrise für den VÖEST-Konzern.

Der VÖEST-Konzern, der selbst 70% seiner Waren auf Exportmärkten losschlägt, will in den nächsten Jahren groß vom Hüttenbereich auf den Finalbereich umsteigen. Mit Maschinen- und Industrieanlagenbau sollen die bisher nicht erfolgreichen Exportschlachten fortgesetzt werden. Im Hüttenbereich ist der Auftragsstand der VÖEST rückläufig, im Finalbereich (Maschinen- und Stahlbau) liegt er um 20 % über dem Vorjahr. „Im Industrieanlagenbau rechnet man noch mit Aufträgen über einige Milliarden Schilling, so daß der Auftragsstand Ende des Jahres höher sein wird als 1976 .... Je rascher wir dem Strukturwandel Rechnung tragen, desto größer wird unsere Chance, im weltweiten Konkurrenzkampf zu überleben.“ So protzt Apfalter mit den Produktionsfähigkeiten der VÖEST-Arbeiter und predigte gleichzeitig Maßnahmen, mit denen durch Freisetzen von Arbeitern im Hüttenbereich aus der gesteigerten Ausbeutung der Arbeiter in anderen Produktionsbereichen neue Schlachten um Exportprofite eingeleitet werden.

Was bedeutet das für die VÖEST-Arbeiter?

Das LD-I-Stahlwerk soll zu Jahresende stillgelegt werden, wie inzwischen bekanntgeworden ist. Die 200 dort beschäftigten Arbeiter sollen anderswo untergebracht werden. Die Produktion wurde rationalisiert. Das neue LD-III-Stahlwerk besitzt ein Vielfaches der Produktionskapazität des alten. Dieselbe Menge Stahl wird nun durch eine geringere Anzahl von Arbeitern erzeugt. Für die Arbeiter, mit denen man nach Belieben verfahren will, die zu Anhängseln der Maschinen degradiert sind, bedeutet das verschärfte Arbeitshetze und Lohneinbuße.

Die Entwicklung der Technologie im Kapitalismus bringt der produzierenden Klasse, der Klasse, die den gesellschaftlichen Reichtum schafft, keinen Fortschritt und keine Arbeitserleichterung. Sie dient nur denjenigen, die die Produktionsmittel besitzen; jede technische Weiterentwicklung nützen sie zur Steigerung ihres Profits.

Die Hoffnung der VÖEST auf größere Profite und „günstigere Konkurrenzsituation“ im Finalbereich bedeutet keine „Sicherung der Arbeitsplätze“ für die vielen Arbeiter im Hüttenbereich.

Für ca. 10.000 Arbeiter im Werk Linz und ca. 5.000 in der Steiermark soll Kurzarbeit eingeführt werden. Denn die „Umschulungen“ sind nichts anderes als eine Form der Kurzarbeit. Apfalter gibt zu: „Es ist richtig, daß die bei uns geplanten Fortbildungsmaßnahmen den betriebswirtschaftlichen Effekt einer Verkürzung der Arbeitszeit haben“ (Oberösterreichische Nachrichten, 19.11.)

Für die Arbeiter bedeutet das einen Lohnverlust von 10 %, wie ÖIAG-Direktor Geist in „Zeit im Bild“ bekanntgab. Diese „Umschulung“ soll nicht, wie ursprünglich angegeben, eine Woche zu Jahresende dauern, sondern in Linz durch 3 Monate hindurch, in der Steiermark durch 6 Monate je einen Tag pro Woche. Für die „Umschulungen“ kassiert die VÖEST aus Mitteln der Arbeitsmarktförderung 100 Millionen Schilling und spart sich so Lohnkosten mit den Geldern der Arbeitslosenversicherung. Nicht einmal während des Umschulunstages wollen die Kapitalisten ihr Recht über die Lohnarbeiter zu verfügen, aufgeben:

Auch während des Umschulungstages sind die Lohnarbeiter der Kontrolle und Schikane durch die Kapitalisten unterworfen. „Rundfunkhören wird einmal in der Woche zur Pflicht. Fangfragen in Testbögen sollen überprüfen, ob die Rundfunksendung auch mitgehört wurde. Wer schwänzt, dem droht die Streichung der Unterstützung aus Arbeitsmarktmitteln.“ (Presse, 14.11.)

Die Drohung mit der Arbeitslosigkeit, die die Umschulungsaktion mit sich bringt, ist der Bourgeoisie noch zu wenig: Gelder der Arbeiterklasse zum Schutz gegen die Folgen der kapitalistischen Ausbeuterordnung will sie ejnsetzen, um die Verfügungsgewalt der Ausbeuter noch auszudehnen. Höhnisch wird das Ganze noch als „Humanisierung der Arbeit“ hingestellt.

„Das Unternehmen verpflichtet sich, *während* der Schulungszeit keine Mitarbeiter abzubauen.“ So hieß es nach dem Abkommen zwischen Betriebsrat und Unternehmensleitung. Schärfere Angriffe werden vorbereitet und die „Schulungszeit“ soll die Arbeiter weichkriegen und spalten.

ÖIAG-Geist will ca. 1.000 Arbeiter pro Jahr frühzeitig in Pension schicken. Bisher gehen ca. 1.000 Arbeiter und Angestellte pro Jahr in Pension, die nicht ersetzt werden. Geist will diese Zahl verdoppeln. Man müsse „sehen, wie wir mit jenen Leuten, die sich also dem Rentenalter nähern – und es gibt da sehr viele – fertig werden durch Sozialpläne und dadurch, daß wir sie eben in die Rente schicken.“

Darüber hinaus wird der Druck auf die Arbeiter verstärkt. Jeder Antreiber ist mit einer Kartei ausgestattet, in die jedes „Vergehen“ der Arbeiter fein säuberlich eingetragen wird, um bei Bedarf den Grund für eine Entlassung zu liefern.

In einem Brief an die „Mitarbeiter“ in der VÖEST-Werkszeitung (Nr. 8-9/77) hat Apfalter die „Grundsätze“ angegeben, mit der die VÖEST der „internationalen Konkurrenzsituation“ gerecht werden will: u.a. Rationalisierung im Hüttenbereich, Intensivierung aller Leistungsbereiche im Zusammenhang mit dem Industrieanlagenbau, größte Kostenwirtschaftlichkeit – mit einem Wort: Steigerung der Ausbeutung der Arbeiter. Unter dem Aushängeschild „Sicherung der Arbeitplätze“ will die VÖEST die Arbeiter dafür gewinnen: „Die künftige Entwicklung unseres Konzerns – und damit auch die Sicherheit der Arbeitsplätze – hängt davon ab, in welchem Ausmaß es uns durch gemeinsame Anstrengungen, durch Initiative und durch das bewußte Erkennen der tatsächlichen internationalen Entwicklung gelingt, die Ertragskraft unseres Konzerns zu sichern“ (VÖEST-Werkszeitung).

Steigerung der Ausbeutung für die einen, Entlassungen für die anderen zur Sicherung der „Ertragskraft“ – das sind keine Ziele für die Arbeiter.

Bestrebung der Arbeiter im Rahmen dieser Maßnahmen der VÖEST kann nur sein, sich gegen die Verschlechterungen in bezug auf den Lohn und die Arbeitsbedingungen zu behaupten.



Zu beziehen über: Alois Wieser Gesellschaft m.b.H., Vertrieb revolutionärer Literatur und Schallplatten, 1042 Wien, Postfach 13

Linz: Demonstration gegen verbrecherische Methoden der Metro-Kapitalisten

Am Donnerstag, den 17.11. organisierten die Linzer Betriebsräte unter Führung der Gewerkschaft der Privatangestellten eine Demonstration vor dem Metro-Markt, an der 300 Personen teilnahmen. Ziel der Demonstration war, die Arbeiter des Metro-Marktes in ihrem Kampf zu unterstützen, sich mit ihnen solidarisch zu erklären und die hinterhältigen Methoden der Metro-Geschäftsleitung aufzuzeigen.

Im Linzer Großmarkt wurden durch die Unternehmensleitung die Arbeitsverträge von 52 Arbeitern verfälscht und ihnen zu wenig Lohn bezahlt. Die bei den Metro-Kapitalisten deponierten Verträge wurden, ohne daß die Arbeiter davon wußten, durch Ausradieren geändert. Beschäftigte, die in der Verwendungsgruppe III, im 6. Dienstjahr standen, sollten nun plötzlich den Lohn der Verwendungsgruppe II, im 1. Dienstjahr erhalten.

Durch diese verbrecherischen Methoden wurden einige hunderttausend Schilling an Lohn nicht ausgezahlt. Die Gewerkschaft erstattete nun bei der Staatsanwaltschaft Linz Anzeige wegen dieser 52 erwiesenen Fälschungen, spricht jedoch mittlerweile schon von 80 solchermaßen geänderten Verträgen.

Die Metro-Geschäftsleitung behauptet: „Diese Änderungen sind im Einvernehmen mit dem Personal erfolgt. Wir haben den Jänner für die Klärung der ganzen Angelegenheit vorgemerkt. Bis dahin sollte der Betriebsrat stillhalten. So war es ausgemacht.“ In Wirklichkeit wurden die Beschäftigten unter Drohnungen mit Entlassung zu Unterschriftenleistungen gezwungen. Um die Sache schnellstens zu vertuschen, wollte man nun 200.000 S an die betroffenen Arbeiter nachzahlen. Doch davon lassen sich die empörten Arbeiter jetzt nicht mehr fangen.

Die Gewerkschaft hat auch in anderen Fällen noch Anklage gegen das Unternehmen erhoben. Dem Geschäftsführer Nietschmann ist es „selbst ein Rätsel“, daß ein Arbeiter genau einen Tag nach seinem Beitritt zur Gewerkschaft gekündigt wurde, und daß einer im 8. Monat schwangeren Frau von der Metro-Geschäftsleitung die ihr zustehende Mittagspause verweigert wurde.

80 % der 200 Beschäftigten des Metro-Marktes sind Frauen. Die Lage der Frauen im Kapitalismus, ihre Arbeits- und Lebensbedingungen sind durch besondere Unterdrückung und Entrechtung gekennzeichnet. Für die Kapitalisten stellen sie ein besonders gutes Ausbeutungsobjekt dar. Nach einer Statistik in einer oberösterreichischen Tageszeitung müssen Frauen, die in den Großmärkten der Lebensmittelkapitalisten arbeiten, täglich bis zu 5 Tonnen an Waren heben, auspacken und einordnen. Für die Metro-Geschäftsleitung stellt sich jedoch nur die Frage: „Wo kämen wir denn da hin, wenn jede, nur weil sie einmal schwanger ist...?“ Die Gewerkschaft erhebt nun Anklage wegen ständiger Verletzung des Arbeitsverfassungsgesetzes und des Arbeitszeitgesetzes.

Inzwischen wurde auch bekannt, daß Arbeiter vor einer Betriebsversammlung in die Warenannahme eingesperrt wurden. Es wurden die Rolläden herabgelassen und die Türen versperrt.

Die Taktik der Metro-Kapitalisten ist es, durch Behinderung der gewerkschaftlichen Organisierung und durch das beständige Drohen mit dem Verlust des Arbeitsplatzes die bei ihnen beschäftigten Arbeiterinnen wehrlos ihrer Willkürherrschaft auszuliefern. Weil es „zu keiner gütlichen Einigung kam, ergriff die Gewerkschaft schärfere Maßnahmen“, schreibt das SP-Organ „Tagblatt“.

Die von den Betriebsräten der GPA organisierte Demonstration ist ein Schritt, um der Belegschaft des Metro-Marktes für den Zusammenschluß und die Organisierung des Kampfes gegen ihre Ausbeuter den Rücken zu stärken.

Gewerkschaftsschulung Linz: Klassenversöhnlertum steht auf schwachen Beinen

Am 12. und 13. November wurde vom Bildungsreferat des ÖGB eine Wochenendschulung für die Absolventen der Linzer Gewerkschaftsschule in der Pension Bischofsberg bei Windischgarsten durchgeführt.

Als Programm waren zwei Referate vorgesehen:

1. „Neues aus dem Arbeitsrecht"
2. „Die aktuelle wirtschaftliche Lage".

Ein Schulungsteilnehmer berichtet: 81 Kolleginnen und Kollegen, Betriebsräte, Gewerkschaftsmitglier aus Betrieben wie VÖEST, Chemie Linz, Quelle, ÖBB usw. haben an diesem Wochenendseminar teilgenommen. Das 1. Referat („Neues aus dem Arbeitsrecht") war darauf ausgerichtet, Vertrauen in den bürgerlichen Staat und seine Gesetze zu schaffen. Es wurde hauptsächlich erläutert, welche rechtlichen Möglichkeiten man bei Betriebsschließungen, Konkursen und dergleichen hat, um den vorenthaltenen Lohn, Remunerationen usw. zu bekommen. Heraus kam, daß das Arbeitsrecht das beste und sozialste ist, das es gibt und man vollauf zufrieden sein kann damit.

Von geplanten Angriffen durch die Kapitalisten und ihre Verbände auf das ohnehin sehr dürftige Arbeitsrecht kein Wort.

Das 2. Referat („Die aktuelle wirtschaftliche Lage") hatte das Ziel, die Schulungteilnehmer auf die Interessen der Kapitalistenklasse auszurichten. Die Arbeiterklasse soll mit der Kapitalistenklasse bei der Überwindung der Krise „zusammenarbeiten", sich mit der Kapitalistenklasse aussöhnen, sich der schrankenlosen Steigerung der Ausbeutung widerspruchslos unterwerfen, damit die Kapitalistenklasse daraus die Kraft gewinnt, *sich die Arbeiterklasse* und die Völker anderer Länder zu unterwerfen, und den anderen imperialistischen Ländern Marktanteile abzujagen.

Als es einem Kursteilnehmer zu bunt wurde, er sich zu Wort meldete und selbst das Thema zu referieren anfing, wurde ihm das Wort entzogen. Dennoch ist aufgetreten worden und erklärt worden, daß die kapitalistische Wirtschaft wieder einmal in einer Überproduktionskrise steckt und daß es für die Kapitalistenklasse nur eine Möglichkeit gibt, aus der Krise vorübergehend herauszukommen: nämlich die Löhne zu drücken, die Ausbeutung zu steigern, um auf dem Weltmarkt die Konkurrenten aus dem Feld zu schlagen und so die Überproduktion loszuwerden.

Weil Diskussionen und Referate von Schulungsteilnehmern verboten waren und wurden *und man nur Fragen stellen durfte*, habe ich eben einen entsprechenden „Fragenkatalog" ausgearbeitet und anschließend die Fragen gestellt. Als die Fragen ebenfalls abgewürgt wurden, entwickelte sich unter den Seminarteilnehmern spontan der Unmut und Rufe nach Diskussion und freiem Rederecht wurden laut. Der Vorsitzführende sprang auf und drohte, sein Amt zurückzulegen. Anschließend wurde der Vortrag beendet.

Zwischen den zwei Vorträgen führte ich mit einem Kollegen ein Gespräch über Atomkraftwerke in Verbindung mit der derzeitigen Produktionsweise und erklärte anhand des Beispiels des Überganges zum Maschinenzeitalter, daß es damals nicht die Maschinen waren, welche die Arbeiter arbeitslos machten und ins Elend stürzten, sondern die Produktionsweise - wie sie angewendet wurden, und genauso ist es bei AKW auch. Nicht das Atom ist der Feind, sondern der kapitalistische Staat mit der kapitalistischen Produktionsweise.

Während des Seminars wurden verkauft: 1 „Klassenkampf", 1 „Lohn, Preis und Profit", 1 Zimbabwe-Broschüre, 1 „Warum es in China keine Inflation gibt" und 2 Programme des KB Österreichs.

Jeder Gewerkschafter sollte unbedingt alle Gewerkschaftsseminare und Veranstaltungen nützen, um der Politik der bürgerlichen Machthaber in der Gewerkschaft entgegenzutreten. Daß am Standpunkt der Kommunisten großes Interesse herrscht, zeigte dieses Seminar.

Zelle ÖBB

Alle Jahre wieder ....

Fortsetzung von Seite 1

stische Energiepolitik. Der staatliche „Energieplan 1976" rühmt sich, daß die Strompreiserhöhungen nicht wie ehedem in 7-Jahres-Intervallen, sondern seit 1972 zweijährlich und mittlerweile jährlich stattfinden. Dadurch habe sich die Ertragslage der im Besitz von Bund, Ländern und Gemeinden befindlichen Elektrizitätsgesellschaften gebessert - sprich: Sie haben Profite erzielt und gleichzeitig das Monopolkapital mit billigem bis kostenlosem Strom versorgen können. Ein 'Erfolg', den sich die SP-Regierung auf ihr Konto schreiben kann. Die Elektrizitätsgesellschaften haben in den letzten Jahren verstärkt Kapital akkumuliert, um durch den Bau neuer Kraftwerke und Leitungen ihr Geschäft auszudehnen und auf höherer Stufenleiter weiterzubetreiben. Der bürgerliche Staat springt ihnen kräftig bei. Von 1960 bis 1975 flossen 3,99 Milliarden Schilling Steuergelder in den Verbundkonzern. Das Elektrizitätsförderungsgesetz 1969, beschlossen mit den Stimmen aller drei im Parlament vertretenen Parteien, ist ein wesentlicher Schritt, um den Elektrizitätsgesellschaften neue Investitionen schmackhaft zu machen. Ein eigener Abschnitt des Gesetzes gewährt besondere Begünstigungen für die Beteiligung am Gemeinschaftskernkraftwerk Zwentendorf. Alles in allem, schätzt der „Energieplan 1976", dürften sich die Elektrizitätsgesellschaften in den ersten paar Jahren nach Inkrafttreten des Gesetzes 1,17 Milliarden Schilling an Steuerzahlungen erspart haben.

Billiger Atomstrom – eine billige Propagandalüge

Von den etwa 30 Milliarden Schilling, die zwischen 1969 und 1975 in Kraftwerksbauten investiert wurden, geht etwa ein Viertel gleich einmal in das Atomkraftwerk Zwentendorf. Offensichtlich besteht ein enger Zusammenhang zwischen den enormen Strompreiserhöhungen der letzten Jahre und den enormen bisher vorgenommenen und noch bevorstehenden Investitionen in das Atomkraftwerksprogramm.

Beabsichtigt sind künftig Strompreiserhöhungen und Tarifreformen im Dienste des Monopol- und Finanzkapitals in noch kürzeren Abständen als bisher.

Es gibt für die Arbeiterklasse gute Gründe, gegen diese Politik wirksame Aktionen zu setzen und massenhaft gegen die bevorstehende Strompreiserhöhung zu protestieren. Ebenso gegen die angekündigte Tarifreform, die nur darauf aus ist, dem werktätigen Volk noch kräftiger und noch hinterlistiger das Geld aus der Tasche zu ziehen. Statt dessen gehört das gespaltene Stromtarifsystem aufgelöst und den Großkapitalisten im Prinzip gleichviel für die Kilowattstunde wie dem Volk verrechnet. Für diesen Kampf sind auch die kleinen Gewerbetreibenden und Bauern zu gewinnen.

Gute Aussichten, daß sich der Kampf gegen die Strompreiserhöhung von Anfang an kraftvoll entwickelt, bestehen durch die Einbeziehung jener Kräfte in ganz Österreich, die schon seit längerem die imperialistische Energiepolitik an einem anderen Teilabschnitt bekämpfen, nämlich die Bewegung gegen das Atomkraftwerksprogramm. Die Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner und alle in ihr versammelten Komitees und Gruppen kommen um eine klare Stellungnahme zu Strompreiserhöhung und Tarifreform schwer herum.

Wir sind zuversichtlich, daß die IÖAG diesen Weg gehen wird. Das wird den Kampf gegen die Strompreiserhöhung und die Tarifreform günstig beeinflussen. Das kann den Kampf und die Entwicklung der Bewegung gegen Atomkraftwerke weiterbringen.

Kapsch Wien: Diese Art des Einarbeitens geht auf Kosten der Arbeiter

Vier Wochen Mindesturlaub – das ist heute schon viel zu wenig, bedenkt man die steigende Arbeitshetze und die immer stärkere Auslaugung der Arbeitskraft. Entsprechend ist der Wunsch nach mehr Urlaub unter den Arbeitern groß. Entsprechend können die Kapitalisten immer wieder durchsetzen, daß da und dort ein paar Tage eingearbeitet werden. Mit dem Einarbeiten haben sie so ein Mittel in der Hand, die Produktion dann einzustellen, wenn ohnehin eine ruhige Auftragslage herrscht und dafür sonst den Arbeitstag zu verlängern.

Die Folgen des Einarbeitens

Jetzt vor Weihnachten ist die Sache besonders aktuell, da in vielen Betrieben eingearbeitet wird. So auch bei Kapsch, wie wir schon in der Nummer 22/77 des „Klassenkampf" berichtet haben. Mittlerweile sind die Folgen des Einarbeitens für jeden Kollegen spürbar geworden: Der Arbeitstag ist um 40 Minuten länger geworden.

Das heißt, jeden Tag 40 Minuten mehr Plackerei und 40 Minuten weniger Zeit, um die Arbeitskraft wiederherzustellen. Das bringt tagtäglich Empörung hervor. Die Arbeitshetze beginnt sogar schon am Hinweg: Das „Zugeständnis" der Kapitalisten, daß die Arbeiter jeden Tag individuell regeln können, wieviel von den 40 Minuten sie vor dem normalen Arbeitstag und wieviel nachher einarbeiten, führt nämlich dazu, daß viele Kollegen von Bus und Straßenbahn in den Betrieb hetzen, um dann ein bißchen früher aus zu haben. Eingearbeitet werden 28 Stunden für 4 Tage frei, d.h., das Einarbeitungsverhältnis ist eine Spur besser als 1 : 1. Die Kapitalisten, denen es jetzt vor allem um „Mehrleistungen" geht, sparen sich so durch das Einarbeiten das Auszahlen des Überstundenzuschlags. Das wird dann noch frech umgedreht: Nicht die Arbeiter und Angestellten schenken der Firma den Überstundenzuschlag, sondern die Firma schenkt vier Stunden her, die nicht eingearbeitet werden müssen. Für manche bedeutet das Einarbeiten einen Lohnverlust, weil sie um regelmäßige Überstunden umfallen. Andere wieder (LKW-Fahrer und Kollegen in den Radio/TV-Abteilungen) will die Firmenleitung gar zwingen, trotz Einarbeitens auch noch in der dafür freien ersten Jännerwoche zu arbeiten. Ferner trägt das Einarbeiten Uneinigkeit und Spaltung unter die Kollegen. Es gibt Auseinandersetzungen zwischen denen, die um des längeren Urlaubs willen das Einarbeiten in Kauf nehmen wollen und denen, für die die Verlängerung des Arbeitstages unzumutbar ist. Und, was vielleicht nicht gleich ins Auge springt, aber nicht minder wichtig ist: Jede Aushöhlung des Acht-Stunden-Tages bereitet den Boden für weitere Angriffe der Kapitalisten auf den Arbeiterschutz in Sachen Arbeitszeit. Und die haben da einiges vor, man denke nur an die „Diskussion" um die gleitende Arbeitswoche.

Beginnender Zusammenschluß hinter richtigen Forderungen

Daß das Einarbeiten kein Ausweg ist, das haben auch schon viele Kollegen bei Kapsch erkannt. Über den Protest im Betrieb ist schon im „Klassenkampf" 22/77 berichtet worden. Dabei sind vor allem zwei Dinge positiv hervorzuheben: Erstens ist es so, daß viele Kollegen klar erkennen, daß es Kapitals- und Arbeiterinteressen sind, die einander da gegenüberstehen, und daß es in der Auseinandersetzung nicht nur um das Einarbeiten selbst geht, sondern darum, daß man sich überhaupt gegen die Angriffe der Kapitalisten zusammenschließen muß. Zweitens ist es nicht beim bloßen Protest geblieben, sondern die Kollegen haben begonnen, sich hinter einer richtigen Forderung zusammenzuschließen: Verbesserung des Einarbeitungsverhältnisses auf 1 : 1,5. Richtig ist die Forderung, weil sie der geplanten Verlängerung des Arbeitstages Einhalt gebietet und so in Richtung Schutz des Achtstundentages weist; weil sie auf der Linie „mehr Urlaub" liegt (de facto würde ihre Durchsetzung ja 11/3 zusätzliche Urlaubstage bringen); weil sich hinter ihr alle zusammenschließen können, auch jene, die das Einarbeiten um der freien Woche willen in Kauf nehmen wollten; weil sie die Pläne der Kapitalisten durchkreuzt, den Überstundenzuschlag einzusparen; weil sie den Kapitalisten für nächstes Mal auf das Verordnen des Einarbeitens den Appetit verderben wird.

Was kann heute noch erreicht werden?

Durchgesetzt werden kann die Forderung in der Form, daß nicht, wie vereinbart, bis 16., sondern nur bis 2. Dezember eingearbeitet wird. Freilich ist der Zusammenschluß hinter der Forderung heute noch zu schwach. Und die Kapitalisten haben eine härtere Gangart eingeschlagen. Das war schon daran zu merken, daß sie das Zusperren des Betriebs in der ersten Jännerwoche diesmal nicht wie im vorigen Jahr „zur Diskussion" gestellt haben. Und jetzt ist einigen Kollegen eine Kündigung „im beiderseitigen Einverständnis" aufgezwungen worden. Wie einige Arbeiter meinten, sollen so die Aufmüpfigsten aus dem Betrieb entfernt werden und durch Neuaufnamen die Kampfkraft der Belegschaft geschwächt werden. Diese härtere Gangart war auch schon bei der Verwandlung der Innerbetrieblichen in eine einmalige Prämie zu spüren. Sie entspricht voll und ganz den Schlachtplänen der gesamten Bourgeoisie, die diese heute gegen die Arbeiterklasse schmiedet, um im, durch die Krise verschärften, Konkurrenzkampf bestehen zu können.

Heute die Forderung 1 : 1,5 durchzusetzen, ist schwierig. Trotzdem ist jeder praktische Schritt zum Zusammenschluß hinter dieser Forderung sehr wichtig. Denn erstens ist die Sache noch nicht endgültig gelaufen. Zweitens ist der Zusammenschluß hinter dieser Forderung ein richtiger Weg in Richtung Kampf um Verbesserung des Arbeiterschutzes, und dieser Weg kann, wenn er nicht heute zum Erfolg führt, morgen weiter beschritten werden. Drittens behindert jeder solche praktische Schritt weitere Pläne der Kapsch-Kapitalisten. So ist es heute für sie sicher viel schwieriger, zusätzlich zum Einarbeiten noch Überstunden zu verlangen. Und viertens ist jeder Schritt ein Beitrag zum Aufbau einer Arbeiterfront gegen die Schlachtpläne der Bourgeoisie.

Zelle Kapsch

GPA-Jahresversammlung in Innsbruck:

Sozialdemokraten für Sparen im Haushalt

Nur ungefähr 60 Kollegen, und davon mindestens 30, die Ortsleitungs- bzw. Delegiertenwahl erwartende, kleine Funktionäre, kamen zur heurigen Jahreshauptversammlung der Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA)/Ortsgruppe Innsbruck. Voriges Jahr, als sich die Auseinandersetzungen um den Kollektivvertrag für die Handelsangestellten gerade zugespitzt hatten, waren es 120 gewesen, und nach heftiger Debatte waren auch Beschlüsse zur Unterstützung der Streikvorbereitungen der Handelsangestellten gefaßt worden.

Heuer hatten die Sozialdemokrat en vorgesorgt und gleich eine entsprechende Tagesordnung zusammengestellt: Als Hauptreferent war ein Diplomvolkswirt von der Arbeiterkammer, Lassnig, zum Thema „Konsumentenberatung" angekündigt. Brennende Fragen der Gewerkschaftspolitik standen nicht auf der Tagesordnung. Gewerkschaftsversammlungen so vorbereiten und dann für das Zurückweichen gegenüber den Kapitalisten „mangelndes gewerkschaftliches Bewußtsein" und geringe Aktivität der Mitglieder verantwortlich machen, ist typisch für den Gewerkschaftssekretär und Nationalrat Egg.

In seinem Tätigkeitsbericht, den er für die Ortsleitung hielt, war elendslang von Jubiläumsehrungen und Ausflugsfahrten die Rede, während die Kollektivvertragspolitik in 5 Minuten abgehandelt wurde. Mussils Forderung nach einem Lohnstop war ihm genau einen Satz wert. Dem ideologischen Trommelfeuer der Kapitalisten im gegenwärtigen Lohnkampf haben die sozialdemokratischen Führer nichts entgegenzusetzen. „Wir haben eh unsere Tarifautonomie – da kann der Mussil lange reden...". Um sich in der Konkurrenzschlacht durchzusetzen, müssen die Kapitalisten die Löhne und Gehälter drücken. Das ist genau der Punkt, wo der Klassengegensatz zwischen Lohnabhängigen und Kapitalisten schreiend aufbricht. Dieser Punkt trifft auch den Kern der sozialdemokratischen Politik der Klassenversöhnung, und deshalb drücken sie sich darum herum.

Für die einzelnen Sektionen der GPA stellte Egg dann - „je nach wirtschaftlichen Gegebenheiten und Zweckmäßigkeit" - Abschlüsse zwischen 6 und 8% in Aussicht, wobei die Forderungen der Industrieangestellten demnächst auf einer Konferenz in Kaprun im „Aktionsprogramm 78" aufgestellt werden sollen. Die anderen Sektionen werden erst im Frühjahr drankommen, mit Ausnahme des Handels, wo das Weihnachtsgeschäft für Drohungen mit gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen ausgenützt werden soll. Das ist sehr vernünftig - nur: Mit der Parole „Viel wird nicht drin sein" (Egg) und mit einer jetzt noch unbekannten Forderung werden sich die Kollegen nicht zum Kampf gegen die Handelskapitalisten zusammenschließen können.

Und was nützt der Arbeiterklasse, wenn die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer großspurig „Tarifautonomie" in den Mund nehmen, und diese dann mit Forderung von 6 – 8 % zur Kapitulation im Lohnkampf nützen!?

Das zu fördern ist auch nicht die Absicht der führenden Gewerkschaftsdemokraten. Das zeigte auch das Referat des „Konsumentenschützers" Lassnig, dem sie die Gewerkschaftsversammlung als Plattform für die übelste Hetze gegen den gewerkschaftlichen Lohnkampf zur Verfügung stellten. Hauptthese seines einstündigen Vortrages: „Die Leute" sind einfach zu dumm, ihr Haushalts-Budget zu organisieren. Durch Führen eines Haushaltsbuches, genaue Planung der Ausgaben und preisbewußtes Einkaufen ließe sich auch bei sinkendem Einkommen gut auskommen. „Jeder Einzelne" müßte halt im Haushalt sparen, da käme viel mehr heraus als bei aufwendigen Lohnrunden, wo eh „bloß um 2 bis 3 % gefeilscht wird."

Die Gewerkschaftsmitglieder müssen diese Art von Vorbereitung der Lohnrunde zurückweisen und die Verteidigung ihres Lohnniveaus organisieren. Ein in diesem Sinn lautender Diskussionsbeitrag eines Genossen erhielt starken Applaus von den einfachen Gewerkschaftsmitgliedern. Ortsgruppe Innsbruck

Linzer Speditionsfirma: Betriebsrat berät über Festgeldforderung

Wie in den meisten anderen Branchen, gibt es auch bei den Speditionsangestellten sogenannte Überzahlungen, d.h. den Unterschied zwischen KV-Mindestlohn und Ist-Lohn. Dieser Unterschied ist oft beträchtlich (siehe Kasten).

Diese Überzahlungen geben den Kapitalisten eine gute Grundlage für die Spaltung der Kollegen durch individuelle Prämien bzw. Lohnerhöhungen. Die Überzahlungen variieren oft trotz gleicher Einstufung, gleicher Arbeit und Beschäftigung in derselben Abteilung, wobei die tatsächliche Gehaltsdifferenz häufig nur zwischen 50,- und 100,- Schilling liegt. Wichtig ist den Kapitalisten, daß keiner das gleiche bekommt.

In den unteren Lohngruppen kommt es vor allem aus zwei Gründen zu so verhältnismäßig hohen Überzahlungen: Erstens wird die Arbeit so organisiert, daß die Kollegen jeweils nicht mehr als 30 % an Arbeit der nächsthöheren Lohngruppe verrichten, wobei sie als Trostpflaster „überzahlt" werden. Zweitens werden Kollegen ganz einfach betrügerisch unterbezahlt. Sie werden von vornherein zu niedrig eingestuft und erhalten den KV-Lohn der nächsthöheren Lohngruppe als „freiwillige Überzahlung".

In einer Linzer Speditionsfirma beraten die Betriebsräte auf diesem Hintergrund über die nächsten Kollektivvertragsverhandlungen.

In der Diskussion über die anstehende KV-Runde wurde folgendes festgestellt: Die Forderung muß ausreichend sein. Sie kann sich nicht an die offizielle Inflationsrate halten – der Reallohnzuwachs von 2 %, von dem ÖGB-Präsident Benya schwätzt, ist ein Hohn. Der Betrag muß gemessen werden an dem, was wir brauchen.
weil die Lebenshaltungskosten sich erhöht haben,
weil Steuern, Tarife und Gebühren erhöht wurden,
weil die Arbeitshetze gesteigert wurde.

Insbesondere für die Kollegen der unteren Lohngruppen ist eine Prozentforderung indiskutabel. Diese würde die Spaltung der Lohngruppen vertiefen und für die Kollegen mit wenig Dienstjahren und/oder niedriger Lohngruppe den Reallohnabbau verschärfen.

Aus diesen Gründen wurde eine Festgeldforderung beschlossen, deren Höhe auf der Betriebsversammlung festgelegt werden soll.

Überzahlungen bei den Speditionsangestellten

Lohngruppe I von S 4.192,- im 1. Berufsjahr bis S 6.406,- im 15. Bj. laut KV.
Die Überzahlungen reichen von S 0,- bis S 1.800,-, wobei ca. 70 % überzahlt sind. Die durchschnittliche Überzahlung beträgt jedoch nur S 570,-!

Lohngruppe II von S 4.369,- im 1. Berufsjahr bis S 7.085,- im 15. Bj. laut KV.
Die Überzahlungen reichen in dieser Lohngruppe von S 0,- bis S 3.200,-, wobei ca. 80 Prozent der Kollegen überzahlt sind. Diese Lohngruppe gilt für die große Mehrheit der Kollegen. Ihre durchschnittliche Überzahlung beträgt jedoch nur S 900,-!

Lohngruppe III von S 4.733,- im 1. Berufsjahr bis S 8.670,- im 15. Bj. laut KV.
Diese Lohngruppe ist die letzte, die einen größeren Anzahl von Kollegen umfaßt, ab dieser beginnen die Lohngruppen IV – VI; diese Lohngruppen umfassen Leitungsaufgaben. In dieser Lohngruppe (III) sind alle überzahlt, von S 150,- bis S 5.300,-, wobei der Durchschnitt S 1.850,- beträgt.

Steigende Ausbeutung in einem steirischen Industriebetrieb

Der hier abgedruckte Leserbrief schildert die Folgen, die die Unterwerfung der Arbeiter unter die Profitmacherei und den Konkurrenzkampf zwischen den Kapitalisten gesetzmäßig annimmt. Der Redaktion wurde dieser Bericht von einem ehemaligen Betriebsleiter der betreffenden Firma zugesandt.

1974 wurde in der Steiermark ein Feingußbetrieb gegründet. Arbeitgeber war ein „dynamischer" Unternehmer, der sich bereits in anderen Branchen wesentliche Marktanteile sichern konnte. Um Landeskredite zu bekommen, wurde die einheimische (verstaatlichte) Konkurrenz durch wissentlich falsche Angaben diffamiert. Der Betriebsleiter wurde von einem deutschen, die ersten Facharbeiter von einem österreichischen Betrieb abgeworben. Schon während der Aufbauphase zeigte sich, daß seitens des Unternehmers zu optimistische Annahmen über den Kapitalaufwand getroffen wurden. Aus steuerlichen Gründen und um nicht mit dem Privatvermögen haften zu müssen, wurde eine Ges.m.b.H. gegründet, Mitbesitzer waren Familienmitglieder.

So konnte 1975, unter teilweise unmenschlichen Bedingungen, die Produktion aufgenommen werden. Der größte Teil der Halle war nicht heizbar. Die Gußputzer mußten im Winter bei Temperaturen bis – 23 Grad arbeiten; die Folge waren sehr viele Schleifverletzungen. Ein Facharbeiter erlitt während einer Wochenendüberschicht einen Nierenkollaps. Als sich nach einem 5-wöchigen Krankenhausaufenthalt noch kein Ende abzusehen ließ, wurde er entlassen. Seit 2 Jahren ist der nun 28-jährige in Frühpension; seine Frau arbeitet, um das Nötigste für die vierköpfige Familie zu verdienen.

Jugoslawische Arbeiter wurden eingestellt, weil Inländer kaum bereit waren, unter so schlechten Bedingungen zu arbeiten. Der Brötchengeber verunsicherte die Belegschaft mit häufigen Entlassungsdrohungen, was die ohnhin schon hohe Fluktuation noch vergrößerte.

Der steigende Auftragsbestand zwang zur Einstellung eines zweiten Ingenieurs, welcher unter außergewöhnlichen Versprechungen von einer anderen Firma abgeworben wurde. Der Unternehmer gab offen der Hoffnung Ausdruck, die beiden Ingenieure würden ein „gesundes Konkurrenzdenken" entwickeln. Aus der beabsichtigten Klassenspaltung wurde jedoch Solidarität. Der Kapitalist lehnte sich immer stärker an die größte deutsche Edelstahlgießerei an. Die Arbeiter wurden durch den ständig steigenden Auftrags- und Termindruck immer mehr angetrieben. Sehr viele Überstunden mußten gemacht werden; die beiden Betriebsleiter ohne Mehrbezahlung 10 bis 15 Stunden wöchentlich.

1977 kündigte der erste Betriebsleiter. Um die Kontinuität zu sichern und vor allem wirtschaftliche Sicherheit zu erlangen, wurde zunächst 52 % des Betriebes an oben angeführte deutsche Gießerei verkauft. Ein neuer Betriebsleiter wurde von den Deutschen gestellt. 9 Hilfsarbeiter wurden entlassen. Darunter ein äußerst fleißiger Österreicher, dessen einziges Vergehen darin bestand, sich dem klassenspalterischen Verhalten des Firmeninhabers zu widersetzen. Der erst seit einem dreiviertel Jahr tätige Ingenieur wurde unter der erpresserischen Androhung einer fristlosen Kündigung gezwungen, einer „einvernehmlichen Vertragslösung" zuzustimmen. Grund für die angedrohte fristlose Kündigung wurde keiner angegeben; man beschränkte sich lediglich auf den Hinweis, die Zahl der Begründungen würde mehrere Din A4-Seiten füllen.

Jetzt, etwa 3 Monate nach dem Verkauf der ersten Firmenanteile wurden bereits 80 % des Betriebes an die deutsche Firma verschleudert. Die neuen Besitzer sind übrigens stolz darauf, bereits Filialbetriebe in Spanien, Südamerika und der Türkei zu haben.

Der Erwerb des Feingußbetriebes ist nicht nur deshalb verlockend, weil die neue Branche auch neue Gewinnchancen eröffnet, sondern man spekuliert darauf, daß manche Kunden alle Aufträge, welche verschiedene Gußtechniken verlangen, an einen Lieferanten vergeben. Daher auch eine Stärkung der bereits bestehenden Betriebe.

Nun noch einige Worte zum Verhalten der Gewerkschaft.

Der vorhin erwähnte, zur Kündigung gezwungene, Ingenieur wandte sich hilfesuchend an die Brucker Gewerkschaftsniederlassung. Hier konnte man aber kein gesetzwidriges oder unsittliches Verhalten erkennen. Auch der Tatbestand der Erpressung war für die „Arbeitervertreter" nicht gegeben! Man schickte den Mann mit den trostreichen Worten weg, er hätte die Kündigung ja nicht unterschreiben müssen. Daß aber eine fristlose Kündigung, wie sie für den Fall einer Nichtunterschreibung der Vertragslösung angedroht wurde, bedeutet, daß man in dieser Zeit fast gar keine Chance auf eine neue Stelle hat, wollte man nicht zugeben.

Als der Ingenieur am nächsten Tag noch einmal in die Firma ging, um wenigstens seinen Anstellungsvertrag, den er in den 9 Monaten seiner Beschäftigung noch nicht bekommen hatte, abzuholen (was ihm natürlich verwehrt wurde), erfuhr er, daß schon Vertreter der Gewerkschaft hier waren und versprochen hätten, nicht gegen die Firma vorzugehen. Die Gewerkschaft bekannte sich unverblümt zu ihrer Verpflichtung, dem Kapital in kritischen Phasen Rückendeckung zu geben.

Gemeinderatswahlen in Graz

Die bürgerlichen Parteien sind die Garanten des Privateigentums an den Produktionsmitteln

Was alle vier im Gemeinderat vertretenen bürgerlichen Parteien sorgsam aus dem Wahlkampf heraushalten wollen, das ist die Ausbeutung der Arbeiterklasse durch die Kapitalisten, das sind die Folgen der kapitalistischen Profitwirtschaft für die Massen, die konkreten Kämpfe und Auseinandersetzungen, wie sie tagtäglich in jedem Betrieb geführt werden. Das scheuen sie wie der Teufel das Weihwasser.

halten -der Reallohnzuwachs von dem ÖGB-Präsident Benya schwätzt, ist ein Hohn. Der Betrag muß gemessen werden, an dem, was wir brauchen, Tausend mehr als im Jahr zuvor. Wenn dazu die bürgerlichen Politiker Stellung nehmen, heißt es meist: „Menschliches Versagen". Das läuft darauf hinaus, daß die Arbeiter selbst schuld sind an ihren Unfällen. Tatsache ist, daß die Unfälle zugenommen haben, weil die Hetzerei bei der Arbeit zugenommen hat, weil durch vermehrte Überstunden die tägliche Arbeit zugenommen hat, weil die Kapitalisten die Nacht- und Schichtarbeit ausgedehnt haben. Ca. 80 % aller steirischen Metall- und Bergarbeiter arbeiten Schicht; in den allermeisten Fällen nicht, weil das vom Produktionsvorgang her technisch erforderlich wäre, sondern weil dadurch die Kapitalisten ihre Produktionsmittel rund um die Uhr betätigen und somit schneller verwerten lassen können. „Höchstprofit" lautet die Devise der Kapitalisten, und das geht nur, wenn es ihnen gelingt, die Arbeiter besser auszupressen als ihre kapitalistischen Konkurrenten auf dem Markt. Das ist es, wenn es, wie in einer Reihe von Grazer Betrieben, den Kapitalisten gelingt, die Arbeiter auf Grund ihres unzureichenden Lohns in Sonderschichten, Samstags- und Sonntagsarbeit zu pressen, wodurch sie physisch und psychisch noch mehr im Dienste der Kapitalisten ruiniert werden.

Wir vom Kommunistischen Bund Österreichs sind entschiedene Gegner der Ausbeutung. Wir sind ebendeshalb auch entschiedene Gegner aller Regelungen und Maßnahmen, die die Ausbeutungsbedingungen für die Kapitalisten verbessern und die Arbeiterklasse noch drastischer geistig und körperlich ruinieren. Daher fordert das Programm des KB zum Beispiel:
- das Verbot von Überstunden;
- Verbot von Nacht- und Schichtarbeit, außer in Fällen, in denen sie aus technischen Gründen unerläßlich ist;
- Verbot des Akkords und aller akkordähnlichen Systeme.

„Die Arbeiter wollen ja Überstunden, Schicht- und Akkordarbeit machen", argumentieren die bürgerlichen Politiker und beschwören das „Leistungssystem". Sie bekämpfen jeden Schritt zur Durchsetzung dieser Forderungen mit Händen und Füßen – ganz im Sinne der Kapitalisten, die mit Akkord, Überstunden, Schichtarbeit usw. nicht nur die Intensität der Arbeit erhöhen bzw. den Arbeitstag verlängern wollen, sondern auch die Konkurrenz unter den Arbeitern anstacheln, sie gegeneinander ausspielen wollen. Und nicht, weil die Arbeiter und Angestellten Überstunden, Nacht- und Schichtarbeit sowie Akkordarbeit so schön finden, akzeptieren sie diese Ausbeutermethoden heute vielfach noch, sondern weil die niedrigen Löhne und Gehälter sie dazu zwingen!

Die Farce von der „Arbeitsplatzsicherung"

Anker-Datentechnik ist eine westdeutsche Firma, die seit den 60er-Jahren ein Zweigwerk in Graz betrieben hatte. Hauptproduktion: Registrierkassen.

1971 übersiedelte das Grazer Werk mit seinen damals 400 Beschäftigten aus der Moserhofgasse in eine für 800 Beschäftigte neuerrichtete Produktionshalle nach Graz-Straßgang. Überschwenglich war damals das Lob aller Gemeinderatsparteien für die Anker-Kapitalisten und die sicheren Anker-Arbeitsplätze. Einen billigen Grund für die Halle hatten sie bereitgestellt und in Straßgang gleich eine Straße „Ankerstraße" getauft.

5 Jahre später – 1976 – keine Spur von 800 Beschäftigten, im Gegenteil: 100 Arbeiter und Angestellte wurden entlassen; die Anker-Kapitalisten geraten gegenüber der Elektronik-Konkurrenz in immer größere Schwierigkeiten; in Graz wird der Akkord verschärft (vgl. Klassenkampf 19/77), der Lohn gedrückt; schließlich wird das Bielefelder Stammwerk nach Konkurs an eine deutsch-schweizerissche Kapitalistengruppe verkauft. Das Grazer Werk wird aus dem Konzern-Verband gelöst und soll mit Krediten der Bank für Arbeit und Wirtschaft (BAWAG) „umstrukturiert" werden. Die VP-FP-Koalition versprach, den Anker-Kapitalisten „unter die Arme zu greifen". Februar 1977: Der Grazer SP-Chef und Vizebürgermeister Stoiser besucht an der Spitze einer SP-Delegation das Anker-Werk: „wir werden die Firma in ihrer Bemühung, die 300 Arbeitsplätze zu erhalten, mit allen Kräften unterstützen", ließ er damals verlauten. Kurze Zeit später waren es nur mehr knapp 250 Beschäftigte. Ein neues Produktionsprogramm wurde propagiert. Damit könnten neue Märkte erobert und damit wiederum die Arbeitsplätze gesichert werden, tönte Stoiser mit den Kapitalisten im Chor.

Im April dieses Jahres war es dann so weit: Die BAWAG sah ihre Kredite immer mehr dahinschmelzen und verlangte Bares: Das Wetzelsdorfer Werk in der Ankerstraße 4 wurde ihr von den Anker-Kapitalisten angeboten und sie nahm an. 80 – 100 Arbeiter siedeln nun wieder in das alte Werk in der Moserhofgasse um – der Rest der Kollegen wird auf die Straße gesetzt.

Deutlich wie kaum ein Beispiel in Graz zeigt diese Entwicklung:

Erstens: Sichere Arbeitsplätze im Kapitalismus sind ein Ding der Unmöglichkeit – wer anderes behauptet, lügt und betrügt.

Zweitens: Während der bürgerliche Staat den Kapitalisten vorne und hinten Geld hineinsteckt, damit sie in der Konkurrenz bestehen können, versuchen die bürgerlichen Politiker davon abzulenken, indem sie von der „Arbeitsplatzsicherung" schwätzen.

Drittens: Die Arbeiterklasse braucht einen wirksamen Schutz vor der im Kapitalismus unvermeidlich auftretenden Arbeitslosigkeit: Eine Arbeitslosenunterstützung in der Höhe von mindestens 80 % des Lohns für alle Arbeitslosen während der gesamten Dauer der Arbeitslosigkeit, wie sie der Kommunistische Bund Österreichs in seinem Programm fordert, und für deren Erkämpfung durch die Arbeiter- und Volksmassen der KB arbeitet.

Die Geschichte mit Anker hat auch ein charakteristisches Ende: Vor einigen Tagen wurde bekannt, daß Leykam ab Jänner kommenden Jahres aus der Grazer Innenstadt ins Areal der Anker nach Straßgang übersiedelt. Als Mieter der BAWAG. Wie zum Hohn schreibt dazu das SP-Organ „Neue Zeit": „Durch die größere Wirtschaftlichkeit der Produktion in Straßgang will die Leykam AG auch die Sicherheit der Arbeitsplätze erreichen."

Die bürgerlichen Parteien propagieren die Einheit der Arbeiter mit den Kapitalisten im internationalen Wirtschaftskrieg – der Kommunistische Bund Österreichs propagiert und fördert die Einheit der Arbeiter aller Länder und ihre Einheit mit den unterdrückten Völkern: Gegen den gemeinsamen Feind und für das gemeinsame Ziel: den Sturz der Ausbeuter und Unterdrücker in jedem Land als Teil der proletarischen Weltrevolution und des weltweiten Sieges des Sozialismus und Kommunismus.

Ortsgruppe Graz Leitung/Red.



Franz Tapller, 36, Emaillierer in der Firma Eldra in Graz-Puntigam, seit 1960 im Betrieb, Vater dreier Kinder, zu den „Kleinen Zeitung" über die *Nachtarbeit*: „Die Nachtschicht ist nicht sehr beliebt. Wenn man das neun Nächte macht, fühlt man sich als halber Mensch; ich bin dann ganz zerschlagen."

Das Verbot von Nacht- und Schichtarbeit erkämpfen – dafür tritt der KB ein. Gerade auch im Gemeinderatswahlkampf. 116 Unterschriften, die die Kandidatur des KB bei den Grazer Gemeinderatswahlen unterstützen, wurden bisher gesammelt.

GPA Ortsgruppenversammlung Innsbruck: Gegen AKW-Politik der Regierung

Mit Geschäftsordnungsargumenten versuchte die Ortsleitung der Ortsgruppe der Gewerkschaft der Privatangestellten zu verhindern, daß über die AKW-Politik der Regierung und der Haltung der Gewerkschaftsführung dazu debattiert wird. Gelang es ihr auch zu verhindern, daß eine Resolution gegen die AKW-Politik zur Abstimmung gebracht wurde, konnte sie doch nicht vermeiden, daß beim Tagesordnungspunkt „Allfälliges" eine halbe Stunde über diese Frage debattiert wurde.

In der Debatte zeigte sich, daß ein beträchtlicher Teil der einfachen Mitglieder (ca. 20 von 30) die Resolution unterstützt hätten.

SP-Naturfreunde gegen die Inbetriebnahme von Zwentendorf

Bei einem Naturschutzseminar der „Naturfreunde" in Wattens, an der 70 Delegierte aus ganz Österreich teilnahmen, sprachen sich gut vier Fünftel der Diskussionsredner gegen AKWs und die Inbetriebnahme von Zwentendorf aus. Diese Ansicht wurde von der Mehrheit der Delegierten geteilt, obwohl sie von der „AKW-Planungsgesellschafts m.b.H." und mehreren Professoren des Energieinstituts der TH Wien vorsorglich massiv bearbeitet worden waren. Der Vorstand wurde mit der Ausarbeitung einer Resolution über das Ergebnis des Seminars beauftragt.

Die „Angstmeile der Herrschenden"

Die erste große Massendemonstration der österreichischen Arbeiterklasse am 13. Dezember 1896 hatte einen ganz bestimmten, aktuellen Anlaß: Der Reichsrat, das damalige Parlament, sollte zusammentreten.

20.000 Arbeiter versammelten sich damals am „Paradeplatz" vor dem Gebäude des Reichstages und forderten das Recht zu streiken, Gewerkschaften zu gründen, Vereins- und Pressefreiheit, das allgemeine Wahlrecht sowie die „Beseitigung des stehenden Heeres durch die Einführung der allgemeinen Volksbewaffnung" (aus der Petition an das Staatsministerium).

Im Flugblatt, in dem zur Demonstration aufgerufen wurde, heißt es: „Brüder! Arbeiter! Am 13. Dezember tritt nach langer Pause der Reichsrat wieder zur Beratung zusammen. Bei der letzten lange Session wurde auf uns Arbeiter vergessen. Daß dies bei der heurigen Session nicht wieder geschehe, wollen wir ihn erinnern, daß Arbeiter existieren, und ihm vor dem Abgeordnetenhaus einen Besuch abstatten ..."

Immer schon hat die herrschende Klasse, sei es die Kapitalistenklasse, sei es der Feudaladel, versucht, die „Volksvertreter" vor dem Volk zu schützen. Das hat sich seit der Einführung des allgemeinen Wahlrechts nicht geändert. Die Herren Volksvertreter, „nur ihrem Gewissen verantwortlich", sollen bei der Ausübung ihres Amtes nicht gestört werden, denn „das Gespräch zwischen denen, die die Anliegen der Protestierenden vertreten, und den im Staat verantwortlichen (würde) ohne das emotionell aufgeputschte Pfui-Geschrei vor den Fenstern des Regierungsgebäudes sinnvoller verlaufen...." (Scheuch in der AZ vom 27. 10.).

Die SP- wie die VP- und FP-Vertreter im Parlament, allesamt mit tausenden Fäden an die Kapitalistenklasse gebunden und von ihr mit riesigen Gehältern ausgehalten, sollen in Ruhe ihr volksfeindliches Geschäft durchführen können. Dazu die Bannmeile vor dem Parlament. „Die Abgeordneten sollen nicht unter Druck gesetzt werden" (Scheuch). Ja, so ist es.

Voll Ironie schreibt die „Presse" zur Bannmeile und zum Demonstrationsverbot am Ballhausplatz: „Pikanterweise war es gerade die SPÖ, die vor genau neun Jahren eine gänzliche Abschaffung dieser „Sperrzone" verlangte. Der heutige dritte Nationalratspräsident Probst sprach damals im Parlament von einer „Angstmeile der Herrschenden ...." (Presse, 29. 10.).

Protestresolution der IÖAG an die Bundesregierung

„Am Widerstand führt für Sie kein Weg vorbei"

Am 14. 11. beschloß die IÖAG eine weitere ausführliche Protestresolution, die wir hier auszugsweise veröffentlichen.

Die Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner protestiert aufs Schärfste gegen das Verhalten der Bundesregierung gegenüber den 6.000 Atomkraftwerksgegnern, die am 26. 10. auf dem Ballhausplatz demonstrierten...

Zu verschiedenen Anlässen wurden Delegationen von Atomkraftwerksgegnern von Ihnen, Herr Bundeskanzler, oder von anderen Volksvertretern entweder beschimpft oder mit unverbindlichen Floskeln abgespeist, ohne daß zu unseren Forderungen Stellung genommen wurde. So zum Beispiel bei der Vorsprache einer Delegation der „Mütter gegen Atomkraftwerke" am 4.7. bei Ihnen, oder bei Vorsprachen beim Herrn Bundespräsidenten oder dem Herrn Innenminister. Andererseits haben wir die Erfahrung gemacht - so anläßlich der Großveranstaltung in Enns und Linz im Frühjahr 1975 -, daß die direkte Konfrontation mit der Bevölkerung zeigt, welche Interessen die Volksvertreter wirklich vertreten. Aus diesen Erfahrungen heraus haben wir Sie aufgefordert, persönlich vor den Demonstranten Stellung zu nehmen. Wir haben Sie deshalb in unserem Brief auch um die Bekanntgabe Ihres Terminplanes für den 26.10. gebeten.

Trotz unserer mehrmaligen persönlichen Vorsprachen im Bundeskanzleramt haben Sie es nicht der Mühe wert gefunden, unseren Brief zu beantworten...

Es folgt eine Darstellung der mehrjährigen Geschichte des Widerstandes gegen das Zwentendorfer Atomkraftwerk sowie in Vorarlberg gegen das AKW Rüthi, gegen das zweite geplante AKW Stein/St. Pantaleon und gegen die Atommüllagerung im Waldviertel – und wie in allen Fällen die Volksmassen selbst den Widerstand tragen.

Wenn Sie mit den Forderungen der österreichischen Anti-Atomkraftwerksbewegung konfrontiert werden, bleibt Ihnen offensichtlich nichts anderes übrig, als von „terroristischem Druck" zu sprechen und gleich den offenen Aufstand zu fürchten. Was müssen Sie für ein Volksvertreter sein, daß Sie die wachgewordene Bevölkerung fürchten müssen! Verwechseln Sie doch nicht die fundierte AKW-Gegner-Bewegung mit Anarchismus!

Wir wehren uns aufs Schärfste dagegen, von Ihnen als „Lausbuben" und „Terroristen" beschimpft zu werden. Diese Worte werden letztlich auf Sie zurückfallen. Wenn einerseits die AKW-Betreiber mit Gewalt Maßnahmen durchdrücken wollen, die die Lebensgrundlage künftiger Generationen zerstören, andererseits *wir* alles daransetzen, diese Lebensgrundlage zu erhalten, dann fragen wir uns, *wo* die Terroristen sitzen!

Sie beschimpfen uns als Antidemokraten, unterstellen uns faschistische Methoden, weil wir vor der Bevölkerung aufgedeckt haben, daß Sie planen, mit dem kommenden „Parlamentsentscheid" die Bevölkerung irrezuführen und das Atomprogramm, das längst beschlossen wurde, im nachhinein „im Namen des Volkes" absegnen zu lassen.

Sicher, wir haben ein anderes Verständnis von Demokratie als Sie und die Spitzen der Wirtschaft und des Österreichischen Gewerkschaftsbundes. Demokratie heißt Volksherrschaft, heißt, daß die Interessen der Bevölkerung den Ausschlag geben. Eine Energiepolitik, die von und im Interesse einer kleinen Minderheit betrieben wird, kann niemals demokratisch sein.

Ihre Taktik ist leicht zu durchschauen. Sie legen es darauf an, unsere Bewegung zu spalten, um die einzelnen Teile leichter unterdrücken zu können. Doch Sie haben Ihre Rechnung ohne uns gemacht.

Sie sagen, am Atomprogramm führe kein Weg vorbei. Wir sagen Ihnen: Am Widerstand der Bevölkerung gegen das Atomprogramm führt für Sie kein Weg vorbei!

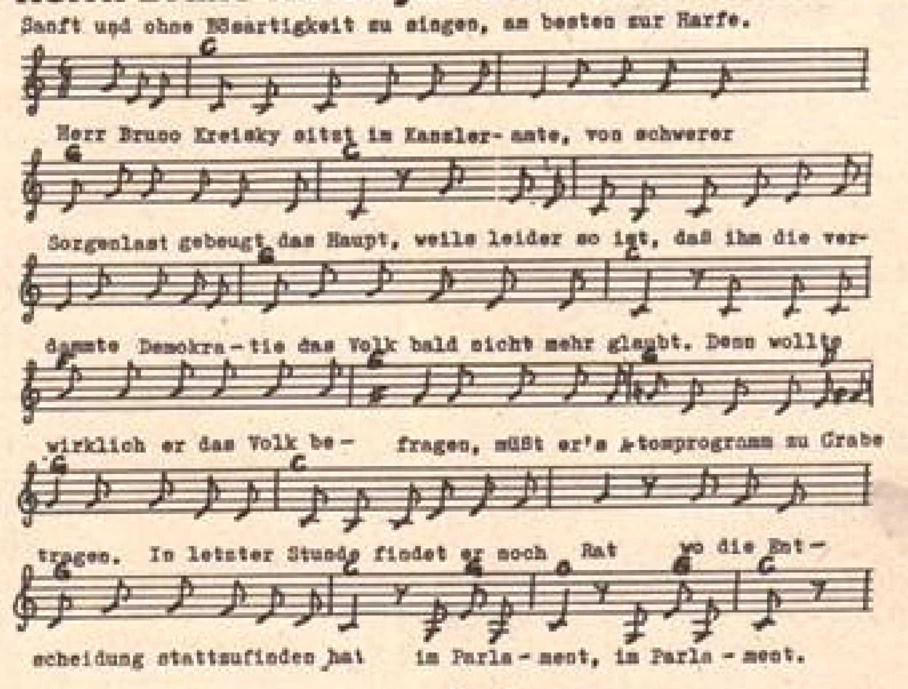
Wir werden weiter in der Bevölkerung arbeiten und Sie werden weder den Antransport der Brennelemente nach Zwentendorf noch die geplanten Probebohrungen im Waldviertel ungehindert durchführen können.

Das Volk will kein Atomkraftwerk, dem müssen Sie sich fügen!

Für die Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner:
Winfried Feßler, Christa Frankfurter, Peter Loren, Karl Manzano, Roland Meingast, Ing. Stefan Micko, Elisabeth Schwarz

Wien, 14. 11. 1977

Herrn Bruno Kreiskys Parlamentsentscheid



Ein Lied der Gruppe Dreschflegel
Text: Martin Auer
Melodie: Nach einem Chanson von Frank Wedekind

Denn auf das Volk kann man sich nicht verlassen
das Volk ist selbstsüchtig und arrogant.
Es will sich nicht die Haut verbrennen lassen
damit die Wirtschaft blühe hier im Land.
Doch, Gott sei Dank, es findet sich 'ne Runde,
die mit der Wirtschaft engstens ist verbunden
durch vieler Posten untrennbaren Kitt
und außerdem, so heißt's, das Volk vertritt:
Das Parlament
das Parlament.

Es wächst die Krise, und um aufzuhalten
der Gewinne fallende Tendenz,
muß der Atomstrom eben auch herhalten,
denn anders schlägt man nicht die Konkurrenz.
Und tut es not, das Land ganz zu vergiften,
dann muß das Volk sich eben danach richten!
Und wenn das Kernkraftwerk mal kracht und blitzt,
was glaubt ihr, wer dann auf Mallorca sitzt?
Das Parlament,
das Parlament.

Das will Herr Kreisky nun statt uns befragen:
„Gehts mit dem Kernkraftwerk jetzt endlich los?"
Was werden die Abgeordneten sagen?
Die Spannung ist ganz unerträglich groß.
Wenn die Entscheidungen nicht übereilt sind
(Und wenn die Rollen alle gut verteilt sind)
Dann stimmt mit Nein zu unsrer großen Freud
Ganz sicher eine sichre – Minderheit
Im Parlament,
im Parlament.

Neuerliche Probebohrungen im Waldviertel

Die Probebohrungen für eine geplante Atommüllagerstätte im Frühjahr 77 am Truppenübungsplatz (TÜPL) Allentsteig haben vor allem in den direkt betroffenen Gebieten, aber auch im übrigen Waldviertel, massiven Widerstand hervorgerufen, der in der Demonstration am 25. 6. in Allentsteig seinen deutlichsten Ausdruck fand (über 3.000 Teilnehmer, über 200 Traktoren).

Danach wurde es vorübergehend ruhig um die Atommüllagerung.

Ab Mitte September war nur mehr von der Lagerung des Atommülls im Iran die Rede. Später hieß es dann von 'oberster Stelle' (Landeshauptmann Maurer), daß Anträge für „Bodenuntersuchungen" in den Gemeinden Ludweis-Aigen und Brunn a.d. Wild (NÖ) im Bautenministerium vorliegen. Daß dies vor allem Täuschungsmanöver waren, stellte sich vor kurzem heraus. Da flatterte nämlich eine Bauanzeige auf „Bodenuntersuchungen" in Perweis (eine zerstörte Ortschaft am TÜPL) dem Gemeinderat Zwettl ins Haus – gezeichnet: 77-10-05, Bundesministerium für Bauten und Technik.

Die Waldviertler haben sich bisher von den diversen Manövern der Regierung nicht einwickeln lassen, sie werden auch die neuen Tricks durchschauen und zu verhindern wissen, daß eine Atommüllagerstätte errichtet wird.

Ein Schritt weiter in der Organisierung der AKW-Bewegung

Nach der Demonstration am 26. Oktober beschloß das Plenum des „Arbeitskreises Atomenergie (AKAE)" mit allen Organisationen, die das auch wollen, eine gemeinsame Wiener Organisation zu schaffen." Die AKW-Gegner in der Großfeldsiedlung, die Techniker-, Architekten-, Physiker- und die Lehrergruppe äußerten sich ähnlich zu einer Vereinheitlichung der Wiener AKW-Gegner. Der Arbeitskreis und diese Gruppen zusammen haben jetzt schon 120 Aktivisten. Dazu kommen neue in letzter Zeit entstehende Gruppen, die auch zur IÖAG stoßen, wie der Schülerdiskussionskreis Atomenergie und andere.

Diese Entwicklung zeigt die Fortschritte, die nach der „Sommerflaute" im Herbst im Kampf für die Stärkung der Bewegung errungen werden konnten. Diese Fortschritte entstehen nicht von selbst. Nur in einer Auseinandersetzung mit allen Spalterargumenten und deren Bekämpfung, in der Zurückweisung diverser bürgerlicher Vorurteile kann die Einheit erreicht werden.

Heftige Debatten gibt es in der Bewegung in Wien über die Einschätzung des 26. Oktobers, über die nächsten Kampfschritte und über die beste Organisationsform.

Mehr als zwei Drittel der Aktivisten in Wien sind der Ansicht, daß die Demonstration vom 26. 10. ein wichtiger und wesentlicher erfolgreicher Schritt vorwärts war. Der Meinung, daß die Demonstration wegen ihrer „antiparlamentaristischen und gegen die SP" gerichteten Stoßrichtung die Bewegung geschadet hätte, wurde entgegengehalten, daß jede andere Stoßrichtung in Wirklichkeit nur Wasser auf die Mühlen der AKW-Betreiber lenkt, ist es doch gerade die SP-Regierung, die die Inbetriebnahme von Zwentendorf zielstrebig und mit allen Mitteln vorbereitet und ist es doch gerade das Parlament, womit dieses Unterfangen abgesegnet werden soll. Gleichzeitig zeigte auch die Agitation, daß die Hetze nicht so sehr gefangen hat. Zum Beispiel fragten die Arbeiter einer kleinen Maschinenbaufirma zwei Kollegen, die an der Demonstration teilgenommen hatten, auf Grund der Kreisky-Äußerungen sehr genau aus, wie die Demonstration abgelaufen, von wem sie organisiert war, usw.

Das Resultat dieser Debatte war, daß sie beschlossen, eine Veranstaltung mit Vertretern der IÖAG zu organisieren, und sie werden zu dieser Veranstaltung auch die ihnen bekannten Kollegen aus zwei benachbarten Großbetrieben einladen.

Die nächsten Aufgaben zur Verhinderung des Atomprogramms müssen organisiert in Angriff genommen werden

Einhelligkeit konnten die Wiener Aktivisten darüber erzielen, daß die Schwerpunkte unserer Arbeit bei der Verhinderung der Anlieferung der Brennelemente, der Entlarvung der Parlamentsdebatte über AKW als betrügerischen Schmäh und der Arbeit in der Gewerkschaft liegen müssen.

In der Frage, wie wir uns organisieren sollen, stehen einander zwei Meinungen gegenüber: Der eine Vorschlag geht davon aus, daß wir uns möglichst einheitlich und demokratisch organisieren müssen, um jedem Menschen die Mitarbeit zu ermöglichen und die nötige Schlagkraft zur Verhinderung des Atomprogramms der Regierung zu erreichen. Dazu gehört auch, daß die Willensbildung in der ganzen Organisation auf regelmäßigen Versammlungen durch die Delegierten der einzelnen Arbeitsgruppen zusammengefaßt wird. Dagegen gibt es verschiedene noch nicht ausgearbeitete Vorstellungen, die auf eine „föderalistische" Struktur abzielen, wobei sich die Gruppen zwanglos und unverbindlich treffen und ihre Aktivitäten koordinieren.

Wenn man bei der Stärkung der Wiener Bewegung wirklich weiterkommen will, wird es notwendig sein, den unserer Meinung nach richtigen Weg: Aufbau einer einheitlichen und demokratischen Bewegung, einzuschlagen.

Aber mehr noch. Für die Schwerpunktsetzung der Arbeit der in Wien jetzt hauptsächlich herausentwickelten Bezirksgruppen schlagen wir vor, besonders bei größeren Fabriken, Spitälern usw. laufend aufzutreten, um früher oder später auch Komitees in diesen Betrieben oder Fabriken auf-

Prozesse gegen slowenische Aktivisten: Verurteilung in Völkermarkt/Velikovec; nächster Prozeß in Wien

Zu 3000.- bzw 2000.- wurden die beiden Jugendlichen Mirko Perč und Josef Müller am 22.11. vom Bezirksgericht Völkermarkt/Velikovec wegen „versuchter boshafter Sachbeschädigung" verurteilt. Es wurde ihnen vorgeworfen, in Kühnsdorf/Sinča vas versucht zu haben, zweisprachige Parolen anzubringen.

Die Verhandlung selbst wurde ausschließlich in deutscher Sprache geführt, und dies mit der Begründung, daß „das Slowenische hier nicht vorgesehen sei". Sämtliche von der Verteidigung angebotene Zeugen, die über die Beweggründe und die Umstände der Aktionen aussagen sollten, wurden abgelehnt! Aussage des Staatsanwaltes: „Dies sei kein politischer Prozeß"! Gegen das Urteil wurde die Nichtigkeitsbeschwerde eingelegt.

Am Freitag den 25.11. findet um 9 Uhr in Wien die 2. Verhandlung gegen jene vier Jugendlichen aus Zell-Pfarre/Sele statt, die anläßlich der Minderheitenfeststellung am 14.11.76 den Inhalt der Wahlurne verbrannten. Kennzeichnend für die Unterdrückung der slowenischen Minderheit in Österreich ist, daß dem Antrag der Angeklagten, die Verhandlung in slowenischer Sprache zu führen, nicht stattgegeben wurde. Die Vorladungen wurden wieder nur in deutscher Sprache ausgeschickt.

Arbeitsamt Klagenfurt: Slowene unerwünscht

Landeshauptmann Wagner hat angekündigt, daß in Hinkunft öffentlich Bedienstete genauer „unter die Lupe" genommen werden sollen. Daß von öffentlichen Stellen aber längst eine Diskriminierung von slowenischen Jugendlichen bei der Arbeitsvermittlung stattfindet, zeigt die folgende Korrespondenz aus der Landeshauptstadt:

Klagenfurt, Arbeitsamt, Zimmer 14. Dorthin mußte ich gehen, um meine Arbeitslosigkeit anzumelden. Ein Beamter blätterte in Aktenordnern und bat mich freundlich, Platz zu nehmen. Ich sollte mich etwas gedulden, da er schnell noch einen Auftrag seines Chefs zu erledigen hatte. Der Auftrag (wie aus dem Gespräch mit dem zweiten Beamten zu entnehmen war): Maturanten des Gymnasiums herauszusuchen, die eine Arbeit benötigten. In Frage kamen nur Leute mit ausgezeichnetem Zeugnis (nur sehr gut und gut). Unter den „Musterschülern" war auch eine Absolventin des slowenischen Gymnasiums. Den Namen habe ich leider nicht behalten, wohl aber das Gespräch zwischen den Beamten.

1. Beamter: Schau noch in dem Ordner nach.

2. Beamter: Ja, da ist noch eine (Dann sagte er den Namen). Hat lauter Einser.

1. Beamter: Von wo?

2. Beamter: Slowenisches Gymnasium.

1. Beamter: Ach ja, die. Können wir nicht nehmen, die hat einen „roten Anstrich". Außerdem kommen die vom slowenischen Gymnasium eh nicht in Frage.

Im Klartext heißt das: Entweder du leugnest, daß du Slowene bist oder mit der Arbeit ist nichts.

„Wissenschaft" im Dienste der Diskriminierung der Kärntner Slowenen

Am germanistischen Institut der Universität Wien hält Professor Wiesinger u.a. die Pflichtvorlesung „Mundartenkunde". In seinem Skriptum schreibt er:

1. „Die südkärntnische Sprachform des Slowenischen wird als Windisch bezeichnet". Nun, auf jeden Fall wird sie von Wiesinger und allen Chauvinisten, die leugnen, daß es eine slowenische Hochsprache gibt, so bezeichnet. Die „Windischen-Theorie" wurde und wird von der Bourgeoisie mit Hilfe der Kultur- und Schulpolitik sowie mit allen anderen Mitteln der politischen Propaganda unter den Slowenen eingesetzt, um sie zur Aufgabe ihrer nationalen Eigenheiten zu bringen.

2. „Seit der Jahrhundertwende hat sich das Windische .... nach Süden zurückgezogen", behauptet Wiesinger. Das hätte er wohl gerne. Die Bourgeoisie unterdrückt das Slowenische als gleichberechtigte Sprache, verhindert in den Schulen des gemischtsprachigen Gebietes den zweisprachigen Unterricht und schränkt den Slowenisch-Unterricht immer mehr ein, führt Minderheitenfeststellungen unter ärgstem chauvinistischem Druck durch und läßt dann den „objektiven Wissenschaftler" feststellen: die Minderheit habe sich „zurückgezogen".

3. „Das Windische war seit jeher Haussprache, das Deutsche die Verkehrssprache", stellt Wiesinger fest. Das ist eine Unwahrheit; die gesamte kulturelle Entwicklung der Kärntner Slowenen, ihre entfaltete Literatur und Kunst, all das wird hier einfach weggelogen.

Mit Wissenschaft haben solche Ausführungen nichts zu tun, sondern mit Lügen. Hier wird die Minderheit als geringfügig beschimpft und die slowenische Sprache und Kultur in den Dreck gezerrt. Die Bourgeoisie läßt sich solche Lügner etwas kosten: So erhielt Wiesinger 1974 aus dem „Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung" S 850.000,- für eine Bibliographie zur Grammatik der deutschen Dialekte.

Die Germanistikstudenten haben kein Ineresse an solchen Lügen. Sie haben vielmehr jedes Interesse, sich mit der slowenischen Literatur und Kunst zu beschäftigen. Wir werden diese „Theorien" Wiesingers am Institut angreifen.

MLS/Zelle Germanistik

30. Jahrestag der Gründung des Verbandes der Kärntner Partisanen in Klagenfurt/Celovec

Am 12. 11. feierte der Verband der Kärntner Partisanen seinen dreißigsten Jahretag. Der Verband wurde 1947 gegründet, um die Erfahrungen, Ziele und Traditionen des mehrjährigen antifaschistischen Befreiungskrieges in Südkärnten hochzuhalten und die Jugend in deren Geiste zu erziehen.

Der Vorsitzende des Partisanenverbandes hielt eine Rede, in der er die Traditionen des bewaffneten Kampfes gedachte und die Jugend aufforderte, sich die Erfahrungen dieses Kampfes anzueignen. Er wies auf den Aufschwung des Kampfes der slowenischen Massen in Kärnten und auf die Verbreiterung der Front gegen Chauvinismus und Diskriminierung unter den fortschrittlichen Arbeitern und anderen Werktätigen hin.

Die Sekretärin der Ortsaufbaugruppe Klagenfurt überbrachte dem Kärntner Partisanenverband die Grüße des Zentralkomitees des KB Österreichs.

Sterbehilfe an Stelle „übertriebener Gesundheitsfürsorge"

Vom 15. bis 18. November fand in der Wiener Hofburg der 6. Österreichische Krankenhaustag statt. Veranstalter war die Arbeitsgemeinschaft Krankenhaus, der eine Reihe von ständischen Organisationen der Ärzteschaft angehören: Was war das Ziel der heurigen Veranstaltung? Unter dem Generalthema „Neuorientierung des Krankenhauswesens im Spannungsfeld von Leistungsfähigkeit und Kostenbegrenzung sollten Mittel und Wege zur Kostensenkung im Gesundheitswesen gefunden werden.

Die Alten sollen gefälligst zu Hause sterben – das ist billiger!

Unter der Überschrift „Ärztliche Leistungen sollen begrenzt werden, keine Betreuung alter, einsamer Menschen", schreibt „Die Presse" vom 16. 11.: *„Praktische Konsequenzen?.... Konkret schlägt Karner vor* (das ist der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Krankenhaus), *die Krankenhäuser von Wohlfahrtsaufgaben, etwa der Betreuung alter, einsamer Menschen zu entlasten ...."*

Das ist nichts Neues. Schon seit längerer Zeit regt es die Bourgeoisie und ihre Lakaien auf, daß „übertriebene Gesundheitsfürsorge" von alten Leuten Gelder bindet, die viel profitträchtiger einzusetzen wären: *„Ein Teil der Spitalsbetten wird von pflegebedürftigen Menschen belegt, die die hochtechnisierten und kostenintensiven Einrichtungen eines Spitals gar nicht benötigen...."* (Die Industrie, 13.11.76).

Jeder Schilling zur Wiederherstellung der Gesundheit von alten Menschen ist für die Bourgeoisie vergeudet. Kann sie doch die Arbeitskraft von Pensionisten nicht wieder ausbeuten. Im Gegenteil. Statt bald zu sterben, leben die Alten weiter. Die Pensionskassen müssen weiter zahlen, ihr Defizit erhöht sich und der bürgerliche Staat muß wertvolles Kapital für die Zuschüsse an die Pensionskassen bereitstellen. Mit der Abschiebung der alten Werktätigen aus den Spitälern schlägt man so zwei Fliegen mit einem Schlag: Erstens wirkt dies kostendämpfend auf den Spitalsbetrieb und zweitens auf die Pensionskassen.

Wenn keine Wiederherstellung der Arbeitskraft zu erwarten ist: „Sterbehilfe"

Konsequent ist es daher nur, wenn der „Sinn der Lebensverlängerung .... neu und kritisch gestellt werden" muß. „Auch hier geht es nach Ansicht der Primarärzte nicht nur um philosophische, sondern um handfeste finanzielle Überlegungen" („Die Presse", 16. 11. 77). Allerdings dürfe die Entscheidung über das Abschalten von lebensverlängernden Geräten nicht einer Einzelperson zufallen. „Ein Gremium von Fachleuten verschiedener Richtungen müsse sich die Verantwortung teilen, um auch die Möglichkeit einer Fehlentscheidung auszuschalten". „Fehlentscheidung" liegt wohl dann vor, wenn sich eine Wiederherstellung der Arbeitskraft doch noch rentiert hätte, oder wenn zumindest eine Eingliederung in die industrielle Reservearmee indirekt die angewandten Kosten hereingebracht hätte. (Drücken des Lohns auf die gesamte Arbeiterklasse durch die notwendige Nebenbeschäftigung der aus dem Krankenhaus entlassenen zusammengeflickten Invaliden, darin sehen die Kapitalisten noch einen Sinn für die alten Menschen.)

Wird solch ein Gremium unabhängiger Fachleute eingerichtet, dann „sei die künstliche Lebensverlängerung auch dann abzulehnen, wenn die nächsten Angehörigen diese Meinung nicht teilen" !!!

Das ganze ist ein Mordprogramm einer verfaulten, reaktionären imperialistischen Bourgeoisie. Was nützt ihr eine Lebensverlängerung, wenn eine Ausbeutung nicht mehr zu erwarten ist? Ist es da nicht besser, solche Kosten einzusparen und direkt der kapitalistischen Ausbeutung und imperialistischen Expansion zuzuführen?

Der 6. Österreichische Krankenhaustag zeigt, in welche Richtung die Bourgeoisie marschieren will. Nicht nur auf dem Schlachtfeld der Ausbeutung – in den Produktionsstätten des Mehrwerts – geht sie über Leichen, nicht nur in einem imperialistischen Weltkrieg will sie ihre Profite durch das Opfern von Millionen von Menschenleben sichern. Auch im direkten Abdrehen des Lebenshahnes sieht sie ein geeignetes Mittel. Der Trieb des Kapitals nach Mehrwertproduktion ist schrankenlos.

Schranken kann diesen Bestrebungen der Bourgeoisie nur der Klassenkampf der Arbeiter- und Volksmassen setzen!

„Du stirbst eh bald"

Vor ca. 2 Jahren war meine Großmutter wegen ihrer Zuckerkrankheit, die altersbedingt war, beim Arzt. Sie wollte Medikamente zur Bekämpfung ihrer Krankheit. Sie war damals 79 Jahre alt. Der Arzt untersuchte sie nicht, sondern meinte zu ihr: „Aber Mutter, was willst denn, dir hilft eh nichts mehr, du stirbst eh bald, was soll ich dir da noch geben." Sie war darüber sehr empört und stellte fest, daß für die besseren Leute sehr wohl Wege gefunden werden, die Krankheit zu bekämpfen und das Leben zu verlängern. Für einfache werktätige Leute aber nicht, denn die haben ihr Werk schon getan: Sie haben ein Leben lang gearbeitet, jetzt können sie es nicht mehr, jetzt brauchen sie auch nicht mehr zu leben.

Fromme Pfleger treiben alte Frau in den Tod

Beim Besuch meiner 86jährigen Taufpatin erzählte sie uns einiges über die „Pflege", die ihr in dem katholischen Pflegeheim in Sierning zuteil wird.

Im Alter von 60 Jahren wurden ihr zwei Drittel des Magens herausoperiert und seitdem ist sie auf strenge Diät angewiesen, da sie normale Kost einfach nicht verträgt.

Nun, in jenem frommen Heim erhält sie diese Kost nicht. Also nichts, als die jedem zugemessene Menge an Normalkost, von der sie jedoch nur minimale Teile essen kann. Diät für so alte Leute ist nach Meinung der Anstaltsleitung offensichtlich zu kostspielig und rentiert sich auch nicht mehr.

Noch dazu wird ihr jede Möglichkeit genommen, sich mit bekömmlichen Lebensmitteln etwa selbst zu versorgen, da die gesamte Rente von S 3.000,-, bis auf ein lächerlich kleines Taschengeld, zur „Dekkung der Unkosten" von den ergebenen Dienern Gottes eingezogen wird.

Zur Zeit wiegt die alte Frau noch etwa 29 kg. Damit jedoch wenigstens die Seele nicht verloren geht, steht jeden Tag ein Pfarrer zur Verfügung, während der Arzt nur ein- bis zweimal in der Woche seinen Dienst dort versieht.

Ortsgruppe Linz

Schahbesuch in den USA Weltweite Proteste

„In Teheran ist es indessen zu schweren Studentenunruhen gekommen. Nach offiziellen Angaben begannen die Demonstrationen damit, daß rund 500 Studenten (nach Informationen von persischen Kollegen waren es mehrere tausend) mit 'antinationalistischen' Sprechchören an mehreren Wohnheimen vorbeizogen" (Süddeutsche, 18. 11.77). In schweren Kämpfen mit der Polizei, bei denen mehr als 100 Personen festgenommen wurde, errichteten die Demonstranten Barrikaden. Die Demonstration richtete sich gegen das Schahregime und gegen die Unterwerfung des Iran durch den US-Imperialismus.

Gleichzeitig hält sich der Schah in den USA auf und verhandelt über neue Waffenlieferungen an den Iran. Als Faustpfand bot der Schah den weiteren Ausverkauf der Rohstoffe seines Landes: „Der Monarch erklärte, Präsident Carter habe ihn überzeugt, daß eine weitere Erhöhung des Ölpreises die wirtschaftliche Stabilität in der Welt gefährden würde." „Die Gespräche im weißen Haus fanden in einer Art Belagerungszustand unter dem Schutz gewaltiger Polizeikräfte statt. Die Situation erinnerte an die Vietnam-Proteste Ende der 60er-Jahre. Das amerikanische Justizministerium untersucht inzwischen Vorwürfe, der Iran habe die 'Jubel-Demonstranten' bezahlt, die auf die Gegner des Schah einschlugen" (SZ, 18. 11.)

Das faschistische Schah-Regime wird von den Völkern der ganzen Welt zutiefst verachtet. Die Unterstützung des Kampfes des persischen Volkes gegen das Schah-Regime ist ebenso weltweit: Anläßlich eines kurzen, privaten Besuches in Paris auf dem Heimflug nach Teheran, haben zahlreiche fortschrittliche Organisationen sowie iranische Studenten in Paris zu Demonstrationen aufgerufen.

Auch in Wien fand am 15. 11. eine Demonstration gegen den Schahbesuch in Washington statt, zu der die iranischen Studenten in Wien aufgerufen hatten. Unter Beteiligung der Ortsgruppe Wien des KB, der MLS-Wien und des VKI zogen etwa 400 Demonstranten zum amerikanischen Konsulat. Die Demonstration prangerte die Ausbeutung und Unterdrückung des Iran durch den amerikanischen Imperialismus und die faschistische Herrschaft des Schah-Regimes über das iranische Volk an. Die Demonstranten riefen: „Es lebe der Kampf der Völker der Iran – Nieder mit dem faschistischen Schah-Regime!"

Streikkämpfe in England und Italien setzen der Bourgeoisie zu

Die westeuropäischen Bourgeoisien führen gegenwärtig allesamt einen heftigen Großangriff auf die Lebenshaltung der Arbeiterklasse ihrer Länder durch. Sie alle verschäfen die Ausbeutung, gezwungen durch die, durch die Vertiefung der Krise verschärften die Ausbeutung,gezwungen durch die,durch die Vertiefung der Krise verschärfte Konkurrenz,durch den Druck. sie ausübt. Der Klassengegensatz tritt in diesen Ländern umso deutlicher hervor, als die scharfen Angriffe der Kapitalistenklasse von der Arbeiterklasse nicht hingenommen werden, sondern scharfe Kämpfe hervorrufen.

England: Die englische Bourgeoisie hat in den letzten Monaten in einer beispiellosen Welle von Preiserhöhungen, von Rationalisierungsmaßnahmen und Entlassungen ihre Wettbewerbsposition entscheidend verbessert. Das Hauptmittel der Verschärfung der Ausbeutung sind die „Lohnleitlinien" der Labourregierung. Diese verbieten Lohnerhöhungen von mehr als 10 Prozent, trotz doppelten und dreifachen Inflationsraten, trotz einem Zurückbleiben der Löhne hinter den Preissteigerungen schon in den letzten Jahren.

Die erste Hauptschlacht lieferten die Bergarbeiter. Sie lehnten in einer Urabstimmung im Oktober ein Angebot der Regierung ab. Das Angebot der Regierung beinhaltete vor allem die Einführung eines Prämienlohnsystems, um dessen Durchsetzung in der gesamten Schwerindustrie die englischen Kapitalisten vordringlich kämpfen. 110.654 Arbeiter sprachen sich gegen das Regierungsangebot aus! Die reformistische Führung der Bergarbeitergewerkschaft NUM mußte daraufhin wieder die alte Forderung der Bergarbeiter nach einer Erhöhung des Wochenlohnes um 135 Pfund aufstellen – das bedeutet für viele der Bergarbeiter, die in den letzten Jahren ganz besonders in ihrer Lebenshaltung herabgedrückt wurden, eine Erhöhung ihrer Löhne um 90 Prozent. Zugleich plant sie neue Manöver, um die Bergarbeiter zur Annahme des verhaßten Prämienlohnsystems zu zwingen.

Der Ausgang des Kampfes der Bergarbeiter ist noch keineswegs entschieden, aber aber sie haben der Lohnleitlinienpolitik der Labour-Regierung den ersten schweren Schlag versetzt.

Seit zwei Wochen streiken die Feuerwehrleute. Die Forderungen der Feuerwehrleute sind: Schrittweiser Abbau des noch 48-stündigen Arbeitstages, den durchschnittlichen Industriearbeiterlohn zuzüglich einer 10-prozentigen Erhöhung als Lohn. Die Regierung weigerte sich, diese Forderungen auch nur in Erwägung zu ziehen, sie will die Lohndifferenz von 30 Pfund in der Woche keinesfalls ausgleichen.

Die Spaltungsmanöver der Regierung mit Militär und Zivildienst sind sowohl am Widerstand der Feuerwehrleute als auch der Volksmassen gescheitert. In ganz England hupen Autofahrer bei den Feuerwachen, um den Feuerwehrleuten ihre Unterstützung zu zeigen, Unterschriftenaktionen sind im Gange. Die Streikposten der Feuerwehr springen gerne helfend ein, wenn Krankenhäuser oder Anwesen von armen Leuten brennen, bei Fabriken oder Kasernen lehnen sie dies grundsätzlich ab.

In vielen anderen Betrieben werden die Streiks fortgesetzt, flammen neue auf. Teilerfolge gegen die Kapitalisten werden errungen. 30.000 Ford-Arbeiter und 50.000 schottische Transportarbeiter haben bereits Lohnerhöhungen über der Lohnleitlinie durchgesetzt.

Auch der Kampf bei Grunwick in London ist noch nicht zu Ende. Jeden Montag führt die Gewerkschaft dort eine Unterstützungskundgebung für die 137 Arbeiter durch, die der Kapitalist wegen ihrem Beitritt zur Gewerkschaft entlassen hatte. Nach heftigen Kämpfen schon im ganzen Sommer hat ein Gericht in London ein von der Gewerkschaft akzeptiertes Schlichtungsprogramm beschlossen, diese Entscheidung wurde vom Oberstgericht in London aufgehoben und den Kapitalisten voll recht gegeben. Am 7.11. fand daraufhin eine Großkundgebung bei Grunwick statt, die die Polizei gewaltsam zerschlug und Hunderte von Arbeitern verhaftete.

Daraufhin wurde die Polizeiwache von 4.000 – 6.000 Arbeitern umzingelt, um deren Freilassung durchzusetzen.

Solche Vorfälle zersetzen die Brauchbarkeit und Einsetzbarkeit der Polizei gegen die Arbeiterklasse.

Der sozialdemokratische Innenminister mußte sich auf einer Gewerkschaftsversammlung der Polizei von Hunderten von Polizisten auspfeifen lassen, als er von der Funktion der Polizei als „Hüter von Recht und Ordnung" fabulierte. Ganz England sah diese Szene im Fernsehen.

Italien: Im Bild eine Massenversammlung der Fiatarbeiter in Turin. Am 14. November streikten in Mailand die Bediensteten der öffentlichen Verkehrsmittel. Am 15. November organisierten die drei großen Gewerkschaften CGIL, CISL und UIL einen vierstündigen Streik in den wichtigsten Industriezweigen. Am 16. November streikten 400.000 Spitalsbedienstete. Gegen Ende November soll ein landesweiter Streik der landwirtschaftlichen Taglöhner und Anfang Dezember ein Ausstand der Beschäftigten der Metall- und Maschinen- sowie der chemischen Industrie folgen.

Die italienische Bourgeois-Zeitung „Corriere della sera" (15.11.) äußert die Befürchtung, daß es sich bei den letzten Streikaktionen um kein „Strohfeuer" handelt, sondern um „fast schon so etwas wie eine offene Kriegserklärung".



Frankreich: Streik bei Renault

Während die Reformisten (PSF)und die Revisionisten (PCF) in der Vergangenheit eine öffentliche Auseinandersetzung führten um die Anzahl der nach ihrem „Machtantritt" zu verstaatlichenden Betriebe, finden in den staatlichen Renault-Werken heftige Arbeitskämpfe gegen Entlassungen, Bestriebstilllegungen, Arbeitshetze, Bespitzelung und Unterdrückung statt. Renault plant eine Ausweitung und Verlagerung der Produktion ins Ausland; so wird 1978 in Österreich eine Fabrik eröffnet, die ausschließlich Aluminiumteile herstellen wird, zwei weitere Anlagen sollen folgen.

Bei Renault-Billancourt ist im Juli 1977 bekannt geworden, daß Entlassungen im Zuge dieser Ausweitung der Produktion ins Ausland vorgenommen werden sollen.

Am 27.September traten dann die 100 Automechaniker der Abteilung 38 in den Streik, um die bevorstehende Auflösung ihrer Abteilung zu verhindern. Als die Direktion versuchte, die Maschinen aus der bestreikten Abteilung 38 abzutransportieren, besetzten die Arbeiter kurzerhand ihre Abteilung, um die Auflösung zu verhindern.

In der Nacht auf den 30. Oktober versuchte nun die Direktion mit 50 Vorarbeitern und Meistern in einem Überfall die besetzte Abteilung zurückzuerobern. Dieses Kommando war mit Pistolen bewaffnet. Die Automechaniker schlugen dieses Kommando mit der Unterstützung der Arbeiter anderer Abteilungen in die Flucht. Die Abteilung blieb besetzt.

Die von der CGT-Leitung auf diesen Vorfall hin einberufene Betriebsversammlung, auf der notwendig gewesen wäre, die weiteren Kampfschritte zu klären, wurde von der CGT-Führung dazu benutzt, den Arbeitern zu versprechen, daß sie vertrauensvoll verhandeln wolle. Die Reaktion auf diese Niederlagentaktik der Revisionisten durch die Geschäftsleitung kam prompt. Sie sperrte 800 Arbeiter kurzerhand aus, um so einen weiteren Keil in die Arbeiter zu treiben.

Während der Streik der Arbeiter bei Renault-Billancourt eine große Solidaritätsbewegung in den Renault-Fabriken hervorgerufen hatte -in Flins und Mans haben die Automechaniker ebenfalls die Arbeit niedergelegt-, war die einzige Sorge der CGT die schnelle Beendigung des Streiks, weil die Kosten dafür zu hoch seien. Am 8. Oktober meldet der „Quotidien du peuple": „Die Arbeitsniederlegungen werden fortgesetzt. Die Leitung der CGT will ein Ende". Die Arbeiter der Abteilung 59 haben aus Solidarität mit dem andauernden Streik die Arbeit niedergelegt, die Abteilung 74 blokkierte wiederholt den Abtransport der Wagen. Unter der Losung „ Die Freiheit der Arbeit zu erhalten" -mit dieser Losung operierte auch die CGT auf der Betriebsversammlung- drohte die Geschäftsleitung mit weiteren Entlassungen von 14 Arbeitern. Daraufhin streikten die Arbeiter, die Entlassungsdrohungen wurden zurückgenommen. Die Geschäftsleitung verweigerte nun weitere Verhandlungen und verkündete ihren Standpunkt, daß sie keine der Streikstunden zu bezahlen gedächte.

Am 7.November stimmte dann die CGT-Leitung einem „Kompromiß" zu, der, wenn die Arbeiter den Kampf der CGT überlassen hätten, noch niederträchtiger aussähe: Alle Arbeitsplätze der Abteilung 38 bleiben erhalten. 51% der Streikstunden werden bezahlt, die Dezemberprämie wird bezahlt. Die Arbeiter müssen die ausgefallenen Stunden an sechs oder sieben Samstagen nacharbeiten. Die 800 ausgesperrten Arbeiter mußten wieder in den Betrieb geholt werden. Die Automechaniker haben am 8.11 die Arbeit wieder aufgenommen. Die 800 ausgesperrten Arbeiter verweigern die Wiederaufnahme, da sie für die Zeit der Aussperrung nur 56% des Lohns bezahlt bekommen sollen.

Dieser Streik bei Renault zeigt die Situation, in der sich die französische Arbeiterklasse befindet: auf der einen Seite die Arbeiter, die kampfbereit sind und kämpfen, auf der anderen Seite eine Gewerkschaftsführung und eine revisionistische Partei, deren einziges Sinnen und Trachten ist, die Einheit der Arbeiter zu zerschlagen.

Die Arbeiter bei Renault-Billancourt, die ihre Arbeit noch nicht wieder aufgenommen haben, und die zahlreichen anderen Streikkämpfe sind Beispiel dafür, daß die Taktik der Revisionisten bekämpft wird. Die französische Arbeiterklasse muß diese Fessel sprengen.

(Aus Kommunistische Volkszeitung Nr. 47, Zeitung des KB Westdeutschland)

Ein neuer Versuch des Imperialismus, die arabischen Völker zu spalten

In ihren Massenmedien haben die westlichen Imperialisten um den Besuch des ägyptischen Präsidenten Sadat in Israel einen großen Propagandarummel gemacht. Aber auch ihre Feier darüber, einen arabischen Staatspräsidenten ins besetzte Palästina zu den zionistischen Besatzern gebracht zu haben, konnte die hartnäckig weiterbestehenden Schwierigkeiten der Imperialisten bei ihrem vergeblichen Versuch, die palästinensische Revolution zu liquidieren, kaum vertuschen. „In der Sache keine Fortschritte" meldete der ORF am 21., als er schon etwas aus dem Rausch war.

Seit Jahren sind den Imperialisten, insbesondere den beiden Supermächten, die Interessen der arabischen Nation und der revolutionäre Kampf der fortgeschrittensten Teile, vor allem des palästinensischen Volkes unter Führung der PLO, entgegengestanden. Die arabischen Länder haben in der UNO im gemeinsamen Kampf den Zionismus weiter in die Enge getrieben und so auch seine Hintermänner. Gemeinsam haben sie an der Forderung nach israelischem Rückzug aus den 1967 besetzten Gebieten und Schaffung eines palästinensischen Staates festgehalten. In Palästina selbst hat der politische und militärische Kampf der Volksmassen nach dem letzten Nationalkongreß der PLO einen Aufschwung genommen. Anfang November etwa haben in Galiläa Tausende Palästinenser ihren Boden gegen Enteignung verteidigt und haben gleichzeitig palästinensische Raketen in zionistische Siedlungen eingeschlagen. Als Sadat im besetzten Palästina war, „hallte ihm überall der Ruf entgegen: Palästina, PLO" (ORF, 20.11.)

Unter allen Umständen müssen die Imperialisten Spaltung in die arabische Nation hineintragen, müssen sie versuchen, den Gedanken der Kapitulation vor ihrer 'Allmacht' und der ihres zionistischen Kettenhundes unter die arabischen Völker und Länder zu tragen und dementsprechende Taten folgen zu lassen. Anders können sie den Bestand Israels nicht sichern, und Israel brauchen vor allem die beiden Supermächte, um sich den Zugriff auf das ökonomische und strategische Potential des Nahen Ostens auch nur einigermaßen zu erhalten.

Seit dem Oktoberkrieg 1973 versuchten die USA durch zahlreiche Initiativen, ihre relative Position gegenüber der Sowjetunion zu behaupten und zu verbessern. Die Sowjetunion hat wilde Ambitionen im Nahen Osten. Beide Supermächte wurden von den arabischen Völkern und Ländern und der palästinensischen Revolution mehrmals aufs Haupt geschlagen. Zwar brachten die USA das Sinai-Abkommen zustande, doch brachte der nächste Schritt, die Anstiftung der Konterrevolution im Libanon, nicht das gewünschte Ergebnis. Die zunehmende Zersetzung des Zionistenstaates versuchte die Carter-Administration durch den Regierungswechsel in Israel aufzuhalten; die „Vance-Mission" im Herbst 1977 scheiterte kläglich und offenbarte das ganze Dilemma der US-Supermacht.

Die Sozialimperialisten sind nach den saftigen Fußtritten, die ihnen Ägypten, Sudan und Somalia versetzt haben, weiterhin im Nahen Osten in einer mißlichen Situation und dementsprechend umso aggressiver. Wütend haben sie seit 1973, und insbesondere im Libanon-Krieg, wie überall auf der Welt, versucht, das Kräfteverhältnis zur USA im Nahen Osten zu ihren Gunsten zu verändern.

Die „gemeinsame Nahost-Erklärung" der USA und der Sowjetunion vor knapp zwei Monaten, war unmittelbares Ergebnis dieser Situation, indem betont wurde, was seit langem bekannt ist. Daß jede der beiden Supermächte auf ihre Weise eine Genfer Konferenz wünscht, die Israels „Existenzrecht" legitimiert und die Kapitulation der PLO erzwingt. Es wurde Ende November und aus dem von den Supermächten proklamierten „Jahr des Nah-Ost-Friedens" war noch immer nichts geworden. Klar war, daß im Scheitern der Genfer Konferenz nur umso unaufhaltsamer die Woge der arabischen Revolution vorantreiben mußte – einschließlich der Möglichkeit eines begrenzten Befreiungskrieges der arabischen Staaten gegen Israel. Klar war weiters, daß davon keiner der Imperialisten Nutzen ziehen konnte. Das Zionistenregime in seinem jetzigen Zustand schon überhaupt nicht, in dem die jüdische Bevölkerung der BeginRegierung ihr „Krisenprogramm" um die Ohren schlägt. Der US-Imperialismus nicht, weil ihn die Fortsetzung der arabischen und palästinensischen Revolution, insbesondere auch im gerechten Krieg gegen den Zionistenstaat, aus weiteren seiner „angestammten" Einflußgebiete – vor allem den Ölstaaten – zwangsläufig hinausdrängen würde. Der Sowjet-Imperialismus könnte dabei hoffen, gegenüber seinem erbitterten Rivalen zu gewinnen – dann, und nur dann, wenn es ihm gelingt, den arabischen und palästinensischen Befreiungskampf unter Kontrolle zu halten, ihn zu sabotieren und zu zermürben, und die Kraft seines imperialistischen Waffenmonopols spielen zu lassen. Nach den drei letzten Rauswürfen der Sowjetunion aus Arabien schickte Breschnew im November den russischen Außenminister Sytenko nach Damaskus und eine Delegation unter ZK-Mitglied Sokolov nach Jordanien, um diplomatisch-politisches Oberwasser für eine „Genfer-Lösung Marke Moskau" zu gewinnen.

Für die USA wurde es in dieser Situation zu einer Existenzfrage für ihren Einfluß im Nahen Osten, irgendeinen „sichtbaren Erfolg" vorweisen zu können. Also läßt sie Begin seine Einladung an Sadat aussprechen. Mit dem Sinai-Abkommen hatten die USA dies schon vorbereitet gehabt. Mit ihrer Politik der Erpressung und Ausplünderung Ägyptens und der Schürung von Grenzkonflikten indirekt natürlich auch die Sowjetunion. Der Sadat-Regierung dürfte überdies bekannt sein, daß die weitere Steigerung der arabischen und palästinensischen Revolution und die Möglichkeit eines gerechten Krieges gegen Israel auch den existierenden Widerspruch zwischen ihr und den ägyptischen Volksmassen verschärfen muß.

Am 21. 12. wollen die USA und Israel nun eine solche Genfer Konferenz beginnen lassen, die unter Ausschaltung der PLO und bei möglichst weitgehender Zurückdrängung der anderen Supermacht den imperialistischen „Frieden" bringt.

Breiten Widerstand hat es in den arabischen Ländern gegen die Pläne der USA und Israels gegeben und dagegen, daß Sadat ohne Bedingungen nach Israel gefahren ist. 40.000 demonstrierten in Beirut, Tausende – trotz Verhängung des Belagerungszustandes – im besetzten Palästina. Die Imperialisten feiern eine kurzfristige Aufwertung des illegalen Siedlerregimes.

„Friede!" brüllte es von Hans Benedict im ORF bis Malte Olschewski in der Arbeiter-Zeitung. „Verrat" brüllt es vom ZK der KPÖ bis zu den Trotzkisten. Der „Friede", den die einen meinen, ist der imperialistische Friede der USA die berüchtigte „pax americano", der „Verrat", über den die andern geifern, betrifft die Tatsache, daß die Sowjetunion beim „historischen Treffen" recht wenig beteiligt war und aber gern an einer Sache dieser Art beteiligt wäre. Das wütende Geheul aus dem Mund der Sozialimperialisten nimmt sich merkwürdig aus. Beim „historischen Treffen" sprach man darüber, wie man sich ist Israel aus dem 1967 besetzten Teil Palästinas zurückziehen solle, um danach weiterbestehen zu können. Was anderes hat der Sozialimperialismus seit nunmehr 10 Jahren – als er die UNO-Resolution 242 mit aus der Taufe hob – denn gepredigt? Er ist, der die Interessen der palästinensischen und arabischen Revolution nicht nur längst „verraten" hat, sondern direkt, und wo er nur kann, bekämpft. Das sind Tatsachen, die auch durch das lauteste Geschrei der Revisionisten und Sozialimperialisten nicht zu übertönen sind, ein Geschrei, das bezweckt, sich gegenüber den arabischen Volksmassen als „einzig konsequenter Verbündeter" auszugeben. Die gemeinsame Nahost-Erklärung beider Supermächte vor wenigen Wochen zeigt die ganze Verlogenheit dieser russischen Propaganda.

Mit dem Hinweis auf die Möglichkeit eines Seperatabkommens haben sich die US-Imperialisten nunmehr neue Druckmöglichkeiten geschaffen. Die Sache ist nicht unernst, sie zeigt ihre Entschlossenheit.

Aber keineswegs sind sämtliche „Barrieren" gefallen. Bezüglich der Palästinenserfrage soll es israelische Angebote geben: Vertretung auf einer Konferenz durch Araber aus dem Westufer und Gaza; Autonomie in diesen Gebieten bei fortgesetzter zionistischer Besatzung und Recht der Zionisten, das Land zu kolonialisieren. „Für uns gibt es nur die PLO", hat ein Palästinenser einem Journalisten am 19. 11. vor der Al Aksa -Moschee erklärt, und vor einem Monat haben die arabischen Bürgermeister in einer gemeinsamen Erklärung ausgesagt: „Unsere Vertretung ist die PLO; das palästinensische Volk und seine Vertretung sind unteilbar." (Palestine). Im Kampf gegen die akutellen imperialistischen Pläne haben die Massen in allen arabischen Ländern sich weiter zusammengeschlossen.

Mittlerweile versucht die Sowjetunion zum Gegenzug auszuholen. Fieberhaft arbeitet sie daran, ein sogenanntes „fortschrittliches Lager" unter den arabischen Ländern aufzubauen.

Demnächst tagt der Palästinensische Nationalrat. Er wird die weitere Taktik festlegen, die die PLO auf der Grundlage der Fortsetzung des bewaffneten Befreiungskampfes in den nächsten Wochen durchführen wird, um weiterhin an das unverrückbare strategische Ziel heranzukommen: Ersetzung Israels durch ein demokratisches Palästina mit gleichen Rechten für Moslems, Christen und Juden – die Grundlage für Frieden im Nahen Osten.

Erklärung von Fatah zum Besuch von Sadat in Jerusalem

Auf der letzten Sitzung des Zentralkomitees (ZK) von Fatah, die unter dem Vorsitz von Yassir Arafat stattfand, wurde folgende Erklärung verabschiedet:

Das ZK von Fatah traf sich in den letzten drei Tagen mehrmals. Dabei wurden die letzten Entwicklungen und Ereignisse diskutiert, insbesondere der Besuch von Sadat in Israel und seine Rede vor der Knesset.

1. Fatah, ihrer Verantwortung bewußt, erklärt folgendes: Auf Grund der kämpferischen Position von Fatah auf palästinensischer und arabischer Ebene lehnt sie diesen Besuch ab, der als eine Wende anzusehen ist und einen Vorteil für die internationale zionistische Bewegung und ihre imperialistischen Alliierten bedeutet, an der Spitze die USA.

2. Fatah sieht, daß diese Reise das palästinensische Volk und seine bewaffnete Revolution, vertreten durch die PLO, in eine gefährliche Lage bringt – gegenüber einem Feind, der von Tag zu Tag an Brutalität und Arroganz gewinnt, der in aller Deutlichkeit und zu jeder Zeit erklärt: Keine Rechte für das palästinensische Volk, keinen palästinensischen Staat, keinen vollständigen Rückzug aus den besetzten arabischen Gebieten. Stattdessen bereitet er sich auf einen neuen Vernichtungskrieg gegen unser Volk und die arabische Nation vor.

3. Fatah bekräftigt noch einmal ihre unerschütterliche Verpflichtung gegenüber den Resolutionen und Programmen der Palästinensischen Nationalräte, die wir niemals, unter welchen Bedingungen auch immer, aufgeben werden. Wir halten an diesen Resolutionen fest, wir werden sie weiter bewahren, wir werden jederzeit, auch in der gefährlichsten Situation, nicht darauf verzichten.

4. Da Fatah an die historische Rolle des ägyptischen Volkes und seiner glorreichen Armee, an seine Opferbereitschaft für Palästina, seine gerechte Sache und sein Volk, und seine Opferbereitschaft für die gerechte Sache der arabischen Nation glaubt, an die Wichtigkeit der ägyptischen Rolle auf der arabischen Ebene und hinsichtlich der arabischen Haltung, die die Zukunft und das Schicksal unserer arabischen Nation weiterhin beeinflussen wird, deshalb appelliert Fatah an Präsident Sadat, von diesem Schritt abzusehen, der den Interessen und dem Kampf der arabischen Sache schadet.

5. Aus Sorge um die arabische Haltung im Kampf gegen den zionistischen Feind, wofür wir gekämpft haben und auch weiterhin kämpfen werden, auf arabischer und internationaler Ebene, um die arabische Haltung zu festigen, wird Fatah massive Aktivitäten auf arabischer und internationaler Ebene durchführen, die sich auf folgende feste, klare und bekannte Grundlagen stützen:

a) Festhalten an den Positionen der Gipfelkonferenzen in Algier und Rabat, die eine gemeinsame Basis für die derzeitigen arabischen und internationalen Aktivitäten im Kampf gegen den zionistischen Feind bedeuten, die die nationalen Rechte des palästinensischen Volkes und den Rückzug des zionistischen Feindes aus allen besetzten arabischen Gebieten gewährleisten.

b) die PLO ist die einzig legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes, es hält in ihren politischen Aktivitäten an den Resolutionen der Palästinensischen Nationalräte und den Resolutionen von Algier, Rabat und Kairo fest.

c) Jegliche Lösung, die das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung, Rückkehr und die Errichtung des unabhängigen palästinensischen Staates auf seinem Boden ignoriert, wird von unserem Volk und unserer Nation abgelehnt.

d) Da wir uns der Gefährlichkeit dieser Phase bewußt sind und in Überzeugung der Wichtigkeit der arabischen Einheit, wollen wir unsere Sorge um die arabische einheitliche Haltung zum Ausdruck bringen, daß die Verantwortung für die derzeitige Etappe nicht das palästinensische Volk alleine trägt, sondern bei allen Teilen der arabischen Massen und allen arabischen Regierungen liegt. Diese Haltung muß dem palästinensischen Volk und seiner bewaffneten Revolution helfen, die gegen die zionistische, imperialistische Verschwörung dienen.

e) Das ZK von Fatah richtet sich in diesem historisch entscheidenden Moment an unser Volk innerhalb und außerhalb Palästinas – mit Stolz auf seine Standhaftigkeit, Opferbereitschaft und seinen heldenhaften Kampf ruft es die Massen unseres Volkes auf, in einer Front hinter der PLO und ihrer Führung zu stehen, um den kommenden Ereignissen zu begegnen. Wir sind überzeugt, daß der Wille unseres Volkes und der arabischen Nation durch seine Standhaftigkeit und durch den ständigen Kampf sie

Gespräch mit Genossen Yildirin Dagyeli, Chefredakteur der Auslandsausgaben der Zeitung AYDINLIK

Fragen der türkischen Revolution

Anläßlich der dritten und letzten Veranstaltung im Rahmen des Informationsmonats der Zeitung AYDINLIK besuchte der Chefredakteur für die Auslandsausgaben der AYDINLIK,

Genosse Yildirin Dagyeli,

Wien, um dort ein Referat über den Kampf des türkischen Volkes um die nationale Unabhängigkeit zu halten. Anläßlich seines Wienaufenthalts gab Genosse Yildirin Dagyeli der Redaktion des Klassenkampf das folgende Interview:

Klassenkampf: Wie ist der Stand der Entwicklung der türkischen Arbeiterbewegung?

Genosse Dagyeli: Die Arbeiterklasse der Türkei hat eine kämpferische Tradition. Heute besitzt sie noch dazu eine revolutionäre Kampfpartei. Diese beiden Faktoren bekräftigen ihre Führungsrolle in der national-demokratischen Revolution. Die Arbeiterklasse ist besonders um Istanbul konzentriert. Sie ist verhältnismäßig klein, gemessen an der Zahl der Gesamtbevölkerung.

Obwohl unsere Arbeiterklasse sehr kämpferisch ist, wurde sie von der 5. Kolonne der Sozialimperialisten in die Irre geführt und im Stich gelassen. Das hat aber dazu gedient, daß die Arbeiterklasse besonders in den letzten 8 Monaten das wahre Gesicht der Revisionisten erkannte und einen harten Kampf gegen sie in den Gewerkschaften und Fabriken eröffnete.

In mehreren Fabriken Istanbuls dauern die politisch motivierten Streiks seit 8 Monaten an. Die Revisionisten, die in der Führung von der Gewerkschaftskonföderation DISK sitzen, verweigerten den Arbeitern den Gewerkschaftszuschuß, während sie selbst im Luxus leben. Unter der Führung der Revolutionären Arbeiter-Bauern-Partei der Türkei (TIIKP) führten die Arbeiter einen Kampf, warfen die Revisionisten aus ihren Reihen und wählten sie nicht mehr zu Gewerkschaftsvertretern. Dann stempelten die Revisionisten die Fabriken, aus denen sie hinausgeworfen wurden, zu „maoistischen" Fabriken!

Heute wächst die Streikbewegung in der Türkei ständig. Die Streiks werden nicht nur gegen die Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse geführt; sie sind auch politisch motiviert.

Klassenkampf: Welcher Entwicklungsprozeß findet in den ländlichen Gebieten der Türkei statt? Wie ist die Lage der Bauern und worin besteht ihr Kampf?

Genosse Dagyeli: Der große Teil der Bauernschaft ist arm und verlangt nach Boden. Die Kämpfe der Bauernschaft haben in den letzten zehn Jahren zugenommen. Sie besetzten Ländereien der Großgrundbesitzer, verteidigten sie gegen die faschistischen Horden der Großgrundbesitzer und die Gendarmerie. Die Situation in manchen ländlichen Gebieten ist sehr gespannt. Trotz der Repression geben die Bauern die von ihnen bereits besetzten Ländereien nicht zurück.

Im Jahre 1971 verkündete die Revolutionäre Arbeiter-Bauern-Partei der Türkei (TIIKP) das Programm der Agrarrevolution. Dieses Programm hat unter den Bauern große Unterstützung gefunden, welche wiederum die Verankerung der Partei unter den Bauern ermöglichte.

Die Lage der Bauern in der Türkei ist sehr schlecht. Sie sind der brutalen Ausbeutung der Großgrundbesitzer und der Wucherer ausgesetzt. Sie verlieren ständig das letzte Stück ihrer Felder an die Großgrundbesitzer und die reichen Bauern. Viele sind dann gezwungen, in die Großstädte zu übersiedeln oder als Fremdarbeiter ins Ausland zu gehen.

Klassenkampf: Wie wird die Agrarfrage gelöst werden und welchen Charakter hat die türkische Revolution?

Genosse Dagyeli: Die Revolution in der Türkei ist eine national-demokratische Revolution, eine neudemokratische Revolution, wie der Genosse Mao in seiner diesbezüglichen Schrift dargelegt hat. Sie ist die proletarische Revolution in einem halb-kolonialen, halb-feudalen Land.

Die nationaldemokratische Revolution hat als Aufgabe, den Imperialismus zu verjagen und die kollaborierende Bourgeoisie sowie die feudalen Großgrundbesitzer zu beseitigen, den Boden unter den Landarbeitern und armen Bauern zu verteilen, die kurdische nationale Frage auf der Grundlage des proletarischen Internationalismus und der Gleichheit der Völker zu lösen, den Weg für die sozialistische Revolution und den Aufbau des Sozialismus zu ebnen. In dieser Revolution ist das Proletariat die führende Kraft; die Bauernschaft, die immerhin 60 % der Gesamtbevölkerung ausmacht, ist die Hauptkraft.



Genosse Yildirin Dagyeli, Chefredakteur der Auslandsausgaben von AYDINLIK bei einem freundschaftlichen Gespräch mit der Klassenkampf-Redaktion.

Klassenkampf: Wie wirkt sich das Ringen der beiden Supermächte um die Weltherrschaft auf die Lage der Türkei aus und was bedeutet das für die türkische Revolution?

Genosse Dagyeli: Die Türkei ist ein halbkoloniales und halb-feudales Land der Dritten Welt. Nach dem 2. Weltkrieg geriet sie unter die politische, ökonomische, militärische und kulturelle Kontrolle des US-Imperialismus. Der US-Imperialismus hat in den 50-er und 60-er Jahren unser Volk brutal ausgebeutet und unterdrückt, unser Land bei internationalen politischen Angelegenheiten in die Politik seiner wilden Ambitionen einbezogen. Er errichtete in der Türkei Luftwaffenbasen, Radar- und Militäranlagen, ließ seine 6. Flotte in türkischen Häfen versorgen. Das Volk der Türkei erhob sich gegen die Hegemonie des US-Imperialismus. Besonders wuchs in den 60er-Jahren eine antiamerikanische Bewegung, die sehr gewaltig war und alle Volksschichten umfaßte.

Angesichts der Niederlagen des US-Imperialismus in Indochina und des 30-jährigen antiamerikanischen Kampfes unseres Volkes wurden seine Stellungen in der Türkei allmählich schwächer. Anfang der 70er-Jahre, besonders während des Zypernkrieges 1974, ist die Hegemonie des US-Imperialismus über die Türkei seitens der sozialimperialistischen Sowjetunion in Frage gestellt worden.

Nachdem die sozialistische Sowjetunion von Lenin und Stalin durch die chruschtschowsche Usurpation der Macht in der Partei und dem Staat sozialimperialistisch entartete, begann die Sowjetunion nach der Welthegemonie zu trachten. Sie verlangt die Neuaufteilung der Welt. Sie bedrängt als eine aufstrebende imperialistische Macht überall in der Welt den US-Imperialismus, der seine Stellungen zu bewahren versucht. Sie drängt ihn auch in der Türkei zum Aufgeben, indem sie jeden Konflikt, in den die Türkei so oder so einbezogen wird, zu einer offenen bewaffneten Auseinandersetzung zu eskalieren versucht. Sie hetzt die Türkei zum politischen Abenteurertum und unterstützt die chauvinistischen Kreise in der Türkei bei ihrer Aggression gegen Griechenland und Zypern mit dem Ziel, die Türkei völlig in ihre Hand zu bekommen.

Die Sozialimperialisten geben der Türkei Kredite, bauen Schwerindustriebetriebe und nutzen das Energiedefizit der Türkei aus, um eine ökonomische Grundlage für ihre politischen Ambitionen zu schaffen. Das sowjetische Kapital in der Türkei erreichte innerhalb von 9 Jahren 1,5 Milliarden US-Dollar, während die USA in 35 Jahren in der Türkei 1,8 Milliarden US-$ anlegten. Die Türkei ist beim Handel mit der Sowjetunion an die dritte Stelle unter den Ländern der Dritten Welt gestiegen.

Militärisch verfolgt die Sowjetunion gegenüber der Türkei eine Politik der Bedrohung und Einschüchterung. Die Sowjetunion unterhält im Schwarzen- und Mittelmeer zahlreiche Marineeinheiten, die in jedem Konflikt in unserer Region von Anfang an dabei sind. Sie stationiert im Kaukasus 11 Divisionen, darunter eine Luftlandedivision.

Die Sowjetunion versucht durch ihre 5. Kolonne, die türkische revisionistische Partei, unser Volk zur Kapitulation vor ihr zu zwingen. Ihre 5. Kolonne ist gegenüber dem Volk sehr aggressiv und frech.

Wir sind aus allen diesen Gründen der Meinung, daß die beiden Supermächte, und vor allem die Sozialimperialisten, die ihre Rivalität um die Hegemonie über unser Land besonders verschärft haben, unserer Revolution nicht tatenlos zusehen werden. Andererseits kann eine Revolution niemals siegen, ohne die imperialistischen Supermächte zu verjagen. Wir müssen berücksichtigen, daß die Bedrohung durch die Sowjetunion heute für die Türkei ein noch gefährlicheres Ausmaß erreicht hat. Wenn wir dazu die Änderungen und Entwicklungen in der politischen Weltlage rechnen, so müssen wir für das Vorwärtsschreiten unserer national-demokratischen Revolution die Vorbereitung auf einen Kriegsfall, der unausweichlich durch die Rivalität der beiden Supermächte ausbrechen wird, und die Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit als unsere zentrale Aufgabe im revolutionären Kampf feststellen.

Klassenkampf: Wir danken Dir für dieses Gespräch.

Grußadresse an das ZK der Partei der Arbeit Albaniens

Zentralkomitee
des Kommunistischen Bundes
Österreichs

An das
Zentralkomitee
der
Partei der Arbeit Albaniens

Werte Genossen!

Am 29. November feiert das albanische Volk den 33. Jahrestag der vollständigen Befreiung seines Landes und des Sieges der Volksrevolution. Das Zentralkomitee des Kommunistischen Bundes Österreichs sendet Euch zu diesem Jahrestag die herzlichsten revolutionären Grüße. Wir freuen uns mit dem albanischen Volk über diesen Sieg und über die seither erzielten Erfolge beim Aufbau des Sozialismus.

Walter Lindner
Sekretär des Zentralkomitees

Freiheit für Dogan Yurdakul und Mustafa Tütüncübaşi!

Innerhalb von zwei Tagen wurden Dogan Yurdakul, verantwortlicher Chefredakteur der Zeitschrift AYDINLIK, und Mustafa Tütüncübaşi, verantwortlicher Chefredakteur der Wochenzeitung HALKIN SESI durch das Militärgericht gesetzeswidrig verhaftet mit der Begründung der „Beleidigung und Verächtlichmachung von Persönlichkeiten der Armee".

Mustafa Tütüncübaşi ist nach Kemal Dogan und Leyla Cümbüş der dritte verantwortliche Chefredakteur der Zeitung HALKIN SESI, der durch das Militärgericht in Haft genommen wurde. Als erster wurde Kemal Dogan durch das Militärgericht zu einem Jahr Gefängnisstrafe verurteilt, auf Grund des in der Zeitung HALKIN SESI veröffentlichten Artikels, in dem die Aktivitäten der MHP-Faschisten in der Armee bloßgestellt wurden. Als zweite wurde Leyla Cümbüş wegen „Beleidigung der Armee" verhaftet, auf Grund der Veröffentlichung des Berichtes der Europäischen Menschenrechtskommission über Zypern.

Die Verhaftung von Dogan Yurdakal, verantwortlicher Chefredakteur der Zeitschrift AYDINLIK, der vorher schon einige Male verhaftet worden war, wird diesmal mit einem Artikel der im Mai herausgegebenen Nummer 75 der Zeitschrift begründet.

Die Verhaftungen durch die Militärgesetze sind gesetzeswidrig und ihre Urteile besitzen keine Gültigkeit.

Auf diese Weise versucht die faschistische Clique um Demirel-Türkeş die Zeitschriften AYDINLIK und HALKIN SESI, die unserem Volk im Kampf gegen die beiden Supermächte und ihre Handlanger für Unabhängigkeit, Demokratie und Freiheit den Weg weisen, zum Schweigen zu bringen. Demirel, Türkeş und dergleichen, die den Untergang der faschistischen Sondergerichte und der Staatssicherheitsgerichte durch den Kampf des Volkes nicht verhindern konnten, wollen jetzt die Militärgerichte als Sondergerichte einsetzen.

In einer Solidaritätsadresse an die Redaktionen AYDINLIK und HALKIN SESI hat die Klassenkampf-Redaktion die türkischen Genossen ihrer vollsten Unterstützung versichert und gegen die Verhaftungen der Redakteure protestiert.

Manöver im Attergau

Österreich als Kriegsschauplatz der beiden Supermächte auf dem Prüfstand



Das sind die Annahmen des neuen Konzepts der österreichischen „Raumverteidigung“: Die „Schlüsselräume“ mit ihren schon jetzt vorbereiteten festen Anlagen sollen „über den erforderlichen Zeitraum gehalten werden“. Gehalten werden sollen sie gegen einen sozialimperialistischen Vorstoß bis Nato-Hilfe kommt.
Der „Zentralraum“ soll „zur Aufrechterhaltung der Eigenstaatlichkeit . . . über einen möglichst langen Zeitraum verteidigt“ werden. Die Teilräume von „zweitrangigem“ Interesse sollen „möglichst kräftesparend verteidigt werden; dabei ist zu berücksichtigen, daß eine Teilraumverteidigung nur jeweils gegenüber einem möglichen Aggressor aktiviert werden muß.“ In diesen Zeiträumen soll die Landwehr den „Kleinkrieg“ gegen die Sozialimperialisten führen. (alle Zitate aus österreichische Militärische Zeitschrift 2/76).



In der bisher größten Zusammenarbeit mit den ÖBB wurden 11.000 Soldaten, 1.300 Räder- und 320 Kettenfahrzeuge mit 43 Zügen ins Manövergebiet transportiert.
In den Kasernen hatten die Soldaten vorher schon die „härtere Gangart“, die jetzt herrscht“, zu spüren bekommen. In etlichen Einheiten soll es im Anschluß an die Manöver 14-tägige Truppenübungen geben.

In der Bevölkerung überwiegt die Ablehnung

Am 19.11. fuhren die Zelle Quelle und VÖEST der Ortsgruppe Linz des KB nach Frankenmarkt und St. Georgen zu den Bundesheer-Manövern. Wir hatten zwei große Wandzeitungen mit, die wir auf den VW-Bus klebten, verteilten ein Flugblatt gegen das Manöver und verkauften „Klassenkampf“ und „Querschläger“.

Von der großen Begeisterung, die laut bürgerlichen Zeitungen unter der Zivilbevölkerung für die Manöver herrschte, war nichts zu bemerken. Im Gegenteil. Etwa die Hälfte der Menschen, mit denen wir sprachen, stimmte unserem Auftreten gegen die Manöver und Kriegsvorbereitungen spontan zu. Die andere Hälfte zeigte sich sehr interessiert an der Agitation gegen die Manöver, viele nahmen die Flugblätter mit Bemerkungen wie „Ja, das muß ich mir anschauen“, „Das muß ich lesen“. Nur vereinzelt sprachen sich Menschen für die Manöver aus.

„Über die Flurschäden muß niemand böse sein - zur Abgeltung wurde mehr als eine Million Schilling zur Verfügung gestellt„ (Kurier, 18.11.1977) - so der Wunsch der herrschenden Klasse. Die Tatsachen sehen anders aus. Unzufriedenheit gibt es unter den Bauern, weil die Entschädigungen sich nur auf Schäden beziehen, die für ein Jahr wirksam werden, nicht aber auf die längerwirkenden Schäden. Schließlich herrscht unter den Bauern völlig zurecht Empörung über die sinnlose Zerstörung der Resultate ihrer Arbeit, für die sie letztlich über die Steuerausplünderung doch wieder selbst zur Kasse gebeten werden.

Von Seiten des Bundesheeres wurden beträchtliche Anstrengungen unternommen, um bei der Bevölkerung gut anzukommen. Zu einem Panzerangriff wurden etliche Schulklassen getrieben, das Bundesheer hatte eigens Propagandisten entsandt.

Bei unserem Bus tauchte ein Mann in Zivil auf, spielte den interessierten Zivilisten, sagte so ziemlich alle Standardargumente herunter, die man beim Bundesheer selbst zu hören bekommt und stieg später in einiger Entfernung in ein Militärfahrzeug ein.

Wenn die bürgerliche Presse jubelt: „Zivilisten spielten mit“ (Presse), so verwechselt sie offenkundig die Sympathie, die das Volk den in die Uniform gepreßten einfachen Soldaten entgegenbringt, mit der Haltung zur bürgerlichen Armee. Den Haß auf die Kriegsvorbereitungen der herrschenden Klasse formulierte ein älterer Mann so: „Man müßte die ganze Bande in einen Bunker sperren und eine Atombombe draufschmeißen. Und das alle paar Jahre wieder“. Daß nur eine Minderheit von Schmarotzern am imperialistischen Krieg Interesse hat - das sehen heute schon viele Menschen.

Vom Panzer überrollt

Bei der Verladung von Panzern in Allensteig im Zusammenhang mit den Manövern fand ein Unteroffizier den Tod. Er eilte einem Panzerfahrer zu Hilfe, zog ihn im letzten Augenblick beiseite und kam dann selbst unter die Räder.

Herbstmanöver des Bundesheeres und „NATO“-Vorneverteidigung

Der Schwerpunkt der heurigen NATO-Herbstmanöver lag in Mitteleuropa, entlang der westdeutschen Grenze zur DDR, zur CSSR und zu Österreich: das Manöver *Blue Fox* (belgische Truppen) in Norddeutschland, *Standhafte Chatten*, verbunden mit dem Luftmanöver *Cold Fire*, mit westdeutschen und amerikanischen Truppen, im Gebiet um Kassel (Nordhessen), und *Carbon Edge* (amerikanische, kanadische, holländische, belgische, britische und westdeutsche Truppen) an der österreichischen Grenze, mit Schwerpunkt im Raum Augsburg/Füssen.

Es wurde, „operativ gesehen, Vorneverteidigung geübt. Der Angreifer kam diesmal vom Westen, aber der blaue Verteidiger wäre, wie ein Blick auf die Karte zeigt, um 180 Grad herumgedreht und gut 40 bis 50 km nach Osten verschoben, in einem ähnlichen Gelände und 'vorne' gelegen.“ (Österreichische Militärische Zeitschrift 6/77). So berichtet Oberst dG Eder, Offizierskursleiter an der Landesverteidigungsakademie.

Ähnlich in Südbayern: „Nach Übungsvorbereitungen vom 9. bis 12. 9. griff Orange am 13. 9. um 02.00 Uhr über die Linie Augsburg-Füssen nach Westen an. Blau verzögerte und verteidigte vom 14. bis 18.9. und konnte erst am 19. seine Reserven zum Einsatz bringen, wobei der blaue *Gegenangriff* am 22. 9. endete“.

Es wird zweckmäßig sein, sich auch hier an die Anmerkung von Oberst Eder zu halten: Dreht man das ganze um 180 Grad, hat

Geübt wurde also die „Vorneverteidigung“. Angenommen wird, daß die sowjetischen Sozialimperialisten im Krieg um Europa zum ersten Schlag ausholen. Die westlichen Imperialisten, unter dem Kommando der USA, erproben den Gegenangriff.

man den eigentlichen Zweck der Übung, und die blauen Truppen marschieren irgendwo zwischen Flüsseh, Garmisch und München ostwärts.

Die Ausgangslage der Bundesheer-Manöver im Attergau orientierte sich an den NATO-Vorstellungen: Geübt wurde dort ein Teil des neuen Militärkonzepts, das Österreich in einen Kriegsschauplatz der beiden Supermächte verwandeln soll und auf die *Zerstückelung Österreichs* hinausläuft: Aufgabe Ostösterreichs im Falle eines versuchten Einmarsches der Warschauer-Pakt-Truppen; der Staatsapparat der Bourgeoisie verschanzt sich im „Zentralraum“, um deren „Souveränität“ aufrechtzuerhalten; die ins Bundesheer gepreßten Soldaten leisten in den „Schlüsselzonen“ hinhaltenden Widerstand „ohne Rücksicht auf Verluste“ (Armeekommandant Spannocchi über das Manöver in der „Presse“) - bis die NATO zum Gegenangriff übergeht und dabei für die österreichischen Imperialisten „als Preis für diese ungeheure Anstrengung“ (Spannocchi) im Ringen um die Beute auch etwas abfällt. Die österreichische Bourgeoisie bereitet sich militärisch auf eine Teilnahme an Seite der NATO am imperialistischen Raubkrieg zwischen den beiden Supermächten vor. Das Volk soll dabei als Kanonenfutter herhalten.

„Querschläger“–Konferenz beschließt Plattform

Am 19./20. November fand in Wien eine nationale Konferenz von Antimilitaristen aus ganz Österreich statt, zu der die Wiener Gruppe „Querschläger“ eingeladen hatte (siehe „Klassenkampf“ Nr. 23/77). 20 Soldaten, Reservisten und an der Militärfrage Interessierte aus Oberösterreich, Vorarlberg, Kärnten, Steiermark, Niederösterreich und Wien waren zu der Konferenz gekommen.

Auf der Tagesordnung standen in erster Linie die Debatte und Beschlußfassung der Plattform für die antimilitaristische Arbeit. Über diese Plattform war seit Juli eine öffentliche Diskussion geführt worden.

Die Plattform, die eine Grundlage für die weitere Entwicklung der antimilitaristischen Bewegung in österreich darstellt, wurde einstimmig angenommen.

Die organisatorischen Festlegungen der Konferenz erlauben es, daß die Zeitung „Querschläger“ zu einem Sprachrohr und Organisator der gesamten antimilitaristischen Bewegung in Österreich gemacht werden kann. Die Herausgeber der Zeitung sind an die Beschlüsse der nationalen Konferenz gebunden und ihr gegenüber verantwortlich. Die Herstellung und Herausgabe wurde der Wiener Gruppe übertragen.



Die Soldatengruppe trifft sich jeden MONTAG um 19.00 Uhr in der SCHOTTENGASSE 3a/1/59, 1010 Wien, Tel. 63 80 653
POSTADRESSE: Wolfgang Binder „QUERSCHLÄGER“ Zollergasse 5/III/9 1070 Wien